



## 5. Sitzung

Mittwoch, 28. Mai 2008

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder und Vizepräsident Wolfhard Ploog

### Inhalt:

|                                                                                                                                      |     |                                                    |          |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|----------------------------------------------------|----------|
| <b>Mitteilungen des Präsidenten</b>                                                                                                  | 125 | Hans-Detlef Roock CDU                              | 152      |
| <b>Ausscheiden</b> von Abgeordneten<br>(Dr. Manfred Jäger CDU, Dr. Angelika Kempfert CDU, Bernd Reinert CDU und Christian Maaß GAL)  |     | Antje Möller GAL                                   | 153, 161 |
| <b>Nachrücken</b> von Abgeordneten<br>(Thomas Felskowsky CDU, Egbert von Frankenberg CDU, Stephan Müller CDU und Michael Gwosdz GAL) |     | Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE                     | 156      |
| Abwicklung und Ergänzungen<br>der <b>Tagesordnung</b>                                                                                | 125 | Ties Rabe SPD                                      | 158      |
|                                                                                                                                      |     | Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE              | 160      |
|                                                                                                                                      |     | Wolfgang Beuß CDU                                  | 161      |
|                                                                                                                                      |     | Michael Gwosdz GAL                                 | 163      |
| <b>Regierungserklärung des Ersten<br/>Bürgermeisters gemäß § 12 Absatz 1 GO</b>                                                      | 125 | Interfraktioneller Antrag:                         |          |
|                                                                                                                                      |     | <b>Einsetzung der Ausschüsse</b><br>– Drs 19/392 – | 163      |
| mit<br><b>Beratung gemäß § 12 Absatz 2 GO</b>                                                                                        | 125 | Beschluss                                          | 163      |
|                                                                                                                                      |     |                                                    |          |
| Ole von Beust, Erster Bürgermeister                                                                                                  | 125 |                                                    |          |
| Michael Neumann SPD                                                                                                                  | 130 |                                                    |          |
| Frank Schira CDU                                                                                                                     | 138 |                                                    |          |
| Jens Kerstan GAL                                                                                                                     | 143 |                                                    |          |
| Dora Heyenn DIE LINKE                                                                                                                | 146 |                                                    |          |
| Ingo Egloff SPD                                                                                                                      | 150 |                                                    |          |



**Beginn: 15.00 Uhr**

**Präsident Berndt Röder:** Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen. Die Sitzung ist eröffnet. Ich beginne zunächst mit Geburtstagsglückwünschen, und zwar richten sich diese zunächst an den Kollegen Dr. Joachim Bischoff und an Herrn Robert Heinemann.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich, und was gibt es Schöneres, als diesen Tag in diesem Hause zu verbringen.

Meine Damen und Herren! Nun habe ich einige Personalien zu verkünden. Mit Schreiben vom 9. Mai 2008 haben mir die ehemaligen Abgeordneten Bernd Reinert, Christian Maaß, Dr. Manfred Jäger und Dr. Angelika Kempfert mitgeteilt, dass sie ihre Bürgerschaftsmandate niederlegen. Seit diesem Tag gehören alle vier als Staatsräte dem neuen Senat an.

Herr Bernd Reinert war seit Oktober 1993 Mitglied der Bürgerschaft und wirkte während dieser Zeit in zahlreichen Ausschüssen mit. Beispielsweise seien hier der Bau-, Verkehrs- und Stadtentwicklungs- und der Verfassungsausschuss genannt. Seit Oktober 1997 war er Beisitzer im Fraktionsvorstand seiner Fraktion. Von November 2002 bis März 2004 fungierte er zunächst als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, ehe er dann von März 2004 bis März dieses Jahres den Vorsitz der CDU-Fraktion innehatte. Die Bürgerschaft dankt Herrn Reinert für die langjährig geleistete Arbeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Christian Maaß war seit Oktober 2001 Mitglied der Bürgerschaft und wirkte während dieser Zeit in zahlreichen Ausschüssen mit, insbesondere im Umwelt-, Innen- und Rechtsausschuss. In der 17. Wahlperiode bekleidete er im Kontrollgremium nach Artikel 13 das Amt des Vorsitzenden, in der 18. Wahlperiode war er Vorsitzender des Umweltausschusses. Seit Oktober 2001 gehörte er dem Fraktionsvorstand der GAL als stellvertretender Vorsitzender an. Die Bürgerschaft dankt auch Herrn Maaß für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der GAL)

Herr Dr. Manfred Jäger gehörte der Bürgerschaft seit März 2004 an. Er war unter anderem Mitglied im Sozial- und Innenausschuss sowie in den Kontrollgremien nach Artikel 10 und Artikel 13 Grundgesetz. Im Verfassungsausschuss sowie im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss "Feuerbergstraße" bekleidete er das Amt des Vorsitzenden. Als Beisitzer gehörte er zudem dem Fraktionsvorstand der CDU-Fraktion an. Auch Herrn Dr. Jäger dankt die Bürgerschaft für seine geleistete Arbeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Frau Dr. Angelika Kempfert gehörte erst seit November 2007 diesem Hause an. In dieser Zeit engagierte sie sich insbesondere im Wissenschafts-, im Europa- und im Rechtsausschuss. Auch Frau Dr. Kempfert herzlichen Dank für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der GAL)

Nach Mitteilung des Landeswahlleiters sind auf den Listen der CDU Herr Thomas Felskowsky, Herr Egbert von Frankenberg und Herr Stephan Müller nachgerückt. Meine Herren, ich begrüße Sie wieder in unserer Mitte. Herzlich willkommen und viel Erfolg.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nach Mitteilung des Landeswahlleiters ist auf den Listen der GAL Herr Michael Gwosdz nachgerückt. Herzlich willkommen, ich freue mich, dass Sie hier sind.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Bevor wir jetzt in die Tagesordnung einsteigen folgender Hinweis: Wie schon während unserer letzten Sitzung werden auch während der heutigen Sitzung Filmaufnahmen für den neuen Bürgerschaftsfilm gemacht. Das damit beauftragte Team wird sich entgegen der normalen Regelung für Journalisten und Fotografen im gesamten Plenarsaal bewegen. Ich bitte daher um Ihr Verständnis.

Meine Damen und Herren! Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates haben die Fraktionen vereinbart, die Tagesordnung um die Drucksache 19/436 zu ergänzen, einen gemeinsamen Antrag von GAL- und CDU-Fraktion. Die Drucksache haben Sie inzwischen erhalten. Sie wurde als Punkt 29 in die Tagesordnung aufgenommen. Darüber hinaus wird die Tagesordnung noch um einen Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion zur Abänderung von Überweisungen an den Verfassungsausschuss ergänzt. Über diesen Antrag, Tagesordnungspunkt 30, werden wir morgen im Rahmen der Sammelübersicht abzustimmen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Präsident des Senats hat mich gebeten, ihm gemäß Paragraph 12 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung die Gelegenheit zu geben, vor Eintritt in die Tagesordnung eine Regierungserklärung abzugeben.

Die Fraktionen haben einvernehmlich vereinbart, dass hierzu eine Beratung stattfinden soll. Dabei soll jeder Fraktion und dem Senat eine Redezeit von 60 Minuten zur Verfügung stehen. Werter Herr Bürgermeister, Sie haben das Wort.

**Erster Bürgermeister Ole von Beust:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich

**(Erster Bürgermeister Ole von Beust)**

stehe heute vor Ihnen, um gegenüber den Abgeordneten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg die Regierungserklärung des Senats für die 19. Legislaturperiode abzugeben.

Hinter uns allen liegen, politisch betrachtet, mühevollen Monate. Wir denken zurück an die Vorbereitung des Wahlkampfes, den Wahlkampf selbst, die Gespräche nach den Wahlen und die Konstituierung der neu gewählten Fraktionen, an die Regierungsbildung.

Dies waren intensive, emotionale Monate. Monate voller Hoffnung, Erwartung, auch Enttäuschung oder Verwirklichung lang gehegter Wünsche. Jetzt gilt es, nach vorn zu blicken. Sollte der Wahlkampf Wunden und Verletzungen geschlagen haben, hoffe ich, dass es gelingt, sie zu vergessen. Wir wollen uns nun gemeinsam an die Arbeit machen, sicherlich mit unterschiedlichen Sichtweisen und Rollenverteilungen, aber mit einem gemeinsamen Ziel, alles zu tun, damit die Menschen in der Freien und Hansestadt Hamburg eine gute Zukunft haben, damit die Menschen das Vertrauen in die Politik, das Vertrauen in uns, die Politikerinnen und Politiker, nicht verlieren, damit die Menschen eine persönliche Chance bekommen, jeder Einzelne von ihnen, die eigenen Träume, Ideale und Ziele verwirklichen zu können, auch zum Wohl aller.

Viele von uns arbeiten seit Jahren, mancher seit Jahrzehnten, für diese Ziele in diesem Parlament oder in der Politik unserer Stadt, jeder mit seiner eigenen Sichtweise. Aber, meine Damen und Herren, verkennen wir nicht, dass sich die gesellschaftliche Wirklichkeit verändert hat. Eindeutige Zuordnungen, wie wir sie vielleicht aus den Siebziger-, Achtzigerjahren bis in die Neunzigerjahre kennen, Zuordnungen wie Begriffspaare "rechts gegen links", "konservativ oder gar reaktionär gegen fortschrittlich und modern", "liberale Haltung gegen Polizeistaatsmentalität", all das entspricht nicht mehr der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Natürlich gibt es Unterschiede in Interessen, Meinungen und Weltbildern. Diese sind aber vielschichtiger und durchlässiger geworden. Dies gilt genauso für die persönliche Einordnung wie – in ihren Folgen – für die politische Zuordnung. Die "Süddeutsche Zeitung" hat das im April dieses Jahres so ausgedrückt – ich zitiere –:

"Der Einzelne entspricht in seiner Lebensweise immer weniger erwartbaren Durchschnittswerten, er weicht ab, worin aber keine Provokation mehr besteht. Das Anderssein ist selbst normal geworden. So wählt der konfessionslose Stahlarbeiter im Ruhrgebiet die CDU, geht der Professor für Mittelalter in das Fußballstadion und trägt der Beamte im gehobenen Dienst ein Piercing."

Man will damit sagen: Genauso wie wir uns im Privaten von gängigen Verhaltensmodellen abwen-

den, genauso wie wir gesellschaftliche Pluralisierung als Ausdruck von Freiheit verstehen, müssen wir in der Politik lernen, jenseits überholter Muster, Denkschemata, jenseits von Durchschnittsdenken und Erfahrungswerten zu handeln. Dem will ich mich ganz persönlich und dem will sich diese Koalition in Hamburg stellen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Lassen Sie mich das an drei hergebrachten, gegenüberstehenden Begriffspaaren erläutern:

Erstes Begriffspaar: Leistungsförderung gegen Integration.

Blicken wir zurück. Jahrzehntlang gab es hier, zumindest in der politischen Etikettierung, Gegensätze. Während meine Partei und vermutlich auch die Mehrheit der Gesellschaft in den Siebziger-, Achtziger- und Neunzigerjahren postulierte, Deutschland sei kein Einwanderungsland, sprachen andere von der multikulturellen Gesellschaft. Beide Seiten hatten die Hoffnung, die mit der Zuwanderung verbundenen Chancen und Probleme würden sich durch diese quasi politische Etikettierung automatisch regeln. Heute wissen wir, dass das so nicht stimmt.

Hamburg ist von jeher eine weltoffene und attraktive Stadt. Bei uns leben rund 470 000 Menschen mit Migrationshintergrund. Fast 50 Prozent der Kinder, die heute eingeschult werden, haben einen solchen Hintergrund. 260 000 Hamburgerinnen und Hamburger sind ausländische Staatsbürger. Diese Vielfalt ist Chance und Herausforderung für unsere Stadt. Die gesellschaftliche, kulturelle und soziale Integration und Teilhabe dieser Menschen mit Migrationshintergrund ist unser Ziel, meine Damen und Herren.

Integration beginnt nicht erst in der Kindertagesbetreuung. Doch die Kita ist ein zentraler Bestandteil moderner Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik. Sie erreicht alle Familien, fördert die Entwicklung der Lebenschancen durch frühe Bildung und Pädagogik und ermöglicht die gezielte Förderung benachteiligter Kinder sowie sprachliche und kulturelle Integration. Die Kita ist ein zentraler Anknüpfungspunkt im Stadtteil für die Integration von Zuwanderern, Elternförderung, Kinderschutz, gesundes Aufwachsen und gesunde Ernährung bis hin zu Frühintervention bei Verhaltens- und Gewaltauffälligkeit. Daher haben wir zum Beispiel den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung auf das zweite Lebensjahr herabgesetzt

(Carola Veit SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

und werden wir das kostenlose vorschulische Jahr in Kita und Vorschule einführen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

**(Erster Bürgermeister Ole von Beust)**

Das Ziel ist, die Kinder früher zu fördern. Erreicht werden sollen dadurch vor allem auch Kinder mit Migrationshintergrund. Und es muss das Ziel von Bildungspolitik sein, Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft gleiche und gerechte Chancen für den Besuch von Bildungseinrichtungen und den Erwerb von Kompetenzen zu ermöglichen für ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben in einer demokratischen Gesellschaft, aber auch für den Wirtschaftsstandort Hamburg, der ohne bestmöglich qualifizierte Menschen nicht im globalen Wettbewerb bestehen kann. Deswegen wollen wir für Hamburg ein Schulwesen, das sich in Primarschule, Gymnasium und Stadtteilschule gliedert. Alle Kinder sollen so nach ihrem individuellen Lern- und Leistungsvermögen gefördert und gefordert werden.

Ich weiß, dass diese Pläne umstritten sind, auf beiden Seiten. Die einen fordern eine Schule für alle, mit gemeinsamem Lernen bis zur Klasse 9. Die anderen wollen an der bisherigen Trennung der Kinder nach Klasse 4 festhalten. Ich sage Ihnen: Die Pläne, auf die wir uns geeinigt haben, sollen und werden in Hamburg endlich Schulfrieden schaffen,

(Beifall bei der CDU, der GAL und Zurufe von der SPD)

denn wir wollen, dass es – zumindest mittelfristig – keine Schulstrukturdiskussion mehr geben wird. In Zukunft soll die Qualität des Schulwesens im Zentrum stehen und nicht mehr die Struktur. Dies setzt einen Überzeugungsprozess und die Mitwirkung aller Betroffenen voraus.

Wir machen das Angebot, gemeinsam eine Schulstruktur zu schaffen, die die Kinder in den Mittelpunkt stellt, deren Hoffnungen, Chancen, Leistungsmöglichkeiten, auch im internationalen Wettbewerb. Dabei gilt unsere Aufmerksamkeit vor allem den Kindern, die in schwierigen Verhältnissen aufwachsen. Deswegen werden wir auch in den Primarschulen die Klassenfrequenzen auf 25 Schülerinnen und Schüler senken. Deswegen werden weitere 50 Schulen zu gebundenen Ganztagschulen ausgebaut mit Schwerpunkt auf den Grundschulen in KESS-1- bis -3-Gebieten. Das ist unsere Schulpolitik und ich bin sicher, dass wir in kürzester Zeit in Hamburg nicht mehr über Schulstrukturen reden werden, sondern endlich die Chance haben werden, Qualität zu schaffen und über Qualität zu diskutieren. Das steht für uns im Mittelpunkt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Was für die Schulen gilt, gilt im Übrigen auch für die Universitäten. Es wurde lange, zum Teil Jahrzehnte, über die Strukturen an den Hamburger Hochschulen diskutiert. Im Mittelpunkt muss zukünftig auch hier die Qualität stehen. Hier haben wir in Hamburg Nachholbedarf. Einige Hoch-

schulen zeigen gute Ergebnisse. In manchen Bereichen wird jedoch noch sehr viel zu tun sein.

Qualitätssicherung der Hochschulen ist sicher Aufgabe des Staates, aber nicht ausschließlich staatliche Aufgabe. Wir wollen eine Stiftung gründen – Staat, Wirtschaft und Gesellschaft –, mit deren Erträgen die Hamburger Hochschulen an Qualität und Profil gewinnen werden. Wir appellieren an alle, dieses als wichtigen Beitrag zur Standortsicherung – auch in wirtschaftlicher Hinsicht – zu begreifen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Zweites Begriffspaar, meine Damen und Herren, ist: Solidarisches Handeln kontra Eigenverantwortung.

Der schwarz-grüne Senat verfolgt eine Sozialpolitik, die die soziale Grundsicherung garantiert und konkrete Probleme lösen hilft. Aber unser eigentliches Ziel ist es, dass Menschen wieder Verantwortung für sich selbst und andere übernehmen können, dass sie sich wieder aus dem Transferleistungsbezug lösen können.

Wir wollen einen Sozialstaat, der die Menschen aktiviert. Das gilt nicht nur für die klassische Sozialpolitik, sondern auch für andere Politikfelder, wie Stadtentwicklung, Familienförderung, Jugendarbeit, Integration, Gesundheit, Bildung und Arbeit. Leitende Gedanken sind dabei Subsidiarität, Integration und Generationengerechtigkeit. So verstehen wir zum Beispiel Erziehung von Kindern vorrangig als Aufgabe der Familien. Eltern und andere Erziehungspersonen sollen dabei unterstützt werden, diese Aufgabe verantwortungsvoll und kompetent zu erfüllen, damit Kinder ihre Lebenschancen optimal entfalten können.

Aber gerade belastete Eltern müssen von Angeboten erreicht werden und Wege gezeigt bekommen, den Alltag zu meistern. Dabei müssen die vielen unterschiedlichen Angebote im Stadtteil miteinander vernetzt werden und gut kooperieren. An erster Stelle steht immer das Wohl der Kinder. Staat und Gesellschaft müssen eingreifen, wenn Kinder vor Vernachlässigung und Gewalt in der Familie geschützt werden müssen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Bei Schwierigkeiten darf niemand wegschauen. Alle müssen eng zusammenarbeiten, damit rechtzeitig und richtig auf Anzeichen von Vernachlässigung reagiert werden kann. So müssen wir beispielsweise bei den Vorsorgeuntersuchungen nachbessern, um eine höhere Verbindlichkeit zu erreichen. Für die U 6 und U 7 werden wir in Zukunft verbindlich einladen und bei Nichtteilnahme nachkontrollieren.

Im Übrigen: Niemand von uns verkennet, dass es große gesellschaftliche und soziale Probleme gibt. Niemand verkennet, dass auch die Politik, dass der

**(Erster Bürgermeister Ole von Beust)**

Staat die Aufgabe hat, diese Probleme, nämlich Ungerechtigkeiten und Verletzungen des Grundsatzes der Chancengerechtigkeit zu minimieren. Aber ich bin davon überzeugt, dass diese Probleme nicht der Staat, sondern in erster Linie die Gesellschaft aus sich selbst heraus lösen muss. Der Staat muss Rahmenbedingungen schaffen, fördern, fordern, helfen, gelebte Nächstenliebe organisieren und vieles Andere mehr, aber die Verwirklichung einer gerechten Gesellschaft muss sich von unten entwickeln: aus Eigenverantwortung und Engagement, aus der Kraft der Familien, aus dem Willen, Verantwortung für andere übernehmen zu wollen, aus der Nachbarschaft, aus den Quartieren, aus der Selbstorganisation der Menschen, um diese Gesellschaft selbst und nicht durch den Staat zu organisieren. Davon sind wir fest überzeugt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Gerechte Gesellschaft heißt nicht, dass der Staat alles in die Hand nehmen muss, sondern es heißt, dass der Staat die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen muss, sich selbst und anderen zu dienen. Das ist Subsidiarität und dazu bekennen wir uns ausdrücklich.

Das dritte Begriffspaar, meine Damen und Herren, ist: Ökologie gegen Wachstum.

Die neue Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt hat es unlängst in einem Vortrag im Elysée-Hotel gesagt:

"Ökonomie und Ökologie sind keine Gegensätze [...] Wirtschaftspolitik muss heute globale, soziale und ökologische Aspekte integrieren."

Genau das werden und wollen wir in Hamburg verwirklichen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erfreulicherweise glaubt auch die Hamburger Wirtschaft und ist überzeugt davon, dass Wirtschaft und Ökologie heutzutage kein Gegensatz mehr sind. Eine Umfrage belegt, dass 45 Prozent der Führungskräfte dem Koalitionsvertrag gerade in dieser Hinsicht immerhin ein "befriedigend" geben. 20 Prozent der Unternehmerinnen und Unternehmer stellen uns sogar ein "gut" oder "sehr gut" aus. Das heißt, dass die alten Gegensätze von Wachstum und Ökonomie auf der einen Seite und Nachhaltigkeit und Ökologie auf der anderen Seite von der Politik mit der Wirtschaft und den Bürgern gemeinsam überwunden werden. Das ist unser Ziel und das werden wir erreichen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Eine wachsende Wirtschaft ist wichtig, damit die Menschen durch Arbeit selbstbestimmt für ihr Auskommen, ihr persönliches Glück und das Wohl ihrer Kinder sorgen können. Der Standort Hamburg

hat mit seiner breit gefächerten Wirtschaftsstruktur Stärken, die wir ausbauen wollen. Gleichzeitig müssen wir Spielräume für neue Entwicklungen schaffen und nutzen, damit Hamburg sein Potenzial in einer globalisierten Weltwirtschaft weiterentwickeln kann. Die Vereinbarung von Ökonomie und Ökologie bedeutet hier Zukunftssicherung und Chance zugleich.

Mit dem Koalitionsvertrag bekennen wir uns zum Beispiel zu einer Energieversorgung, die dem Anspruch der Verbraucher auf eine verlässliche und kostengünstige Energielieferung, den Klimaschutzziele und insbesondere einem hohen Wirkungsgrad von Kraftwerken und niedrigem spezifischen CO<sub>2</sub>-Ausstoß gerecht wird.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Welchen Kraftwerken?)

Auf dieser Grundlage – und vor dem Hintergrund des im Jahre 2014 auslaufenden Konzessionsvertrages über den Betrieb des Fernwärmenetzes – wird eine europaweite, transparente und diskriminierungsfreie Ausschreibung zum Betrieb dieses Netzes durchgeführt, inklusive der Schaffung grundlastfähiger Kraftwerkskapazitäten in der Region Hamburg.

"Die zuständige Behörde..."

– so heißt es im Koalitionsvertrag –

"...entscheidet rechtlich über die Genehmigungs- und Erlaubnisansträge zum Bau eines Kohlekraftwerks in Moorburg."

Diese Formulierung aus dem Koalitionsvertrag beschreibt verantwortungsvoll die rechtliche und politische Realität unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Rechtlich befinden wir uns in einem Genehmigungsverfahren, das nicht durch politische Absichtserklärungen ersetzt werden kann. Dies ist im Übrigen nichts Neues. Natürlich bin ich, ganz persönlich, und die Union mit der politischen Vorgabe in den Wahlkampf gegangen, dass in Moorburg ein Kohlekraftwerk gebaut werden soll. Die erforderlichen Mehrheiten hierfür gibt das Wahlergebnis nicht her. Aber auch die damalige Vereinbarung mit Vattenfall besagte, dass diese politische Weichenstellung unter dem rechtlichen Genehmigungsvorbehalt steht. Warum hätte sonst in der vom letzten Senat getroffenen Vereinbarung mit Vattenfall die Verpflichtung seitens Vattenfall gestanden, für den Fall der Nichtgenehmigung die getätigten Baumaßnahmen zurückbauen zu müssen? Politische Absichten ersetzen eben nicht das rechtlich Gebotene. Auch hier möchte ich Skeptiker beruhigen: Ich gehe davon aus, dass das Genehmigungsverfahren für den Bau des Kraftwerkes Moorburg so zügig wie möglich abgeschlossen wird und dass die Modalitäten der Ausschreibung eines grundlastfähigen Kraftwerkes in der Region

**(Erster Bürgermeister Ole von Beust)**

bis spätestens Herbst dieses Jahres geklärt sein werden. Es geht nicht um Vertagung, es geht um einen rechtlich und politisch vernünftigen Weg und den gehen wir.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Stichwort Elbvertiefung: Wir wissen natürlich um die ökonomische Bedeutung der Elbe für die Erreichbarkeit des Hamburger Hafens. Wir sehen aber auch die Notwendigkeit, die ökologische Situation der Elbe deutlich zu verbessern. Die Ökologie der Elbe soll daher in Zukunft vom Wachstum des Hamburger Hafens profitieren. Wachstum wird Umwelt finanzieren. Das ist unser Leitgedanke.

Das laufende Planfeststellungsverfahren wird fortgeführt. Über die rechtliche Zulässigkeit des Ausbaus der Unterelbe wird im Rahmen des laufenden Planfeststellungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörden des Bundes und der Freien und Hansestadt Hamburg entschieden werden.

Nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens werden die Hamburger Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeiten an der Umsetzung mitwirken. Nach Realisierung und Vollzug des jetzt laufenden Fahrrinnenanpassungsprojektes wird es keine weitere Fahrrinnenanpassung mehr geben.

Hamburg wird noch in diesem Jahr eine Stiftung errichten, deren Zweck auf die Verbesserung des ökologischen Zustands der Elbe ausgerichtet ist. Und es soll eine haushaltsneutrale Differenzierung bei Hafenentgelten in Bezug auf die Umweltfreundlichkeit von Schiffen geben, das heißt, einen Bonus für klimafreundliche Schiffe, einen Malus für klimafeindliche Schiffe. Auch das ist die Vereinbarung von Ökonomie und Ökologie, zu der wir uns ausdrücklich bekennen.

All diese Punkte zeigen, dass wir Ökologie, Klimaschutz und wirtschaftliches Wachstum nicht als Widerspruch begreifen, sondern im Gegenteil: Wir verbinden Ökonomie und Ökologie, um zum einen unsere Lebensgrundlage zu sichern und für die Zukunft auszubauen und zum anderen, die damit verbundenen ökonomischen Chancen zu nutzen.

Beispielhaft wollte ich Ihnen an diesen drei ehemals gegensätzlichen Begriffspaaren darlegen, wie wir mit diesem Senat versuchen werden, lang eingeübte und wiederholte Gegensätze überall dort zu überwinden, wo es möglich ist. Dabei geht es nicht um ein Modell, nicht um ein Projekt, nicht um eine Option aus Sicht der Bundespolitik, es geht nicht darum, in Geschichtsbücher einzugehen, sondern es geht schlicht darum, eine Koalition zwischen einstigen politischen Gegnern einzugehen, eine Koalition, die ermöglicht, neue und – wie ich überzeugt bin – für Hamburg gute Wege zu gehen. Es liegt mir fern, die politische Vernunft philosophisch zu überhöhen und etwa Heraklit zu zitieren, der wusste:

"Die schönste Harmonie entsteht durch Zusammenbringen der Gegensätze"

oder gar über Dialektik und antagonistische Widersprüche zu räsonieren.

Sie kennen die Koalitionsvereinbarung und ich verzichte darauf, sie in dieser Regierungserklärung minutiös vorzutragen, sondern ich verweise ausdrücklich auf den Ihnen bekannten Text. Mein Anliegen heute ist es, Ihnen den Grundgedanken dieser Vereinbarungen näher zu bringen.

Wir haben uns für die nächsten vier Jahre viel vorgenommen. In einigen Bereichen löst dieses hohe Investitionskosten, in anderen Bereichen hohe Betriebskosten aus. Darum sind uns zwei Dinge bewusst:

Erstens: Qualität und Umfang öffentlicher Leistung sind abhängig von einer starken Wirtschaft. Ohne eine solide Wirtschaft, ohne vernünftige, stabile Steuereinnahmen kann ein Gemeinwesen nicht finanziert werden, vor allem neue Aufgaben nicht finanziert werden. Wir werden und wollen daher alles tun, um die wirtschaftliche Grundlage dieser Stadt zu stärken, natürlich ohne den Grundsatz der Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie zu vernachlässigen. Diesem dienen auch wichtige Maßnahmen im Bereich der Infrastruktur, der Arbeitsmarktpolitik, der Bildung und Fortbildung. Dabei verlieren wir auch unsere norddeutschen Nachbarn nicht aus dem Blick. Die erfolgreiche norddeutsche Länderkooperation der vergangenen vier Jahre zeigt, dass mit der Politik der guten nachbarschaftlichen Zusammenarbeit wesentliche gemeinsame Grundlagen geschaffen worden sind, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Norddeutschland insgesamt deutlich zu stärken. Gleichzeitig wollen wir die Menschen animieren, noch mehr Verantwortung und Selbstverantwortung für das Gemeinwesen im Ehrenamt, in Stiftungen, durch Spenden und Mäzenatentum wahrzunehmen. Die Konzepte der Wachsenden Stadt und der Kreativen Stadt bieten dafür eine gute Grundlage.

Zweitens ist uns in Sachen Kosten ein Stichwort sehr bewusst, und zwar Haushaltsdisziplin. Wir brauchen eine große Haushaltsdisziplin, denn was wir als neue Prioritäten benannt haben, werden wir ohne neue Schulden finanzieren; dazu stehen wir gemeinsam.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Diese Koalition steht für eine nachhaltige Haushaltspolitik. Das wird Veränderungen mit sich bringen. Der zu erarbeitende Haushaltsplan 2009 und 2010 wird zur Finanzierung neuer Prioritäten selbstverständlich Umschichtungen beinhalten. Und Umschichtungen bedeuten selbstverständlich auch Änderungen von Planungen und Verzicht auf Liebgewonnenes.

**(Erster Bürgermeister Ole von Beust)**

Natürlich werden diejenigen, die davon betroffen sind, massiv gegen solche Umschichtungen protestieren. Die Erfahrung lehrt, dass diejenigen, die am lautesten über die Notwendigkeit einer soliden Haushaltspolitik und das Vermeiden von Schulden sprechen, gleichfalls am lautesten protestieren, wenn sie selbst von Umschichtungen und der Solidität einer solchen Politik betroffen sind. Aber wir werden das gemeinsam gut durchstehen können.

Wir sind uns der Verantwortung bewusst, dass diese Umschichtungen vernünftig und abgewogen erfolgen müssen. Ohne Konflikte geht dies nicht, das wissen wir, aber das werden wir gut bewerkstelligen.

Meine Damen und Herren! Bitte sehen Sie es mir nach, wenn ich längst nicht zu allen Bereichen der Politik etwas gesagt habe. Ich wollte Ihnen ersparen, den Koalitionsvertrag vorzutragen und darüber hinaus noch all das, was unabhängig von der Formulierung im Koalitionsvertrag weiterläuft und weiter gemacht wird. Ich weiß jetzt schon, dass der eine oder andere sagen wird, dieses Stichwort fehlt und jenes Stichwort fehlt und dazu hat er nichts gesagt und dazu hat er nichts gesagt.

Es geht nicht darum, an alphabetischen Stichworten die Politik als Ganzes abzuarbeiten, sondern es geht darum, Ihnen den Grundgedanken dieser Koalition, Gegensätze zu überwinden, politische Frontstellungen der letzten 20, 30 Jahre zu überwinden, Ökologie und Ökonomie zusammenzuführen und diese Grundsätze zum Wohl der Stadt zu entwickeln, näher zu bringen. Selbstverständlich stehen wir – das sage ich noch einmal – zu allen Formulierungen und Prioritäten, wie sie im Koalitionsvertrag genannt worden sind ebenso wie dazu, dass viele gute und notwendige Dinge, auch wenn sie nicht ausdrücklich im Koalitionsvertrag oder jetzt genannt worden sind, selbstverständlich fortgeführt werden. Mir ging es nicht um buchhalterisches Aufzählen, sondern um den Grundgedanken.

Ich bin überzeugt, dass diese Koalition über die ganze Legislatur, also über vier Jahre, vertrauensvoll und gut zusammenarbeiten wird. Ich bin überzeugt, dass diese für Deutschland neue Konstellation nach erster Verwunderung, dem Reiz des Ungewohnten, schnell zur fachlich-kompetenten Routine werden wird. Ich bin überzeugt, dass es klug und vernünftig ist, wie schon in der Gesellschaft und im Privaten, nun in der Politik den Versuch zu unternehmen, Trennendes zu überwinden, ohne dabei die Identität der einzelnen beteiligten Parteien aufzugeben.

Meine Bitte an die Menschen dieser Stadt ist: Versuchen Sie, mit uns gemeinsam diesen Weg zu gehen. Lassen Sie uns gemeinsam die Chance nutzen, die diese Stadt hat. Es geht nicht um uns, es geht nicht um den Senat, es geht nicht um das Parlament, es geht nicht um die Parteien, es geht

nur um eines: eine gute Zukunft für unsere Freie und Hansestadt Hamburg.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

**Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Neumann.

**Michael Neumann SPD:**\* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr von Beust, es wird Sie nicht sehr überraschen, aber ich bin wirklich nicht sehr beeindruckt von Ihrer Rede, sondern eher enttäuscht, denn was Sie hier vorgetragen haben, waren Belanglosigkeiten, waren alte, durchaus bekannte Plattitüden und Allgemeinplätze, schlichtweg nichts Neues für unsere Stadt.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum DIE LINKE*)

Sie haben am Ende Ihrer Rede gesagt, Sie wollten Schwarz-Grün nicht philosophisch überhöhen, gleichwohl Sie mehr als 20 Minuten – ich gebe offen zu, gefühlte 45 Minuten – darüber gesprochen haben, dass sich nun, da sich Schwarz-Grün endlich in Hamburg gefunden habe, im Grunde alle gesellschaftlichen Widersprüche in Luft aufgelöst hätten. Es gibt kein Schwarz, kein Grün, kein Rechts, kein Links, keine Spannung zwischen Sicherheit und Freiheit, keinen Widerspruch zwischen Wirtschaft und Ökologie. In Hamburg und der Welt macht sich Harmonie breit und all das nur, weil Christa Goetsch und Ole von Beust sich endlich gefunden haben.

Wenn das alles so ist, dann können wir am 23. Mai nächsten Jahres auch alle gemeinsam Gesine Schwan zur ersten Bundespräsidentin wählen.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GAL* und *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Sie haben davon gesprochen, dass die Geschichtsbücher nicht Ihr Ziel seien. Ich kann Ihnen versichern, Herr von Beust, diese Rede wird jedenfalls im positiven Sinne nicht in die Geschichtsbücher eingehen.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Hamburgischen Bürgerschaft werden Ihre Politik, Ihre Entscheidungen, Ihr Handeln daran messen, ob es Hamburg und den Menschen in unserer Stadt wirklich dienlich ist. Darüber werden zwischen den Parteien, den Fraktionen die Meinungen auseinandergehen, auch innerhalb der Opposition werden wir dazu ganz unterschiedliche Auffassungen haben. Ich will aber deutlich sagen, dass unsere Schwerpunkte in dieser neuen Legislaturperiode sind, Chancengerechtigkeit durch bessere Bildung zu erreichen, mehr Beschäftigung durch Investitionen hinzubekommen und die Über-

**(Michael Neumann)**

windung der sozialen Spaltung in Hamburg zu erreichen. Das können wir mit besserer Bildung, mit mehr Arbeit und gelebter Integration erreichen.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus  
*DIE LINKE*)

Wo immer Sie mit Ihrem Senat in der nächsten Zeit wirklich wirksame Verbesserungen erreichen wollen, können Sie mit der Unterstützung der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in dieser Bürgerschaft rechnen.

(Frank Schira CDU: Wir werden Sie daran erinnern!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war die erste Regierungserklärung der schwarz-grünen Landesregierung, der ersten in Deutschland. Im Vorfeld war besonders von CDU-Seite immer die Rede von gemeinsamer Seelenlage der Partner. Das muss etwas mit postelektoraler Seelenwanderung zu tun haben, denn vor der Wahl war das überhaupt nicht spürbar. Aber mit dem Wahlergebnis gab es bei Herrn Freytag ein warmes Gefühl im Herzen und er hatte das Gefühl, dass es ganz viele Gemeinsamkeiten gibt. Es war die Rede von gemeinsamen Interessenlagen, von intelligenten und pfiffigen Leuten – Jens, da meint er euch –,

(Jens Kerstan GAL: Ist nicht falsch!)

vom kreativen Esprit, der das Salz in der Suppe sei, und von ganz neuen Horizonten in unserer Stadt. All diese blumigen Worte waren wohl notwendig, weil offenbar nur so die Zustimmung der Basis für Schwarz-Grün zu bekommen war.

Jetzt aber geht es ums Zählbare, um die Regierungserklärung, um den Koalitionsvertrag zwischen CDU und GAL und der erschließt keine neuen Horizonte, im Gegenteil. Er formuliert lediglich Allgemeinplätze und vage Prüfaufträge. Herr von Beust sprach selbst davon, dass wirklich spannend sei, was nicht im Koalitionsvertrag stehe.

(Wilfried Buss SPD: So ist es!)

Mein Eindruck: Die große Faszination von Schwarz-Grün ist schon vorbei, bevor Sie mit Ihrer Arbeit überhaupt begonnen haben und die Frage, ob Schwarz-Grün über Hamburg hinaus ein Modell für andere Länder oder gar den Bund sein kann, ist von der Tagesordnung gestrichen; das haben Sie selbst heute eingeräumt. Das Schlimme dabei ist nicht, dass Schwarz und Grün sich gefunden haben, das ist Normalität in der Demokratie. Demokratische Parteien müssen grundsätzlich untereinander koalitionsfähig sein. Schlimm ist aber für unsere Stadt, dass diese Koalition sich nicht zur Lösung von Hamburger Problemen gefunden hat, sondern durch faule Kompromisse neue Probleme in der Finanz- und Schulpolitik, der Inneren Sicherheit und in Moorburg geschaffen hat.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen haben unter Aufbruch etwas ganz anderes verstanden. Zunächst ist festzustellen, dass die schwarz-grüne Koalition vor allem eines ist: Sie ist richtig teuer. Nach Berechnungen des Hamburger Bundes der Steuerzahler kostet sie uns ungefähr 1,3 Milliarden Euro zusätzlich.

(Martina Gregersen GAL: Was haben Sie denn alles versprochen?)

Dabei kam uns schon der mit absoluter Mehrheit regierende CDU-Senat teuer zu stehen. Über 450 Millionen Euro neue Ausgaben wurden vor der Wahl beschlossen, das waren teure Wahlgeschenke.

Herr Freytag verkündet ständig vollmundig seinen ausgeglichenen Haushalt. In Wahrheit haben Sie das Defizit von 200 Millionen Euro auf knapp 700 Millionen Euro vergrößert. Als Sie am 1. Januar als CDU-Landesvorsitzender auch Finanzsenator wurden, betrugen die Rücklagen unserer Stadt noch 1,4 Milliarden Euro. Nach Ihrer eigenen Planung werden diese 2011 trotz der Rekordsteuereinnahmen verbraucht sein, das Geld ist weg und Finanzsenator Freytag hat Hamburg damit nicht einen Schritt vorangebracht. Sie, Herr Freytag, haben keinen Cent gespart, Sie ruhen sich auf der Konjunktur und den Leistungen Ihrer Vorgänger einschließlich meines Freundes Dr. Peiner aus.

(Beifall bei der SPD)

– Jetzt erinnern sich diejenigen, die in der letzten Legislaturperiode schon dabei waren. Ich hätte vielleicht sagen müssen meines speziellen Freundes Dr. Peiner.

(Hans-Detlef Roock CDU: Aber in Anführungszeichen!)

Dieser Finanzsenator jedoch, Herr Freytag, ist vor allem CDU-Landesvorsitzender und nicht der Kronprinz im Senat, als den er sich selbst gerne sieht. Er ist einer der zentralen personellen Schwachpunkte in diesem Senat.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin gespannt, wie lange Sie das Märchen vom aus eigener Kraft ausgeglichenen Haushalt noch weiter erzählen wollen. Im Koalitionsvertrag ist jedenfalls schon formuliert – Zitat –:

"... um sicherzustellen, dass es nicht zu un-konditionierter Verschuldung kommt."

Ich bin sicher, dass Ihre Verschuldung ausreichend durch schwarz-grüne Scheinkompromisse konditioniert sein wird. Solide scheint mir das alles nicht und Herr von Beust, denken Sie gar nicht erst an die Milliarde aus einem HHLA-Verkauf. Unsere HHLA darf nicht zum Stopfen Ihrer Haushaltslöcher missbraucht werden.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus und Norbert Hackbusch, beide *DIE LINKE*)

(Michael Neumann)

Wenn wir über Haushaltspolitik sprechen, dann ist natürlich auch die Frage zu stellen, welche Menschen es betrifft, wenn wir knapp 1 Million Euro jährlich an Zinsen zahlen müssen. Wen treffen die Gebührenerhöhungen, wen treffen die Kürzungen? Sie haben Gebühren für das Mittagessen in der Kita eingeführt, Gebühren für Schulbücher, für erhöhte Fahrtkosten. Hinzu kommen neue oder erhöhte Gebühren für weitere Kurse, höhere Musikschulgebühren, Studiengebühren, Verwaltungsgebühren fürs Studium und sogar Gebühren für Wohnheime von Obdachlosen. All die werden nicht zurückgenommen, all denen stimmen jetzt die GAL-Abgeordneten zu, die noch vor vier Monaten kräftig dagegen kämpften.

Ihre Gebühren treffen immer die kleinen Leute, die ohnehin schon knapp bei Kasse sind, diejenigen, die auf einen starken und handlungsfähigen Staat angewiesen sind. Genau die sind es aber, die Sie mit Ihrer Politik im Regen stehen lassen, und mit Ihrer unsinnigen Haushalts- und Finanzpolitik verstärken Sie auch ...

(Martina Gregersen GAL: Haben Sie eigentlich den Koalitionsvertrag gelesen?)

– Das ist ein guter Hinweis.

Ich finde es spannend, dass insbesondere Sie, die mit Vehemenz im letzten Wahlkampf und in den letzten vier Jahren gemeinsam mit uns gegen die soziale Spaltung der CDU-Politik gekämpft haben, jetzt diejenigen sind,

(Frank Schira CDU: Gott, sind Sie beleidigt!)

die am eifrigsten all das für richtig finden. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Man sagt immer, Menschen können sich nicht weiter entwickeln, auch wenn es in die falsche Richtung geht.

Was dieser schwarz-grüne Senat und die ihn tragenden Parteien tun, messen wir Sozialdemokraten daran, was es Hamburg bringt, was es den Menschen unserer Stadt nutzt. Deshalb lautet unser Grundsatz auch, Richtiges richtig und Falsches falsch zu nennen. Es gibt ein paar richtige Entscheidungen; keine Sorge, es sind nicht zu viele, aber einige sind im Koalitionsvertrag richtig.

Erstens: Schwarz-Grün hat sich zur Elbvertiefung durchgerungen. Allerdings kostet dieser Kompromiss lockere 40 Millionen Euro zusätzlich, trotzdem eine richtige Entscheidung.

Zweitens: Es soll ein Anlauf für eine neue Stadtbahn geben – auch das ist gut –, aber zunächst nur für eine unrentable Rumpfstrecke. Wann und wie ein wirklich wirtschaftliches Netz entstehen soll, ist noch offen, denn wenn eine gut sieben Kilometer lange Linie in Betrieb genommen, das

Netz aber nicht weiter ausgebaut wird, dann machen Sie das grundsätzlich richtige und gute Projekt doch noch zu einem Fall für die Kollegen vom Rechnungshof.

Drittens: Das Sozialticket kommt wieder, das ist richtig und überfällig.

Jetzt wird es aber schon schwieriger, denn Schwarz-Grün schafft die Studiengebühren in Hamburg nicht ab, sondern schränkt die Befreiungstatbestände ein und damit geben die GAL-Abgeordneten auch ihren Segen zu einem gebührenpflichtigen Studium. Grüner Aufbruch sieht ganz anders aus, liebe Freunde.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Feuerbergstraße wird geschlossen, eine richtige Entscheidung. Man hatte zum Schluss ohnehin den Eindruck, sie existierte nur noch, um ein Verhandlungspfand bei späteren Koalitionsverhandlungen zu sein. Welche Alternativen es jedoch in diesem Bereich geben soll, bleibt völlig offen.

Bei der Inneren Sicherheit haben sich CDU und GAL darüber verständigt, wie sich unsere Polizei verhalten soll; viele von uns haben noch die Bilder der Mai-Krawalle in Barmbek vor Augen. Als Reaktion darauf wollen Sie jetzt unserer Polizei vorschreiben, in welcher Formation sie Demonstrationen begleiten darf und wo sie Demonstrationen zulassen muss. Grundlage für Polizeieinsätze sind zum einen das SOG und vor allem eine gut ausgebildete und gut ausgestattete Polizei. Ich vertraue unserer Hamburger Polizei, Sie offensichtlich nicht mit Ihren Regelungen.

(Beifall bei der SPD – Frank Schira CDU: Der Polizei, aber nicht Ihnen!)

Darüber, was all die angekündigten Maßnahmen im schwarz-grünen Koalitionsvertrag wert sind, gibt es nicht nur heute von Herrn von Beust, sondern gab es auch aus der CDU ganz unterschiedliche Signale. Herr von Beust erklärte in der "Bild"-Zeitung am 19. April, es gebe keine Finanzierungsvorbehalte. Herr Schira, seines Zeichens Fraktionsvorsitzender, korrigierte am 14. Mai ebenfalls in der "BILD"-Zeitung – Zitat –:

"Alle Ausgaben stehen unter einem Finanzierungsvorbehalt."

Dies ist genau das Gegenteil von dem, was der Bürgermeister gesagt hat.

Mein Freund, der nette Herr Kruse – ich glaube, er ist heute nicht da, er hätte sonst auch schon einen Zwischenruf gemacht –,

(Frank Schira CDU: Mach mal weiter, damit wir heute durchkommen!)

bestärkte diese Position in einer Pressemitteilung vom 20. Mai mit den Worten: Mehrausgaben sind auf lange Zeit nicht drin und deshalb stehen alle

**(Michael Neumann)**

neuen und zusätzlichen Ausgaben unter einem Finanzierungsvorbehalt.

Heute sprach der Bürgermeister in seiner Regierungserklärung von der Notwendigkeit umzuschichten und da stelle ich nur die Frage, was denn jetzt gilt. Gibt es einen Finanzierungsvorbehalt, gibt es keinen,

*(Hans-Detlef Roock CDU: Es gibt kein Freibier für alle!)*

wird umgeschichtet, was kommt, was kommt nicht oder reden hier ganz viele Leute, die den Begriff Finanzierungsvorbehalt nicht begriffen haben, durcheinander? Finanzierungsvorbehalt bedeutet doch, dass es zusätzliche Lehrer für die Primarschulen, für die Stadtteilschulen nur gibt, wenn es die Haushaltslage erlaubt. Gleiches gilt für das Sozialticket, für die Wohnungsbauförderung und das gebührenfreie letzte Kita-Jahr.

Umschichten bedeutet dagegen, dass man sich auch in schwieriger Lage notwendige Mittel durch Einsparungen in anderen Bereichen beschafft. Was ist denn jetzt die klare Ansage? In der "Bild"-Zeitung äußert man sich sehr unterschiedlich und hier im Rathaus auch. Was gilt, Finanzierungsvorbehalt oder Umschichten oder vielleicht auch der erste kleine Koalitionskrach, wie das große Wunschkonzert finanziert werden soll?

*(Frank Schira CDU: Applaus, Applaus!)*

– Herr Schira, Sie können gerne applaudieren, wenn Sie meine Ausführungen so klasse finden. Halten Sie sich nicht zurück.

*(Beifall bei der SPD)*

Wir sind doch jetzt alle einer Meinung, es sind doch alle Widersprüche dank der Rede des Bürgermeisters aufgehoben. Von daher müssen Sie nicht der falschen Fraktionsdisziplin unterliegen. Sie können sich auch gerne hier herüber setzen, mein Platz ist frei.

Dann gibt es einen weiteren zentralen Schwachpunkt und das ist die Schulpolitik.

*(Zurufe von der CDU)*

– Haben Sie jetzt alle Sorge, dass Herr Schira die Fronten wechselt oder so viele Wünsche, dass Sie ihn loswerden?

Kommen wir zur Bildungspolitik und das ist eine ernsthafte Angelegenheit, denn die Umstellung auf die sechsjährige Grund- und Primarschule ist eines der zentralen Projekte. Dass der profilierteste Schulpolitiker der Hamburger CDU, der Kollege Heinemann, schon bei der ersten vagen Skizzierung zukünftiger schwarz-grüner Schulpolitik den Dienst quittiert hat, spricht erstens inhaltlich für sich, spricht vor allen Dingen für ihn und seine Integrität, aber entscheidend gegen diesen politischen Ansatz.

*(Beifall bei der SPD)*

Im Ergebnis kündigt Schwarz-Grün den in der Enquete-Kommission hart erarbeiteten Konsens zur Reform unseres Schulwesens auf. Schwarz-Grün zwingt Eltern, Lehrer und Kinder in das größte Schulexperiment der Nachkriegszeit mit einem völlig ungewissen Ausgang. Schwarz-Grün macht mit dieser Bildungspolitik unsere Kinder zu Versuchskaninchen, Schwarz-Grün schafft das Elternwahlrecht bei der Wahl der weiterführenden Schule ab und Schulsenatorin Goetsch will zum Schuljahr 2010/2011 von Klasse 1 bis Klasse 12/13 ein vollkommen neues Schulsystem aus Primarschule, Stadtteilschule und Gymnasium einführen.

Liebe Christa – ich darf das, glaube ich, immer noch sagen –, du weißt und viele wissen, dass ich dich sehr schätze, aber es sind schon Schulsenatorinnen und Schulsenatoren an viel kleineren Reformen gescheitert. Es sind Landesregierungen für bessere Reformen abgewählt worden.

*(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das waren Sozialdemokraten, die scheitern an vielen kleinen Dingen!)*

Sie starten, ob ungewollt oder gewollt – wir haben das heute im "Hamburger Abendblatt" bereits lesen dürfen – ein Förderprogramm für Privatschulen und damit leistet der schwarz-grüne Senat der sozialen Spaltung in den Hamburger Schulen einen Vorschub.

*(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)*

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch der machtpolitische Opportunismus der Hamburger Konservativen, der CDU. Ihre Aussage im Wahlkampf war wohl nichts wert und Ihre schlechten Werte bei der Kompetenzzuschreibung der Bildungspolitik zeigen, dass die Wählerinnen und Wähler das durchschaut haben. Die GAL beansprucht als Bürgerrechtspartei die Label Liberalität, Kreativität und ist vom Grundsatz her immer noch gegen den Obrigkeitsstaat. Ich glaube, die Grünen haben sich in einer fernen Vergangenheit auch mal als basisdemokratisch bezeichnet. Sie setzen sich zu Recht für Informationsfreiheit, für geringe Quoren bei Volksentscheiden und für Bürgerrechte ein. Jetzt aber sprechen Sie den Eltern das Bürgerrecht ab, die Schule ihrer Kinder im Grundsatz frei zu wählen.

*(Dr. Michael Naumann SPD: Hört, hört!)*

Ich verstehe, dass beim grünen Modell der Einheitsschule das Elternwahlrecht keine Rolle gespielt hat, weil es da nichts zu wählen gab. Da gab es nur den Entwurf einer Einheitsschule.

*(Frank Schira CDU: Sprechen Sie doch einmal von Ihrer Einheitsschule!)*

**(Michael Neumann)**

Nun bleibt aber etwas zu wählen und die Eltern müssen das Recht haben, dies zu tun. Sie aber wollen, dass vor allem die Schule und damit der Staat und nicht die Eltern darüber entscheiden, ob ein Kind das Gymnasium oder eine Stadtteilschule besucht. Dabei wissen Sie ganz genau, dass die Empfehlungen der Schule und der Lehrer locker zu 40 Prozent nicht zutreffen. Ich glaube, auch hier im Saal sind unzählige ehemalige Schüler, die das Gymnasium besucht und das Abitur gemacht haben und vielleicht auch studiert haben und keine Empfehlung ihrer Schule in dieser Richtung gehabt haben. Ich selbst bin auch so jemand, ich habe auch das Abitur machen und studieren können, weil meine Eltern das Elternwahlrecht hatten und es auch benutzt haben.

CDU und GAL sprechen dabei oft von Gemeinsamkeiten, was sie verbindet, indem sie sich gegen uns Sozialdemokraten absetzen. Jens Kerstan tut das auch ganz gerne und der Vorwurf dabei ist, die Sozis setzten lieber auf den Staat – das haben wir vorhin auch vom Bürgermeister gehört –, CDU und GAL wollten dagegen vieles den Bürgern selbst überlassen. Wer aber setzt in der Bildungspolitik auf den Staat? Es sind doch CDU und GAL, die sagen, die Lehrer, die Schulen, also der Staat, wüssten am besten, welche weiterführende Schule ein Kind zu besuchen habe. Wir Sozialdemokraten sagen sehr deutlich: Die Eltern müssen das Recht behalten, darüber entscheiden zu können.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum DIE LINKE*)

Sie sprechen gern von gemeinsamem längerem Lernen. In Wirklichkeit werden die Kinder schon im Vorschulalter aufgrund der Zersplitterung der Grundschullandschaft aussortiert in Grund- beziehungsweise Primarschulen ab der dritten Klasse am Gymnasium, in Grund- beziehungsweise Primarschulen ab der Vorschule an der Stadtteilschule, in Grund- und Primarschulen ab der dritten Klasse an der Stadtteilschule und in Grund- und Primarschulen an der Vorschule am Gymnasium. Klingt super kompliziert, in Wirklichkeit ist es noch viel komplizierter, als ich es vorgetragen habe.

Sie schaffen damit ein mindestens viergliedriges Grund- beziehungsweise Primarschulsystem. Christa Goetsch, ihr schafft mit eurer Politik nicht mehr, sondern viel weniger gemeinsames Lernen und nicht mehr, sondern weniger Bildungs- und Gerechtigkeitschancen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Das fängt bei der Wahl der Vor- und Grundschule an, die den Weg zum Gymnasium oder zur Stadtteilschule vorzeichnen wird. In der zweiten Hälfte der Primarschule werden dann die einen stärker und die anderen weniger stark auf das Gymnasium oder die Stadtteilschule vorbereitet sein.

Herr von Beust, Sie haben nicht nur im "Hamburger Abendblatt" vor gut einem Monat, sondern auch heute noch einmal in Ihrer Rede gesagt, Sie möchten den Schulfrieden erreichen. Nun weiß ich nicht, welche Vorstellungen Sie von Frieden in der Schule haben. Ich prophezeie Ihnen aber, dass es so nichts mit Schulfrieden wird, was Sie schulpolitisch und bildungspolitisch vorantreiben. Die Eltern in Hamburg werden sich das Elternwahlrecht nicht nehmen lassen, sie werden mit unserer Unterstützung gegen Ihre Politik streiten.

(Beifall bei der SPD)

Wer mit Hamburgs Eltern spricht, hört zwei zentrale Aussagen, und zwar ohne Ausnahme. Entweder gibt es die Aussage, Gott sei Dank, mein Kind ist da schon durch oder aber, mein Kind hat das alles noch vor sich und ich weiß überhaupt nicht, wie das werden soll.

Herr Heinemann, ich habe heute der Zeitung entnommen, dass Sie zum zweiten und dritten Mal Vater geworden sind mit Zwillingen. Dazu auch von dieser Stelle herzlichen Glückwunsch. Allerdings haben wir jetzt beide das Problem, dass unsere Kinder genau da hineinlaufen werden, was die dort anrichten wollen.

(Beifall bei der SPD)

Das Schlimme ist nicht nur die persönliche Betroffenheit, sondern dass ich bisher noch niemanden in der CDU getroffen habe, der dieses Modell richtig gut findet. Es gibt dieses Papier – hier ist es ähnlich wie mit "Änderungen nachvollziehen", darauf muss man achten, wenn man so etwas per E-Mail verschickt – und es ist spannend, wie die Originalfassung aussah, wer dort mitgearbeitet hat, was in der Fraktion am Montag gestoppt wurde, was heute im "Hamburger Abendblatt" berichtet wurde. Das macht deutlich, dass Ihre schulpolitischen Debatten noch viel witziger sind, als die meiner Partei. Herzlichen Glückwunsch auch dazu.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe auch gelesen, dass Sie in Ihrer Fraktion Fachsprecher für einzelne Politikfelder benannt haben. Herr Schira, ich hatte den Eindruck, dabei war nicht entscheidend, wer wirklich der Beste ist, sondern wer am Glaubwürdigsten seine Überzeugungen verstecken kann. Das lässt mich jedenfalls für die Oppositionsarbeit auf Großes hoffen.

(Beifall bei der SPD – *Frank Schira CDU*: Na, wollen wir mal sehen!)

Die CDU – Herr Heinemann, ich nehme Sie da ausdrücklich aus, ich will Ihnen nicht ständig damit schaden, dass ich Sie nenne, damit Sie keinen Nachteil haben, aber in dem Fall muss ich Sie ausnehmen – muss einmal an dieser Stelle erklären, wieso sie den von der Enquete-Kommission erarbeiteten Weg eines breiten Konsenses verlassen hat. Wir haben diskutiert, wie wir die Benachteiligten

**(Michael Neumann)**

gung nach sozialer Herkunft und die viel zu große Zahl der Risikoschüler in unserem Schulsystem reduzieren können. Wir haben uns auf sehr konkrete Schritte geeinigt. Da haben sich alle bewegt, das fiel auch uns nicht leicht. Doch nun tun CDU und GAL genau das Gegenteil dessen, was dort erarbeitet worden ist.

(Zurufe von der GAL: Das ist doch Quatsch!)

Längeres gemeinsames Lernen ist gut, aber Ihr fauler Kompromiss ist nicht längeres gemeinsames Lernen, sondern noch frühere Selektion. Was lernen wir daraus? Wenn gegensätzliche politische Ideologien einen Kompromiss um der Macht willen erzwingen, dann ist das Ergebnis schlichtweg Murks.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen, Christa Goetsch, warten wir alle auf den Krisengipfel für das G-8-Gymnasium.

(Wilfried Buss SPD: Richtig!)

In eurem Koalitionsvertrag steht, dass die Gymnasien bei der Gestaltung des verkürzten Bildungsgangs wirksam unterstützt würden. Jetzt warten aber die Schulleiterinnen und Schulleiter, die Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer und vor allem die Kinder darauf, was dort wirklich passiert, denn wir haben die Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums, die Abschaffung der Grund- und Leistungskurse in der Oberstufe, die Schaffung neuer Stadtteilschulen, ein völlig neues und letztlich mindestens drei- bis viergliedriges Schulsystem. Das sind alles Bälle, die im laufenden Betrieb in der Luft gehalten werden und das Schlimmste ist, dass das alles mit dem Schicksal der Zukunft unserer Kinder geschieht.

(Beifall bei der SPD)

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten halte ich deshalb fest: Längeres gemeinsames Lernen bleibt trotz dieses faulen schwarz-grünen Kompromisses das richtige Ziel. Unsere Schulen brauchen Reformen, aber Kinder, Eltern und Lehrer brauchen auch und vor allem Sicherheit, Berechenbarkeit, Klarheit und Zeit. Darum hätte man sich in den nächsten Jahren auf die erfolgreiche Einführung der neuen Stadtteilschule konzentrieren müssen. Bildungspolitik darf sich nicht im Quartalsrhythmus ändern.

Deshalb die klare Ansage: Wir werden als Sozialdemokraten nicht tatenlos auf das Scheitern Ihrer Bildungspolitik warten. Wir werden ganz konkret für Verbesserungen kämpfen, wir werden mit guten Argumenten und Vorschlägen, mit parlamentarischem, aber vielleicht auch öffentlichem Druck bereits vor 2012 Verbesserungen durchsetzen

(Wolfgang Beuß CDU: Keine Drohungen!)

für besseren Unterricht – darüber steht übrigens nichts im Koalitionsvertrag –, gegen die frühe Se-

lektion, für das Recht der Eltern und für größere Chancengerechtigkeit im Hamburger Schulsystem, denn nur so werden wir langfristig die soziale Spaltung unserer Stadt wirksam bekämpfen können.

(Beifall bei der SPD)

Obwohl die soziale Spaltung in unserer Stadt immer augenfälliger wird, setzt diese Koalition dieses Thema nicht oben auf die Agenda. Ihr schwarz-grüner Vertrag zeigt, dass das Ringen um Chancen für alle nicht im Mittelpunkt Ihrer Politik stehen wird. Kinder aus sozial schwachen Familien werden auch künftig keinen Ganztagskitaplatz bekommen, obwohl wir ganz genau wissen, dass davon abhängen kann, ob es gelingt, den Kreislauf aus Bildungsarmut und Arbeitslosigkeit in Familien endlich zu durchbrechen.

Kinder werden auch künftig kein Mittagessen bekommen, wenn ihre Eltern das Geld dafür nicht aufbringen können. Das ist beschämend für eine reiche Stadt wie Hamburg.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Sie behaupten immer gerne, auch aufgrund ihrer nächtlichen Exkursionen mit Baseballcap und Dienstwagen, Herr von Beust, es gebe keine Spaltung in unserer Stadt. Unsere Stadt ist aber gespalten und die Schullandschaft spiegelt das wider.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das Einzige, was gespalten ist, ist Ihre Fraktion!)

Ich fürchte, die schwarz-grüne Schulpolitik zementiert das. Nicht die Hälfte, sondern vier Fünftel aller Schüler ohne jeden Schulabschluss leben in der einen sozialen Hälfte unserer Stadt und der wirtschaftliche Aufschwung der letzten beiden Jahre erreichte nicht viele. Bildung war, ist und bleibt der Schlüssel für Chancengerechtigkeit und sozialen Aufstieg. Daher war die Einführung von Gebühren für den Besuch der Vorschule grundfalsch.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Die Gebühren für Schulbücher, für das Mittagessen in der Kita und auch für das Studium bleiben grundfalsch.

(Beifall bei der SPD)

Statt diese eklatanten Mängel in Angriff zu nehmen, verzetteln sich GAL und CDU in Strukturexperimenten. Bildung beginnt aber nicht erst in der Schule. Die frühkindliche und vorschulische Bildung muss gestärkt werden. Neben der Bereitstellung ausreichend vieler und aus unserer Sicht gebührenfreier Betreuungsplätze ist die Qualität der Kinderbetreuung entscheidend. Unsere Kitas müssen endlich in die Lage versetzt werden, dass Kinder in Kindergärten, Krippe und Hort gut betreut und erzogen werden, geborgen sind, Zuneigung

**(Michael Neumann)**

erfahren, interessante Dinge erleben und erfahren. Diesen Anspruch muss Kinderbetreuung in Hamburg erfüllen und das sehe ich bei Ihrem Politikan-satz nirgendwo.

(Beifall bei der SPD)

Arbeitslosigkeit, Armut und die damit verbundenen sozialen und auch innenpolitischen Probleme konzentrieren sich in den benachteiligten Stadtteilen unserer Stadt. Wer kann, kehrt deshalb den betroffenen Quartieren oftmals den Rücken. In Nienstedten, Othmarschen, Lemsahl-Mellingstedt oder Wohldorf-Ohlstedt zahlen zwei Drittel der Eltern den Höchstbetrag der Kita, in anderen Stadtteilen sind es unter 2 Prozent. Hier sind die Mittelstandsfamilien und ihre Kinder praktisch nicht mehr vorhanden. Dies führt dazu, dass sich die dortige soziale Situation weiter verschärft. Um diese Stadtteile zu stabilisieren, müssten den Menschen aber Perspektiven geboten werden. Das Problem der sozialen Spaltung ist deshalb aus unserer Sicht von zwei zentralen Seiten wirksam zu bekämpfen. Wir müssen erstens über bessere Bildung den sozialen Aufstiegs willen wecken und Aufstiegschancen bieten und wir müssen zweitens – ich meine nicht sinnlose Beschäftigung, sondern wirklich Arbeit – sinnvolle Erwerbsarbeit und darüber gesellschaftliche Teilhabe bieten. Ihr Programm der Verzahnung von sozialer Stadtteilentwicklung und Arbeitsmarktpolitik verspricht dazu zwar Vieles, wir werden Sie aber an den Ergebnissen messen müssen – messen daran, was Sie endlich gegen das himmelschreiende Unrecht tun, dass Zehntausende von Menschen in unserer Stadt jede Woche 40 Stunden und mehr arbeiten und trotzdem nicht in der Lage sind, von ihrem Geld ihre Familie ordentlich über die Runden zu bringen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Treten Sie mit uns gemeinsam für den Mindestlohn ein. Oder wollen Sie weiterhin, dass skrupellose Arbeitgeber zulasten unserer Steuer- und Sozialkassen Menschen zu Hungerlöhnen beschäftigen? Streiten Sie mit uns gemeinsam für den Mindestlohn und dafür, dass anständige Arbeit in unserem Land endlich anständig bezahlt wird.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – *Wolfgang Beuß CDU*: Das ist doch kein Hamburger Thema!)

Natürlich ist das Problem der sozialen Spaltung unserer Stadt gewiss nicht allein in den letzten sechs oder sieben Jahren entstanden, aber es hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschärft. Die CDU und Herr von Beust bestreiten oftmals noch immer diese sichtbare Entwicklung. Selbst Herr Peiner, der Vater des Konzeptes der Wachsenden Stadt, hat eingeräumt, dass das Soziale in der Wachsenden Stadt zu kurz gekommen sei. Offensichtlich führt eine Mischung von Wachsender Stadt und Kreativer Stadt eben nicht zu einer ge-

rechteren und sozialen Politik. Man hat zum Teil den Eindruck, dass es zum Gegenteil führt. Das ist fatal. Denn nicht das Leugnen der Probleme, sondern das Handeln und Angehen der Probleme ist nötig.

Verbesserungen für die Menschen erfordern dabei einen langen Atem und eine klare Orientierung. Die haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns mit dem Leitbild der Menschlichen Metropole gegeben. Dabei hat Abraham Lincoln einmal gesagt,

(*Frank Schira CDU*: Oh Gott!)

ich zitiere:

"Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem Ihr die Starken schwächt. [Und] Ihr werdet [mit] Sicherheit in Schwierigkeiten kommen, wenn Ihr mehr ausgebt, als Ihr verdient."

Zitat Ende.

Auch in dieser Einsicht unterscheiden wir Sozialdemokraten uns von der anderen Opposition in diesem Haus. Wir Sozialdemokraten werden uns nicht auf den Wettlauf einlassen, wer mehr Lehrerstellen oder mehr Betriebsprüfer oder höhere Regelsätze für Transferzahlungen fordert. Wir wollen die Potenziale unserer Stadt fördern und nutzen, um Wohlstand für alle zu schaffen. Denn nur eine ökonomisch erfolgreiche Stadt wird auch eine soziale Stadt sein. Denn nur wirtschaftlicher Erfolg schafft Arbeitsplätze, führt zu Steueraufkommen, finanziert Zukunftsinvestitionen, Sicherheit, Bildung, Lebensqualität und auch Hilfe für die, die sie brauchen.

Eine moderne Technologie und wissensbasierte Wirtschaftsstruktur braucht eine auf sozialen Ausgleich angelegte Gesellschaft, stabile Familien, beste Bildung, Mitbestimmung und das Vertrauen in die eigene Stärke unserer Stadt. All diese Elemente bedingen einander und eine gute Politik für Hamburg baut eine Brücke zwischen diesen Elementen. Die Vernachlässigung des Erfolgsfaktors sozialer Fortschritt gefährdet das Erfolgsmodell Hamburg. Ich sage aber auch ganz deutlich: Zügellose Enteignungs- oder Verstaatlichungsfantasien, verbohrte Reformunwilligkeit oder populistische Versprechungen höherer Transferzahlungen legen aus meiner Sicht nicht die Axt an die Wurzel des Problems, sondern langfristig legt dies die Axt an die Wurzel unseres Wohlstands. Damit, sehr geehrte Frau Heyenn, lege ich an die Arbeit Ihrer Fraktion den gleichen Maßstab an wie an die eines schwarz-grünen Senats. Wir werden das, was gut und machbar ist, unterstützen und gut nennen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Auf gute Zusammenarbeit!)

(Michael Neumann)

Wir werden aber auch das, was nur gut gemeint aber nicht machbar ist, glasklar als falsch bezeichnen.

(Beifall bei der SPD – *Frank Schira CDU*: Das glaubt Ihnen kein Mensch!)

Nun zu einem weiteren Schwachpunkt im Koalitionsvertrag. Es ist der nichtssagende Formelkompromiss zum von Vattenfall und Senat geplanten Steinkohlekraftwerk in Moorburg. Wochenlang wird über Moorburg verhandelt und heraus kommt die Weisheit – der Bürgermeister hat es fehlerfrei vorgelesen –, dass die Behörde rechtlich über die Genehmigung entscheidet. Hier wird die Öffentlichkeit aus meiner Sicht auch weiter an der Nase herumgeführt. Ich fordere den Senat, Herrn von Beust, die Senatorin, Frau Hajduk, und Sie, Herrn Maaß, auf: Machen Sie Schluss mit der Geheimpolitik in Moorburg, legen Sie die Karten auf den Tisch. Meine Fraktion wird aufgrund der Undurchsichtigkeiten des Genehmigungsverfahrens zum Kraftwerk Moorburg erneut die Aktenvorlage beantragen. Der CDU-Senat hatte uns damals die Akteneinsicht mit dem Hinweis "Staatsgeheimnis" verweigert. Der damalige GAL-Abgeordnete und jetzt zuständige Staatsrat Maaß sagte dazu hier an dieser Stelle am 7. Februar – Zitat:

"Neu ist jetzt, dass wir nicht nur über ein, wie ich finde, sehr falsches und klimapolitisch skandalöses Kraftwerk sprechen, sondern dass sich dazu auch noch ein einigermaßen skandalöses Verfahren gesellt hat, in dem der Senat der Bürgerschaft die verfassungsmäßigen Rechte verwehrt, nämlich unser Recht, den Senat zu kontrollieren, und das ist ein ziemlich gravierender Vorgang."

Zitat Ende.

(Beifall bei der SPD und bei *Antje Möller* und *Jens Kerstan*, beide GAL)

– Das ist gut. Ich sehe, es gibt noch ein Bisschen bei Euch. Das finde ich gut.

Er nannte die Begründung des Senators schlichtweg anmaßend verwegen. Frau Hajduk, es ist relativ einfach. Wir geben Ihnen jetzt die Chance es besser zu machen als der CDU-Senat. Christian Maaß hat das alles, wie es seine eigene Art ist, schon damals in der Opposition rechtlich geprüft. Von daher gehe ich davon aus, dass wir die Akten dann in Kürze von Ihnen geliefert bekommen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Rufen wir uns noch einmal die Geschichte der Entscheidung für Moorburg und das Kohlekraftwerk und die zahlreichen Kehrtwendungen des von Beust-Senats dabei in Erinnerung. Bis vor zwei Jahren war das Wort Klimaschutz für Herrn von Beust ein totales Fremdwort. Vattenfall wollte ein neues Kohlekraftwerk bauen und Frau Gundelach

wollte das gleich doppelt so groß haben. Und Vattenfall sagte: "Okay, klar, super. Wenn wir das doppelt so groß bauen können, machen wir das. Natürlich nehmen wir die Einladung dankend an." Dann hatte der Bürgermeister aber sein cineastisches und klimapolitisches Erweckungserlebnis. Er war im Kino, hat einen Film gesehen und hat gesagt, dass das mit der CO<sub>2</sub>-Emission doch irgendwie problematisch sei. Das sei nicht richtig gut und dagegen müsse man etwas machen.

(*Frank Schira CDU*: Sie sollten auch einmal ins Kino gehen!)

Das war die Kehrtwende 1. In den Behörden wurden rasch bis dahin verworfene Vorschläge auch unserer Fraktion zusammengeschrieben und ein sogenanntes Klimaschutzkonzept wurde entwickelt. Der Bürgermeister wollte sich beim Vattenfall-Chef persönlich um Wahlkampfhilfe bemühen, indem dieser von seinen Kohlekraftwerksplänen in Hamburg ablässt. Das hat nicht geklappt, also Kehrtwende Nummer 2. Der Senat erteilt aus unserer Sicht völlig unnötig noch vor der Wahl eine Vorabgenehmigung und Vattenfall konnte mit seiner Investition in Moorburg beginnen. Es wurde sogar noch ein Vertrag über die nähere Ausgestaltung des Kraftwerks hinsichtlich der Kühlung und der CO<sub>2</sub>-Abscheidung geschlossen. Jetzt erleben wir Kehrtwende Nummer 3. Herr von Beust hat sich einen neuen Koalitionspartner suchen müssen, in der GAL dann auch schnell gefunden und erneut seine Meinung zum Projekt geändert. Vattenfall hingegen sieht Millioneninvestitionen und auch Erträge aus billigem Kohlestrom gefährdet und wird jetzt gerichtlich für eine Genehmigung und gegebenenfalls für Schadenersatz kämpfen. Ob ein finanzieller Schaden für unsere Stadt eintritt, ist zurzeit völlig ungewiss. Gewiss ist aber, dass eine CDU-Klimaschutzpolitik aber auch eine Hamburger Standortpolitik ohne jede Grundlinie und ohne jede Orientierung zurückbleibt. Zurück bleibt ein erheblicher Imageschaden für den Wirtschaftsstandort Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Denn Genehmigungsverfahren und Genehmigungsfristen sind einzuhalten und nicht machtpolitischem Machtkalkül zu unterwerfen. Dass das in Hamburg unter diesem Bürgermeister offenbar anders geworden ist, ist ein Eindruck, der Hamburg als Standort langfristig schaden wird. Denn die Verlässlichkeit von Zusagen Hamburger Bürgermeister und das Vertrauen in die Hamburger Politik haben dadurch gelitten und, was noch schlimmer ist, sie leiden weiter.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Wenn der Bürgermeister sich dann hier hinstellt und darüber spricht, dass man das Vertrauen der Menschen wieder erwerben müsse, dann kann ich

**(Michael Neumann)**

nur sagen, dass Sie mit Ihrer Schulpolitik und Ihren faulen Kompromissen genau das Gegenteil tun, als Vertrauen und Verlässlichkeit zu erwecken. In der Moorburg-Frage gibt es ein unsägliches Geeier statt einer klaren Berechenbarkeit. In der Haushalts- und Finanzpolitik wird statt hanseatischer und seriöser Finanzpolitik das Tafelsilber verscherbelt und es werden ungedeckte Schecks auf die Zukunft ausgestellt. Auch in der Sportpolitik gibt es statt Verlässlichkeit ein völlig unkoordiniertes Hin und Her. Erst gründet man eine Betriebsgesellschaft für die Universiade, dann bekommen die Herren von Beust und Freytag gemeinsam mit der ziemlich unerfahrenen Sportsenatorin von Welck kalte Füße ob der schon lang bekannten Kosten und beerdigen dieses breit von allen hier getragene Projekt mit einem Artikel im "Hamburger Abendblatt". Dann protestieren der Hamburger Sport, der Deutsche Olympische Sportbund und – wohl wieder einmal entscheidend für die CDU und Herrn von Beust – die Handelskammer und schon schwenkt man wieder um. Hier wie im Fall Moorburg und der Schulpolitik bleibt durch diese Wackelpolitik ein dauerhafter Schaden für unsere Stadt und Sie, Herr von Beust, tragen als Wackelbürgermeister dafür die Verantwortung – Sie allein.

(Beifall bei der SPD)

Ich fasse zusammen. Sie, Herr von Beust, wechseln Ihre Position in atemberaubender Geschwindigkeit. Sie, Herr von Beust, und Ihr schwarz-grüner Senat stehen deshalb eben nicht für Verlässlichkeit und Vertrauen. Sie stürzen Hamburg in ein gigantisches Schulexperiment. Ausgang ungewiss, Tendenz Chaos, Leidtragende werden Kinder, Eltern und Lehrer sein. Sie fügen mit Ihrem unsäglichem Genehmigungsverfahren und ständigem Herumgeeier um das Kraftwerk Moorburg und nun auch die Universiade dem Standort Hamburg erheblichen Schaden zu. Sie bauen Ihre Finanzpolitik auf dem Sand eines nicht enden wollenden Aufschwungs und werden hart auf dem Boden der wirtschaftlichen Realitäten landen. Sie verschließen die Augen vor der sozialen Spaltung unserer Stadt und verstärken sie auch noch durch Ihre falsche Politik. Sie starten eine Koalition, die niemand mehr als Pilotprojekt sieht und die ihre Strahlkraft bereits eingebüßt hat. Hamburg und die Menschen in unserer Stadt, brauchen aber verlässliche und berechenbare Politik. Hamburg braucht Vertrauen in die Kraft, Probleme zu erkennen und dann auch zu lösen. Hamburg braucht einen Senat, der diesem Anspruch gerecht wird. Hamburg braucht keinen Senat, der sich vor allem als schwarz-grünes Pilotprojekt versteht und darüber die wahren Probleme der Menschen in unserer Stadt vergisst. Das ist zusammengefasst nicht nur inhaltlich thematisch, sondern – wenn ich mir die Gruppe so anschau – auch personell keine schlechte Voraussetzung für eine erfolgreiche Oppositionspolitik. Wir Sozialdemokraten werden in

unserer Kritik maßvoll und sachlich sein, aber auch hart in der Sache. Und wir überlassen faule Kompromisse den schwarz-grünen Koalitionären oder dann und wann einmal dem Populismus der Linkspartei. Mit uns steht Ihnen eine Opposition gegenüber, die sich harträckig, jung und vor allen Dingen erfolgshungrig ans Werk gemacht hat.

(Heiterkeit bei der CDU)

Und wir werden uns nicht auf die typische Oppositionskritik beschränken, sondern die richtigen und die wichtigen Probleme der Stadt benennen, Konzepte entwickeln und die richtigen Antworten geben. – Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Wolfhard Ploog:** Das Wort hat Herr Schira.

**Frank Schira CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich Sie mir so anschau – jung, dynamisch. Na ja, bei Ihnen ist auch viel Grau. Ich habe auch Grau in den Haaren, aber so jung und so dynamisch – nein, das ist nicht gefärbt, bei mir ist das nicht gefärbt. Aber ich sage Ihnen eins: Ich glaube nicht – Sie haben eine klassische sozialdemokratische Rede gehalten.

(Michael Neumann SPD: Das ist ein Kompliment – Beifall bei der SPD)

Auf Parteitage können Sie das gerne machen. Aber Sie sitzen hier im Parlament, um die Öffentlichkeit und die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu überzeugen. Das ist Ihnen eindeutig nicht gelungen, denn Sie haben keinen Gegenentwurf gezeichnet.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben keine Alternative deutlich gemacht. Eine klassische sozialdemokratische Rede – Herr Neumann, gefangen im alten Denken, kann ich da nur sagen. Deswegen hat es am 24. Februar auch nicht geklappt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Während Ihrer Rede habe ich versucht, mich einmal in die oder den Abgeordneten aus Ihren Reihen hineinzusetzen, der vor wenigen Wochen in diesem Plenarsaal unserem Bürgermeister Ole von Beust die Stimme gegeben hat.

(Dirk Kienscherf SPD: Linkspartei!)

Ich weiß es nicht, aber ich könnte mir gut vorstellen, dass der oder die Abgeordnete aus Ihren Reihen gesagt hat, dass es richtig war, diesen Bürgermeister Ole von Beust gewählt zu haben – vor dem Hintergrund Ihrer Rede.

(Beifall bei der CDU)

**(Frank Schira)**

Ich möchte aber, weil Sie auch nicht als Brückenbauer bekannt sind und Sie – wie ich glaube – auch persönlich Schwierigkeiten damit haben, zu Anfang meiner Rede etwas zu den Ereignissen sagen, die eigentlich auch zu dieser Wahl geführt haben, zu den Monaten des Wahlkampfes. Wir haben mehr als ein Jahr Wahlkampf in dieser Stadt geführt. Das hat, denke ich, auch zu zahlreichen Verletzungen geführt und ich kann den Bürgermeister nur unterstützen, wenn er sagt, dass wir auch Gräben zuschütten müssen – Verletzungen, die ein Jahr vor dem Wahltermin entstanden sind – und das war nicht unser Problem, denn Sie haben sozusagen in USA-Wahlkampfmanier einen Vorwahlkampf in Ihrer Partei stattfinden lassen, sodass die Medien natürlich auch ordentlich angeheizt waren, ein Jahr über Vorkommnisse zu berichten. Den Grund der Vorkommnisse will ich hier auch nicht weiter erwähnen. Aber das gehört auch zur ganzen Wahrheit, dass wir eine Diskussion in der Stadt hatten, die nicht so gelungen war und sicherlich auch nicht zu Politikbegeisterung beigetragen hat. Aber die Wurzeln waren in Ihrer Partei angelegt.

(Beifall bei der CDU)

Ich will es dabei belassen. Ich glaube, der Wahlkampf hat uns auch viel Kraft gekostet. Jetzt sollten wir uns auf die – es ist Ihre Aufgabe zu kritisieren – Dinge konzentrieren, die wir jetzt bewältigen müssen. Öffentlicher Streit um des Streits Willen, glaube ich, wird unsere Akzeptanz bei den Wählern nicht erhöhen. Wenn Sie sich die Wahlbeteiligung anschauen, ...

(Ingo Egloff SPD: Kommen Sie doch endlich einmal zum Ende!)

Ich rede jetzt über die Wahlbeteiligung. Das ist doch ein Problem, das uns alle angehen müsste, Herr Landesvorsitzender der SPD.

(Ingo Egloff SPD: Ja, das stimmt!)

Die Wahlbeteiligung bei der letzten Bürgerschaftswahl und die Wahlbeteiligung mit unter 50 Prozent jetzt bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein sind besorgniserregend. Ich glaube, da müssen wir uns alle fraktionsübergreifend anstrengen dagegenzuwirken.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Zum Vertrag: CDU und GAL haben eine gemeinsame Basis geschaffen. Wir bringen in Hamburg etwas Neues auf den Weg. Seit sehr vielen Jahren steht die Forderung im Raum, Ökonomie und Ökologie zu versöhnen. Mit unserem Vertrag gehen wir einen sehr großen Schritt in eine Richtung, die Zukunftsperspektiven für Hamburg eröffnet. Dass wir dies vereinbart haben, ist gut für die Menschen, die Stadt, die Wirtschaft und – das haben Sie nicht so deutlich erwähnt – für die Natur. Und das ist uns

insbesondere auch als CDU – natürlich zuvörderst Ihnen – ganz wichtig.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Dr. Andreas Dressel SPD: Ach ja, ach ja!)

Die CDU steht gewiss nicht nur unter dem Eindruck der Ökonomie. Die CDU war auch immer eine Partei, die sich für die Erhaltung der Schöpfung stark gemacht hat.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ach, ach! Das glauben Sie doch selber nicht!)

Auch wenn die Kollegen der GAL etwas anders formulieren, glaube ich schon, dass wir im Ergebnis dasselbe meinen. Das ist für uns eine sehr gute Basis. Wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion haben durch unsere Rolle – natürlich sind wir etwas anders geprägt als vielleicht andere CDU-Landesverbände – seit jeher eine moderne Politik betrieben.

(Lachen bei der SPD)

Bereits vor vier Jahren – sage ich Ihnen – haben wir in den Bezirken Altona und Harburg Koalitionen mit der GAL abgeschlossen. Ich glaube, wir können gemeinsam sagen, dass das für Harburg und Altona vier gute Jahre waren. Wie ich mit Freude höre, werden es vier weitere gute Jahre werden. Vielleicht kommt der eine oder andere Bezirk auch dazu.

Bewahrung der Schöpfung auch mit marktwirtschaftlichen Anreizen geht doch nicht zusammen – ich sage Ihnen: Das geht zusammen. Ich lade Sie ein, mit mir einen Blick in den Koalitionsvertrag zu werfen. Wenn Sie sich die Seite 21 anschauen, steht da etwas zur Elbvertiefung. Die Fahrrinne der Elbe wird vertieft und es wird eine Stiftung zur Verbesserung der ökologischen Situation der Elbe gegründet. Diese Stiftung wird unter anderem auch durch das Hafengeld gespeist. Dieses Hafengeld wird so gestaltet, dass größere Schiffe, für die die Fahrrinne vertieft worden ist, auch mehr dazu beitragen. Dies ist angewandte Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Das ist uns, glaube ich, mit dem Koalitionsvertrag und dieser Vereinbarung in beispielhafter Weise gelungen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Die Erkenntnis, dass alles Handeln einen Preis hat, war im Übrigen auch Leitlinie unserer Koalitionsverhandlungen. Senator Freytag und Senatorin Hajduk sind Garanten einer soliden und nachhaltigen Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ein ausgeglichener Haushalt und der Verzicht auf neue Schulden bilden eine der Grundlagen unseres Koalitionsvertrages.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da lachen die sogar auf der Senatsbank!)

**(Frank Schira)**

Wir werden gemeinsam eine verantwortungsbe-  
wusste Konsolidierungspolitik im Dreieck zwischen  
Ausgabendisziplin, Schuldenabbau und Investitio-  
nen für die Zukunft gestalten.

(Zuruf von *Klaus-Peter Hesse CDU*)

– Vielen Dank, Klaus-Peter.

Wir werden die hohe Investitionsquote aufrechter-  
halten und wir werden diese Investitionen vollstän-  
dig aus eigenen Mitteln finanzieren. So erhalten  
und vermehren wir das Vermögen der Stadt. Dies  
ist angewandte Generationengerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der  
GAL)

Durch eine Reduzierung der zu zahlenden Zinsen  
gewinnen wir Spielräume im Betriebshaushalt.  
Dies wollen wir einsetzen für Familien, Kinder und  
diejenigen Mitbürger, die die Hilfe der Gesellschaft  
brauchen.

Ich möchte etwas zur Schulpolitik sagen. Intensiv  
wird und wurde in unserer Stadt über die Schulpoli-  
tik diskutiert. Wir, die Koalition aus CDU und GAL,  
wollen allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen  
Herkunft gleiche Chancen für den Erwerb aller Bil-  
dungsabschlüsse ermöglichen. Wir wollen die  
bestmögliche Qualifizierung aller Kinder. Stadtteil-  
schule, Gymnasium und Primarschule werden dies  
ermöglichen. Gleichzeitig mit der Stadtteilschule  
werden die neuen Primarschulen eingeführt. Die in  
ihnen vorgesehenen sechs Jahre gemeinsamer  
Unterricht halten viele außen stehende Beobachter  
nur für einen Kompromiss zwischen den Koaliti-  
onspartnern. Ich sage Ihnen aber: Diese sechs  
Jahre gemeinsamer Unterricht sind heutzutage  
aber die europäische Norm und wir werden dies in  
Hamburg auch tun.

(*Ingo Egloff SPD*: Deswegen waren Sie  
schon immer dafür, auch im Wahlkampf!)

Ich finde es sehr erstaunlich, mit welcher Bräsig-  
keit und Selbstgefälligkeit die SPD Kritik an den  
Bildungsplänen von CDU und GAL übt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich darf einmal aus dem "Hamburger Abendblatt"  
vom 7. Mai zitieren:

"So kritisierte Sabine Boeddinghaus ..."

– Ihnen bekannt –

"... vom Vorstand der SPD-Arbeitsgemein-  
schaft für Bildung, Fraktionschef Michael  
Neumann verbreite in Interviews die Un-  
wahrheit. Er habe fälschlicherweise das  
Zwei-Säulen-Modell aus Stadtteilschule und  
Gymnasien als SPD-Alternative zur  
schwarz-grünen Schulpolitik dargestellt."

Sehr verehrter Herr Kollege, wo die Frau recht hat,  
da hat sie recht. Ich teile inhaltlich ihre schulpoliti-

schen Vorstellungen überhaupt nicht, aber dass  
Frau Boeddinghaus Sie auf Ihre Unwahrheiten auf-  
merksam machen muss, ist schon ein starkes  
Stück.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Michael  
Neumann SPD*: Das finde ich auch!)

In der Tat können Sie das so nicht machen. Sie  
können sich hier nicht als Gralshüter bei den Eltern  
aufstellen. Das wird Ihnen im Übrigen auch keiner  
abnehmen. Der Bürgermeister hat Sie, die Opposi-  
tion, eingeladen, gemeinsam mit uns eine Schule  
zu schaffen, die für die Kinder gemacht ist und in  
der die Kinder im Mittelpunkt stehen. Ganz beson-  
ders müssen wir auf die Kinder achten, die in  
schwierigen Verhältnissen aufwachsen. Sie dürfen  
nicht von der Entwicklung abgehängt werden. Des-  
halb werden wir weitere Schulen – der Bürgermei-  
ster sagte es – zu Ganztagschulen ausbauen.  
Insbesondere werden dies Grundschulen in  
KESS 1- bis KESS 3-Gebieten sein.

Hamburg wächst. Während die Bevölkerung  
Deutschlands schrumpft, wächst Hamburg. Allein  
von 2001 bis 2007 stieg die Einwohnerzahl um  
40 000 Menschen, denn Hamburg ist ein guter  
Platz zum Leben, insbesondere für Familien. Der  
Senat und die ihn tragenden Fraktionen wollen die  
Attraktivität der Stadt weiter steigern und die Le-  
bensqualität und die Zukunftsfähigkeit Hamburgs  
sichern. Dafür brauchen wir eine noch bessere Ki-  
ta-Betreuung. Darüber reden wir nicht nur, sondern  
wir handeln. Wir werden den Rechtsanspruch auf  
einen Kitaplatz auf Kinder ab zwei Jahren ausdeh-  
nen. Damit nimmt Hamburg im Bereich der Kinder-  
tagesbetreuung bundesweit wieder eine Vorreiter-  
rolle ein. Kinder sind unsere Zukunft und wir sind  
auch bereit und in der Lage, Geld in die Hand zu  
nehmen, um in ihre Entwicklung zu investieren.  
Dank der soliden Haushaltspolitik der vergangenen  
Jahre haben wir dafür die Mittel. Am Anfang sagte  
es der Bürgermeister in seiner Regierungserklä-  
rung: Die Integration von Menschen aus anderen  
Ländern ist uns auch ein besonderes Anliegen. In  
sehr vielen Fällen ist es uns gelungen, die Integra-  
tion sinnvoll abzuschließen, wenn Sie bedenken,  
dass vor 30 bis 40 Jahren – ich war da noch etwas  
kleiner, wir beide waren da kleiner –

(*Michael Neumann SPD*: Vor 40 Jahren gab  
es mich noch gar nicht!)

auch über Probleme mit Italienern, Spaniern, Grie-  
chen und Portugiesen, die in unserer Stadt arbei-  
ten, gesprochen wurde. Jetzt sind die Integrations-  
maßnahmen dazu auch sämtlich abgeschlossen.  
Ich glaube auch, dass wir die Kraft haben Integrati-  
on weiter deutlich zu machen. Ich möchte etwas  
sagen, weil das auch ganz wichtig ist. Wenn ich  
Sie hier vorne einmal kurz stören dürfte.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Dann erzählen  
Sie doch einmal etwas Interessantes!)

**(Frank Schira)**

Das ganz Wichtige ist auch, dass der grausame Mord an Morsal durch ihren Bruder zeigt, dass es in unserer Stadt natürlich auch noch Verhaltensweisen gibt, deren Beweggründe sich, glaube ich, uns allen gemeinsam nicht erschließen. Der weit überwiegende Teil der hier lebenden Moslems verurteilt derartige Taten.

*(Michael Neumann SPD: Moslems? Das hören die besonders gerne!)*

Der Senat, finde ich, hat sehr schnell gehandelt. Alle beteiligten Behörden werden die von ihnen in diesem Fall ergriffenen Maßnahmen einer sehr kritischen Prüfung unterziehen.

*(Michael Neumann SPD: Sie sind ein Experte!)*

Aus diesen Prüfungen werden Konsequenzen für die Arbeit aller öffentlichen Stellen gezogen. Nach unserer festen Überzeugung ist es absolut inakzeptabel, dass jemand seine persönlichen Ehrvorstellungen über die Gesetze unseres Landes stellt.

*(Beifall bei der CDU und der GAL)*

Die Probleme, die diese einzelnen Menschen haben, die mental sicherlich nur teilweise – wenn überhaupt – in Deutschland angekommen sind, müssen wir lösen und einer dieser Lösungswege wird spätestens auch in der Kita beginnen. Die Kindertagesstätten sind unsere zentralen Anknüpfungspunkte in den Stadtteilen. Dort müssen wir auch die Kinder mit Migrationshintergrund erreichen. Auch deshalb senken wir den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung auf das Alter von zwei Jahren. Dies ist angewandte Integrationspolitik.

*(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)*

Beweglichkeit ist überlebenswichtig für eine Hafen- und Handelsstadt. Wir wissen, dass es unsere Aufgabe ist, diese Mobilität zu sichern, damit die Wirtschaft floriert und die Menschen ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Es muss aber auch Raum für ein pulsierendes urbanes Leben auf Hamburgs Plätzen und Straßen vorhanden sein. Es müssen Grünflächen vorhanden sein. Dies ist das Spannungsfeld, in dem wir Wege suchen und gefunden haben. Das betrifft sowohl den Neubau leistungsfähiger Straßen zum Beispiel im Süden Hamburgs als auch die Förderung des Fahrradverkehrs. Pkw-Verkehr, ÖPNV und Fußgängerverkehr müssen keine Gegenspieler sein. Wir, die Koalitionsfraktionen und der Senat, werden eine Verkehrspolitik machen, die möglichst alle Interessen berücksichtigt und Hamburg als attraktive und lebendige Großstadt stärkt. Dazu gehören eine moderne Stadtbahn, die seit Jahrzehnten überfällige Ortsumgehung Winterhude – äh Finkenwerder,

*(Heiterkeit bei allen Fraktionen)*

bessere Mitnahmemöglichkeiten von Fahrrädern in ÖPNV, weiterhin autofreie Sonntage und die dringend benötigte Hafenquerspanne.

*(Beifall bei der CDU und der GAL)*

Mit unserer Arbeitsmarktpolitik – und die Arbeitsmarktpolitik ist natürlich nicht nur, Frau Dr. Stapelfeldt, auf Winterhude bezogen, sondern auf ganz Hamburg – wollen wir in erster Linie die Integration in den ersten Arbeitsmarkt und Unabhängigkeit von Transferleistungen erreichen. Hierzu hat sich das Hamburger Modell bewährt, das wir fortsetzen werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die gezielte Qualifizierung. So eröffnen wir Menschen ohne Arbeit neue Chancen und Perspektiven. Wir werden die Arbeitsmarktpolitik mit der sozialen Stadtentwicklungspolitik verknüpfen, um Arbeitsmarktmittel gezielt in die Stadtteile zu lenken.

Ich möchte etwas zum Hafen sagen. Da gibt es immer drei Worte, die ein ehemaliger Wirtschaftsminister immer benutzt hat: In der Tat, der Hafen boomt. Bei uns ist das der Leitgedanke und die Zuversicht, die Gunnar Uldall immer ausgestrahlt hat. Aber die Lage ist tatsächlich sehr gut. Die Hamburger Wirtschaft im Hafen boomt tatsächlich weiter. Der Umschlagsboom im Hafen ist ungebrochen. Auch die Beschäftigungsentwicklung – ja, das ist sehr wichtig, zum Hafen habe ich nicht viel gehört – im Hafen ist weiter sehr positiv und dieser Trend setzt sich fort. Wir werden deshalb in den nächsten Jahren den Ausbau des Hafens weiterführen und wir brauchen dafür keine neuen Schulden aufzunehmen. Bei der Elbvertiefung, dies ist kein Geheimnis, vertreten die Koalitionspartner nicht dieselben Positionen. Aber – ich sagte es bereits am Anfang – ich glaube, wir haben Lösungen gefunden, die die ökonomische Bedeutung der Elbe für die Erreichbarkeit des Hamburger Hafens und die notwendige Verbesserung der ökologischen Situation der Elbe berücksichtigen. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass die Ökologie der Elbe zukünftig auch vom Wachstum des Hamburger Hafens profitieren wird.

Unsere Sozialpolitik garantiert eine soziale Grundversicherung. Wir wollen den Menschen helfen, wieder Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und sich endgültig aus den Transferleistungen zu lösen. Eine solche Sozialpolitik aktiviert die Menschen. Der Bürgermeister hat es schon ausgesprochen. Die Leitgedanken unserer Politik sind Subsidiarität, Integration und Generationengerechtigkeit. Während die Sozialdemokraten in erster Linie auf Umverteilung und das Gießkannenprinzip setzen, wollen CDU und GAL den Menschen dort helfen, wo es konkret notwendig ist. Wir stellen uns den demografischen Veränderungen bei der Stadtentwicklung, bei der Gestaltung von Verkehrsinfrastruktur und besonders bei der Planung von Gesundheit und Pflege.

**(Frank Schira)**

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Im Pflegebereich werden wir neue Wohn- und Pflegeformen ermöglichen und absichern. Wir werden die Pflegeheime noch intensiver kontrollieren und beraten. Wir wollen ein seniorenfreundliches Hamburg, das Lebensqualität, Aktivität und Sinnstiftung für ältere Menschen genauso berücksichtigt wie die kreativen Potenziale und ehrenamtlichen Tätigkeiten der älteren Menschen. Hamburg als Talent- und Kreativstadt kann es sich gar nicht leisten, auf die wertvollen Erfahrungen unserer älteren Mitbürger zu verzichten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die bisher viel zu wenig genutzten Möglichkeiten sollen verstärkt auch der Gesellschaft zugute kommen, deswegen stehen bei uns die Seniorinnen und Senioren – dort, wo ihr Platz ist – in der Mitte der Gesellschaft.

Ich möchte etwas zu einem unserer Kernbereiche sagen, zur Inneren Sicherheit. Die Innere Sicherheit war und ist ein Kernthema der Union und dieses Senats. Hamburg ist sicherer als viele deutsche Großstädte. Gerade der Schutz der Schwachen vor Kriminalität und Gewalt ist eine der wichtigsten Pflichten des Staates. Dafür steht dieser Senat.

Zum Thema Sportstadt. Hamburg ist Sportstadt. Sport ist wichtig für die Gesundheitsförderung, für die Integration und den sozialen Zusammenhalt. Sport bringt Lebensqualität in die Stadt. Viele Sportstätten werden in den nächsten Jahren instand gesetzt. Wir benötigen viel Geld, um die Möglichkeiten des Breitensports zu erhalten und auszubauen. Sport in Schulen und Vereinen ist die Grundlage für erfolgreichen Leistungssport. Wenn wir diese Basis vernachlässigen, haben es unsere einheimischen Sporttalente viel schwerer, ihre Leistungspotenziale zu erkennen und auszuschöpfen. Wir sichern die Zukunft der Sportstadt Hamburg.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – *Ingo Egloff SPD*: Hoffentlich weiß der Bürgermeister das auch!)

Sehr geehrter Herr Dr. Naumann, vor ein paar Tagen haben Sie verlauten lassen, dass Sie diese Bürgerschaft verlassen wollen. Ich möchte Ihre Entscheidung von dieser Stelle aus nicht kommentieren. Ich denke, das haben die Menschen und die Medien in den letzten Tagen sehr intensiv gemacht. Es ist vielleicht etwas ungewöhnlich, das aus meinem Mund zu hören, aber es ist auch wichtig festzustellen, dass Sie für Ihre Partei, die am Boden lag, gekämpft und auch Beträchtliches herangeholt haben.

(*Dr. Michael Naumann SPD*: Zu wenig!)

Wenn ich mir viele neue Abgeordnete anschau, dann hat so mancher Abgeordnete das Mandat

auch Ihnen persönlich zu verdanken, weil Sie viel gemacht haben für die Sozialdemokratie. Ich möchte Ihnen eine eher rhetorische Frage stellen, aber vielleicht sprechen Sie auch noch zu uns: Muss es Ihnen, Dr. Naumann, nicht wehtun, muss Ihnen nicht merkwürdig zumute sein, wenn Sie jetzt sehen, wie Ihr Fraktionsvorsitzender, Michael Neumann, und Ihr Landesvorsitzender Egloff – zwischen beiden sitzen Sie ja, es ist ein wunderbares Bild von hier vorne –

(*Dr. Michael Naumann SPD*: Danke.)

all Ihre Versprechen und eindeutigen Absagen an die Linkspartei brechen? Muss Ihnen das nicht wehtun?

(*Ingo Egloff SPD*: Wieso, haben wir doch eingehalten! Was reden Sie denn?)

Man spürt es geradezu körperlich, wie sich führende Sozialdemokraten

(Zurufe von der SPD)

– ja, weil die auch betroffen sind – von Ihren Positionen mit einer atemberaubenden Geschwindigkeit abwenden? Noch vor wenigen Wochen, Herr Neumann, haben Sie, als die LINKE in kalter kommunistischer Kadersprache die Menschenrechtsverletzungen in Tibet relativierte, effekthascherisch den Plenarsaal mit großem Getöse verlassen und jetzt denken Sie anscheinend jeden Tag über neue Konstellationen, über Koalitionen mit den LINKEN nach. Ich finde das sehr, sehr scheinheilig.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker und Dr. Eva Gümbel, beide GAL)

Ich sage das, weil es natürlich auch immer einen Zusammenhang mit Hamburg gibt. Es schreckt Sie noch nicht einmal das abschreckende Beispiel aus Berlin vor einer Woche im Bundesrat, als der regierende Bürgermeister der SPD, Wowereit – anscheinend ist er in der Geiselhaft der LINKEN –,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Und Sie sind in der Geiselhaft der GAL!)

deutlich machen musste, dass Berlin nicht imstande war, dem EU-Vertrag im Bundesrat mit zuzustimmen. Das muss man sich einmal vorstellen. Die SPD und Wowereit haben Berlin nationalen und internationalen Schaden zugeführt und so kommt es, wenn man solche Bündnisse eingeht.

(*Michael Neumann SPD*: Schill, Schill!)

Was für ein Unterschied zu unserer Stadt, was für ein Unterschied zu unserem Bürgermeister.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt muss es auch dem Letzten klar sein, dass das herauskommt, wenn man nicht auf seine eigene Stärke vertraut und solche Bündnisse eingeht. Die Mahner und Warner in der SPD, wie Altbürgermeister von Dohnanyi und jetzt auch Sie, Herr Dr.

**(Frank Schira)**

Naumann, werden nicht mehr ernst genommen. Sie stehen geradezu auf tragische Weise einsam da.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Wir haben in Hamburg verlässliche Verhältnisse, wir haben geordnete Verhältnisse und wir werden eine starke und gute Regierung in den nächsten vier Jahren in Hamburg bilden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

**Vizepräsident Wolfhard Ploog:** Das Wort hat Herr Kerstan.

**Jens Kerstan** GAL:\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorab: Herzlichen Glückwunsch, Michael Neumann, zur neu gefundenen Rolle als Entertainer.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Als Einstieg in eine ernsthafte Debatte über die Zukunft dieser Stadt war deine Rede in weiten Teilen nicht geeignet.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Meine Damen und Herren! Die Bildung der ersten schwarz-grünen Koalition auf Länderebene in Deutschland folgt nicht den üblichen politischen Mustern, wie wir sie gewöhnt sind. Gängigerweise schließen sich Parteien zusammen, die eine möglichst große Schnittmenge in ihrem Programm aufweisen. Die gesellschaftspolitische Wirkung einer so gebildeten Koalition ist in der Regel auf die Anhänger der eigenen politischen Lager beschränkt, die sich seit vielen Jahren in Deutschland gegenüberstehen.

(Dr. Michael Naumann SPD: Geht es auch ein bisschen konkreter?)

Der Erfolg des einen Lagers gilt dann automatisch als die Niederlage des anderen.

Die schwarz-grüne Koalition folgt nicht dieser Logik. Hier haben sich zwei Parteien aus unterschiedlichen politischen Lagern zusammengeschlossen. Es liegt in der Natur der Sache, dass auch bei Sachentscheidungen keine der beiden Seiten einen eindeutigen Sieg davontragen kann, wenn es darum geht, dass keiner der beiden Partner sich selbst und seine Identität verleugnen soll.

Es geht vielmehr um die Beschreitung neuer Wege und nicht um die Zuspitzung von Unterschiedlichkeiten zu Unvereinbarkeiten. Es geht darum, Gemeinsamkeiten zu suchen. Herauskommen tun dabei pragmatische Schritte, pragmatische Lösungen für dringende Probleme und Herausforderungen. Das mag für stramme Ideologen ein Nachteil sein, für praktische Politik, in der es doch darum gehen muss, das Beste zum Wohle aller zu finden, kann dieses aber auch eine große Chance sein.

(Beifall bei der GAL)

Das gilt insbesondere auch in Deutschland, wo wir in der politischen Debatte doch allzu häufig den Untergang des Abendlandes an die Wand malen, wenn es darum geht, eine Lösung einzuführen, wie sie in fast allen anderen europäischen Ländern der Standard und üblich ist. Die Einführung einer sechsjährigen Primarschule ist ein gutes Beispiel dafür.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die potenzielle Wirkung eines solchen lagerübergreifenden Bündnisses in die Gesellschaft hinein kann auch breiter sein. Das mag es vielleicht auch erleichtern, notwendige Veränderungen anzugehen und Weichenstellungen voranzutreiben, ohne dass sich dann ein Teil der Gesellschaft automatisch als Verlierer fühlt und heftigen Widerstand leistet. Veränderung tut not, gerade in Hamburg wird das deutlich. Vielleicht gerade deshalb, weil Hamburg so erfolgreich ist. Es gibt wahrscheinlich keine andere Stadt in Deutschland, die von der Globalisierung so profitiert wie Hamburg.

Aber trotz dieser guten wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen haben wir in Hamburg die Massenarbeitslosigkeit noch nicht besiegt. Viel zu viele Menschen leben am Rande der Gesellschaft, ohne eine Chance auf ein erfülltes Leben und geben ihre soziale Benachteiligung viel zu oft an ihre Kinder weiter.

Es gibt massive Belastungen durch Lärm, Schadstoff und Verkehrstrassen, die mit der wachsenden Mobilität, aber auch mit den wachsenden Containermengen im Hafen verbunden sind und auch ein Grund für unseren wachsenden Wohlstand sind. Hamburg ist – so wie überall in den entwickelten Industrieländern – von einem verschwenderischen Lebensstil zulasten nachfolgender Generationen und der Menschen in sich entwickelnden Ländern geprägt. Diese Koalition ist sich einig, drängende Probleme und Herausforderungen in den Bereichen Ökologie, Soziales und Wirtschaft anzugehen. Auch wenn es demnächst im Rio-Prozess eigentlich so sein sollte, dass diese drei Prinzipien gleichrangig verfolgt werden sollen, sind globale Umweltprobleme häufig der Treiber für notwendige Veränderungen. Hamburg als Stadt am Wasser hat ein existenzielles Interesse daran, den Klimawandel zu begrenzen, damit der Meeresspiegel nicht beginnt, unkontrollierbar zu steigen.

Wir haben vereinbart, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß Hamburgs bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent zu senken.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Um dieses zu bewerkstelligen, haben wir das Klimaschutzprogramm des Vorgängersensats um entscheidende Punkte verbessert. Ein wesentlicher Schwerpunkt ist die Gebäudesanierung, denn das ist der Bereich, auf den man den größten Schwer-

**(Jens Kerstan)**

punkt setzen muss, wenn man den Klimawandel begrenzen will. Niedrigenergiehäuser werden in Zukunft schrittweise zum Standard in Hamburg. Auch der Altbaubestand wird stufenweise energetisch modernisiert werden und die Pflicht zur Nutzung von solarer Wärme wird bei der Modernisierung von Heizungsanlagen vorgeschrieben, ebenso wie das Verbot von Nachtspeicherheizungen. Man kann über Klimaschutz und auch über Maßnahmen streiten, aber ich kenne keine Millionenmetropole auf dieser Welt, die ein so ehrgeiziges und anspruchsvolles Klimaschutzprogramm vereinbart hat.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Um den Klimawandel wirklich wirksam zu begrenzen, kommt dem Energiesektor eine entscheidende Rolle zu. Hamburg wird daher den Konzessionsvertrag mit Vattenfall für das Wärmenetz nicht verlängern, sondern unter Erfüllung hoher ökologischer Standards das Wärmenetz neu ausschreiben, zusammen mit einem grundlastfähigen Gaskraftwerk. Hamburg setzt damit ein Zeichen, dass der Staat im Sinne eines wirksamen Klimaschutzes wieder eine aktivere Rolle setzen muss und das ist auch gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Das Kohlekraftwerk Moorburg war im Wahlkampf sehr umstritten. Unabhängig von der politischen Bewertung – die der GAL ist bekannt, deshalb muss ich sie auch nicht wiederholen – habe ich immer gesagt, dass dieses Kraftwerk die Elbe so enorm schädigen wird, dass es aus wasserrechtlicher Sicht eigentlich gar nicht genehmigungsfähig ist. Ich habe seitdem auch in den Koalitionsverhandlungen und im Kontakt mit den Behörden nichts gehört, was mich zu der Auffassung bringen sollte, diese Meinung zu ändern. Deshalb bin ich auch ganz gelassen, wenn wir schlicht und einfach vereinbart haben, dass die zuständige Behörde das Genehmigungsverfahren nach Recht und Gesetz abwickeln wird.

Im Wahlkampf wähten wir die SPD im Kampf gegen das Kohlekraftwerk Moorburg noch auf unserer Seite. Eigentlich erstaunlich, da es der einzige Landesverband dieser doch so kohlefreundlichen Partei ist, der sich so eindeutig gegen ein Kohlekraftwerk positioniert hat.

(Dr. Michael Naumann SPD: Und wo sind Sie denn jetzt?)

Jetzt, nach der Wahl, Herr Egloff, haben Sie ganz schnell die Position gewechselt. Jetzt sprechen Sie angeblich von einem vorhandenen Genehmigungsanspruch von Vattenfall. Sie befördern damit nicht das Wohl Hamburgs. Sie agieren damit einzig und allein im finanziellen Interesse des internationalen Multis Vattenfall.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Sie bewegen sich damit in einer ungunstigen Tradition bei der SPD, in der eine Vielzahl Ihrer ehemaligen Spitzenpolitiker den Ausklang ihres Berufslebens im Sold der großen Energiemonopolisten fristen.

(Ingo Egloff SPD: Das haben sie mir leider nicht angeboten!)

Aber nicht überall ist es uns gelungen, der Ökologie zu ihrem Recht zu verhelfen. Die geplante Elbvertiefung wird den ökologischen Zustand der Elbe weiter verschlechtern. Diese Schlacht haben wir eindeutig verloren. Da gibt es nichts zu beschönigen. Leider ist das nichts Neues. Das war auch schon 1997 in der Koalition mit der SPD so. Aber damals war mit der Entscheidung für eine weitere Elbvertiefung auch schon Schluss der Debatte. Heute ist es uns gelungen, eine Stiftung für die Elbe zu etablieren,

(Dr. Michael Naumann SPD: Das dürfte die Gymnasien ruinieren! Lauter schöne Pösten!)

die in Zukunft an der Verbesserung der ökologischen Situation der Elbe arbeiten soll, gespeist aus Entgelten der Verursacher, aus der Wirtschaft. Das hätten wir gerne auch mit Ihnen von der SPD vereinbart. Das ist leider nie gelungen. Wir haben es jetzt mit der CDU vereinbart.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es gibt aber viele Menschen in dieser Stadt, denen ökologische Probleme oder gar die Sicherung der Existenz nachfolgender Generationen als Luxusproblem erscheinen, weil sie mit Arbeitslosigkeit und Armut zu kämpfen haben. Natürlich ist es eine wichtige Aufgabe der Politik, hier gegenzusteuern und die materielle Existenz von Menschen in Not zu sichern. Aber wer die politische Agenda fast ausschließlich auf diese materielle Existenzsicherung konzentriert – wie es manche in diesem Haus tun –, der hat letztendlich seinen Frieden mit der Massenarbeitslosigkeit geschlossen. Diese Koalition will sich nicht damit abfinden, dass zehntausende Menschen in Hamburg dauerhaft vom Erwerbsleben ausgeschlossen bleiben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Denn es ist nicht nur so, dass Arbeitslose dadurch ihre materielle Existenz nicht mehr aus eigener Kraft sichern können, sie verlieren dadurch auch an gesellschaftlicher Teilhabe, allzu häufig auch an Selbstachtung. Wer die soziale Spaltung in unserer Stadt wirklich wirksam bekämpfen will, muss neben der materiellen Existenzsicherung, der Schaffung neuer Arbeitsplätze eine große Bedeutung geben und genau das tun wir, meine Damen und Herren.

**(Jens Kerstan)**

Ein Drittel der Arbeitsmarktmittel wird in Zukunft in den Stadtteilen konzentriert, in denen sich die Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Probleme ballen. 4000 neue Arbeitsplätze sollen nicht nur neue Perspektiven für Menschen schaffen, sondern auch Lücken in der sozialen Infrastruktur schließen und das Ganze wird nicht von oben verordnet. Entscheidender Hebel der Veränderungen werden die Menschen selber sein. Die Bewohnerinnen, die Gewerbetreibenden, Initiativen und Institutionen arbeiten vor Ort zusammen an tragfähigen Zukunftskonzepten, koordiniert durch ein Quartiersmanagement. Die Vielfalt in den Stadtteilen – von vielen als Problem empfunden – wird so als Zukunftskapital begriffen und aktiviert.

Parallel dazu werden Hilfs- und Beratungsangebote für die verschiedensten sozialen Schieflagen gebündelt und zu einem Netz ausgebaut. Ich will jetzt nicht alle weiteren Maßnahmen aufzählen, die in dem Vertrag stehen, sondern beispielhaft nur noch die Einführung eines Sozialtickets nennen. Wer vor diesem Hintergrund behauptet, in unserer Koalitionsvereinbarung wäre überhaupt nichts enthalten, um die soziale Spaltung in dieser Stadt zu bekämpfen, der ist entweder blind oder er kann nicht lesen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Bei der Schaffung von Arbeitsplätzen setzen wir nicht allein auf die traditionellen Wirtschaftsbereiche, in denen Hamburg ganz viele Stärken hat. Nicht, dass wir diese nicht schätzen würden – wir werden auch alles tun, um diese Arbeitsplätze zu erhalten –, aber wir setzen auch auf die Zukunftsbereiche des neuen Jahrtausends.

In einer globalisierten Welt wird Wissen zum entscheidenden Rohstoff. Durch die Einrichtung einer Wissenschaftsstiftung wollen wir dafür sorgen, dass Hamburgs Universitäten Exzellenz in Lehre und Forschung bekommen und die Studenten, die an ihnen und ihrer Zukunftssicherung arbeiten, werden während ihres Studiums von Gebühren befreit.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Wir wollen Kultur-, Medien- und Kreativwirtschaft zu einem weiteren starken wirtschaftlichen Standbein neben Handel und Hafen etablieren. Dieses kann nur gelingen, wenn wir alle Talente in unserer Stadt bestmöglich fördern. Hamburg muss aber auch ein Anziehungspunkt für kreative Köpfe aus aller Welt werden.

Das vielfältige Zusammenleben kann allerdings auch schwierig sein, weil in Metropolen verschiedene Lebenswelten aufeinanderstoßen. Dabei werden uns die politischen Versäumnisse der letzten Jahrzehnte in diesem Bereich manchmal sehr schmerzlich bewusst, gerade wenn wir, wie in den letzten Wochen, eine Häufung furchtbarer Taten erleben mussten. Wir sollten dabei den Begriff des

Ehrenmordes vermeiden. Mord erfolgt niemals aus ehrenhaften Motiven und es kann und darf auch keine kulturelle oder religiöse Rechtfertigung und Entschuldigung dafür geben. Deshalb sind wir uns in diesem Hause zum Glück auch alle einig.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Andrea Rugbarth SPD*)

Dennoch hat es bedauerlicherweise aus den Reihen der SPD nicht nur berechtigte Empörung, sondern auch Äußerungen gegeben, die pauschal Ressentiments gegenüber Bürgerinnen bedienen, die aus anderen Ländern zu uns kommen. Ich möchte sie gar nicht wiedergeben, denn ich finde sie wirklich verheerend.

Es ist die Pflicht der Politik zu handeln und alles in unserer Macht stehende zu tun, damit solche Taten in Zukunft nicht mehr passieren und verhindert werden. Dieser Senat ist dabei, dieses zu tun und meine Fraktion wird ihn darin auch in allem, was dafür notwendig ist, unterstützen. Aber wir dürfen nicht ganze Ethnien und Religionen unter einen Generalverdacht stellen, wie das einige Ihrer Parteifreunde getan haben.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Uwe Grund SPD*: So ein Quatsch!)

Zum Glück ist Hamburg ein Wahlkampf à la Koch in Hessen erspart geblieben. Es wäre fatal, wenn die Sozialdemokraten der Verlockung nicht widerstehen könnten,

(*Dr. Michael Naumann SPD*: Das ist doch peinlich!)

in Hamburg von der CDU am rechten Rand geräumte Positionen besetzen zu wollen, um so opportunistisch Boden in der politischen Auseinandersetzung gutmachen zu wollen. Ich kann nur hoffen, dass erste Anzeichen, die einen solchen Kurswechsel vermuten lassen, sich nicht bewahrheiten.

(*Dr. Michael Naumann SPD*: Von wem reden Sie?)

– Ich rede von Herrn Voscherau, einem ehemaligen Bürgermeister Ihrer Partei, Herr Naumann.

(*Dr. Michael Naumann SPD*: Dann zitieren Sie ihn doch richtig!)

Die Zukunft einer internationalen Metropole entscheidet sich nicht nur darüber, wie sie mit Einwanderung umgeht und ob sie attraktiv genug für kluge Köpfe aus aller Welt ist, sondern auch darüber, ob sie Verantwortung in einer globalisierten Welt übernimmt. Das gilt gerade auch für eine alte Handelsmetropole wie Hamburg es ist, mit traditionellen Beziehungen in alle Welt. Es ist gut, dass Hamburg, dessen Kaufmannschaft im 19. Jahrhundert maßgeblich die Gründung von Kolonien vorangetrieben hat, nun durch eine Städtepartnerschaft

**(Jens Kerstan)**

mit Daressalam in Afrika ein Zeichen für eine partnerschaftliche Zukunftsgestaltung setzen wird.

Zu guter Letzt komme ich zu dem Thema, das im Mittelpunkt des Wahlkampfes gestanden hat, der Bildungs- und Schulpolitik. Natürlich findet dieser Politikbereich hohe Aufmerksamkeit bei den Eltern, die das Beste für ihre Kinder und die bestmögliche Bildung haben wollen. Natürlich ist dies der zentrale Politikbereich, wenn es darum geht, Teilhabe, Gleichberechtigung und Chancengleichheit für alle Kinder sicherzustellen, egal, aus welchem sozialen Umfeld oder aus welchem Land sie stammen.

Der Bürgermeister hat heute schon ausführlich zu unseren Vereinbarungen zur Kinderbetreuung unter Einführung einer Primarschule gesprochen und sie dargestellt. Aus grüner Sicht wird durch diesen Kompromiss, den wir dort gefunden haben, das Grundübel des deutschen Schulsystems, das Sortieren der Kinder, nicht beseitigt. Aber die Primarschule sorgt dafür, dass unsere Kinder im Idealfall bis zu sieben Jahre gemeinsam lernen, bevor sortiert wird, und zwar nicht nur in ein paar Modellprojekten, sondern flächendeckend. Damit, meine Damen und Herren, machen wir einen Riesenschritt, um in Zukunft zu verhindern, dass der soziale Hintergrund der Eltern allzu oft über die Bildungschancen von Kindern entscheidet.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Hamburg erreicht damit als erstes Bundesland einen so hohen Standard, wie er eigentlich in fast allen anderen kontinentaleuropäischen Ländern üblich ist – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

(Dr. Michael Naumann SPD: Wait and see!)

Ich kann Ihnen allerdings eines versichern: Mit unserer grünen Schulsenatorin wird es keine überhastete und übers Knie gebrochene Reform von oben ohne Einbeziehung der Beteiligten geben. Wir nehmen die vorgebrachten Sorgen der Eltern sehr ernst. Ein wichtiges Instrument, um dieses sicherzustellen, dass es nicht zu den Fehlentwicklungen kommt, wie manche sie befürchten, wird die regionale Schulentwicklungsplanung sein. Dort wird unter Mitwirkung aller Beteiligten – der Schulen, der Lehrer und auch der Eltern – eine Lösung entwickelt, die auf die örtlichen Gegebenheiten zugeschnitten ist. Ich kann nur allen Kritikern empfehlen, sich an diesem Prozess zu beteiligen und sich einzubringen, damit wir alle ein gutes Ergebnis für unsere Kinder erzielen können.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Meine Damen und Herren! Ob es wirklich gelingt, mit diesem neuen Bündnis die Chancen zu nutzen, zu einem pragmatischeren Politikstil zu finden oder gar politische Gegensätze zu überwinden, wie es der Bürgermeister dargelegt hat, weiß ich nicht. Das wird die Zukunft zeigen. Letztlich will diese Koalition ihre Existenzberechtigung nur dann be-

wiesen haben, wenn Erfolge sichtbar sind und die Menschen unserer Stadt das Gefühl haben, dass sich Hamburg auf einem guten Weg befindet.

Wovon ich allerdings wirklich überzeugt bin, ist, dass wir im Bereich Klimaschutz, Bildung, der Überwindung der sozialen Spaltung sowie der Schaffung von Arbeitsplätzen, also den entscheidenden Handlungsfeldern, wo es um die Zukunft der Menschen dieser Stadt geht, mutige und wegweisende Maßnahmen beschlossen haben, die in ganz Deutschland ihresgleichen suchen.

(Dr. Michael Naumann SPD: Das kann man wohl sagen!)

Hamburg nimmt damit die Herausforderung an, sich in einer globalisierten Welt zu behaupten und seinen Bewohnerinnen und Bewohnern eine gute Zukunft zu ermöglichen. Hamburg übernimmt im Rahmen seiner Möglichkeiten gleichzeitig auch die Verantwortung für eine gerechtere und nachhaltigere Entwicklung, nicht nur hier in Hamburg, sondern auch in aller Welt.

Ob die Herausforderungen, die mit dieser Politik verbunden sind, erfolgreich bewältigt werden können, ist nicht allein Sache der Politik. Wir Grüne wollen uns dieser Aufgabe zusammen mit allen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt in den nächsten vier Jahren mit aller Kraft widmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

**Vizepräsident Wolfhard Ploog:** Das Wort hat Frau Heyenn.

**Dora Heyenn DIE LINKE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist das dritte Mal in Hamburg, dass hier ein CDU-Bürgermeister eine Regierungserklärung abgibt. Die heutige Regierungserklärung war voll mit Philosophie, aber leider mit wenig Konkretem. Ich glaube, Herr Neumann hat recht, dass auch hier wieder spannend war, was nicht gesagt wurde.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört!)

Dieses Mal ist es verbunden mit einem Experiment, das eventuell als Pilotprojekt für andere Bundesländer und Berlin gelten soll.

Schon bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages war die allgemeine Lesart, dass die GAL sich in weiten Teilen durchgesetzt hätte. Das scheinen trotz der Annahme durch den CDU-Parteitag viele Christdemokraten in Hamburg auch zu glauben. Bevor die schwarz-grüne Koalition überhaupt anfängt zu arbeiten, gibt es bereits erhebliche Irritationen. Viele Mitglieder der CDU – und sicherlich auch Wähler – fühlen sich von der CDU betrogen. Es gilt eben nicht das Münchener Wort, es sei unfair, die Parteien daran zu erinnern, was sie vor

(Dora Heyenn)

dem Wahlkampf versprochen hätten. Das sehen die Wähler ganz anders.

Es gibt einen Bereich, in dem die Christdemokraten aus ihrer Sicht tatsächlich eine Kröte schlucken mussten. Ihre zentrale Wahlkampfaussage, das Gymnasium werde nicht angetastet, konnten Sie nicht einhalten. Mit der geplanten Einführung der sechsjährigen Grundschule und der vorher im Ruckzuckverfahren durchgepeitschten Regelung zum Turboabitur nach zwölf Jahren fehlen dem Gymnasium jetzt ganze drei Jahrgänge. Der Vorwurf des Wählerbetrugs wird auch offen geäußert. Das können wir täglich in den Zeitungen lesen.

Die Unruhe in der Wählerklientel der CDU ist groß. An den Schulen herrscht große Nervosität und nun meldet sich die große Regierungspartei selbst zu Wort. Die Rede ist von einer schulpolitischen Erklärung der Christdemokraten, die an alle Eltern, Lehrer und Schüler gehen soll. Die Kernaussage ist die Ablehnung der sechsjährigen Grundschule. Und wie hat Herr von Beust heute aus der Regierungserklärung vorgelesen – ich zitiere –:

"Selbstverständlich stehen wir zu allen Formulierungen und Prioritäten, wie sie im Koalitionsvertrag genannt worden sind."

Da war wohl der Vater der Wunsch des Gedankens. So sieht es nämlich nicht aus.

Ich glaube, dass die Bildungssenatorin schon eine Vorahnung gehabt hat. Sie hat nämlich die Einführung des Zwei-Säulen-Modells, das die CDU will, entgegen der ursprünglichen Planung zeitlich zusammengefasst mit der Verlängerung der Grundschule, was die GAL will. Damit soll sichergestellt werden, dass der Kompromiss als Ganzes umgesetzt wird und nicht nur die Vorstellung eines Koalitionspartners.

Die LINKE ist zusammen mit der GEW und anderen der festen Überzeugung, dass diese Schulreform mehr Probleme bringt als sie Lösungen zutage führt.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Ties Rabe SPD*)

Die Idee, die Sortierung der Kinder auf die unterschiedlichen Schulen von der vierten auf die sechste Klasse hinauszuschieben, wird ins Gegenteil verkehrt. Es ist traurige Realität, dass Eltern jetzt schon sorgfältig überlegen, in welche Kita sie ihr Kind geben, damit es auf dem Gymnasium landet, wo sie ihr Kind gerne hätten.

Die soziale Auslese im Hamburger Schulsystem wird nicht später – wie vielleicht in guter Absicht angedacht –, sie wird früher einsetzen. Dagegen treten wir entschieden an.

(Beifall bei der LINKEN)

Die LINKE unterstützt die Volksinitiative "Eine Schule für alle" und wird in ihrem zweiten Schritt

vom 19. September bis 9. Oktober 2008 beim Volksbegehren kräftig dazu beitragen, dass Unterschriften gesammelt werden. Beim Gelingen werden wir uns dann in wenigen Monaten wiedertreffen und neu über Schulpolitik reden müssen.

Wir begrüßen aus dem Koalitionsvertrag und aus der Regierungserklärung die Abschaffung der Hauptschule. Wir begrüßen, dass es einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Besuch ab dem zweiten Lebensjahr gibt und dass das letzte Kita-Jahr beziehungsweise das Vorschuljahr gebührenfrei ist.

Wofür wir kein Verständnis haben, ist, dass es kein kostenloses Mittagessen in der Kita gibt. Da zeigt sich, welch einen Realitätsverlust dieser Senat hat. Wenn Herr Wersich, seines Zeichens Sozialsenator, abstreitet, dass es in Hamburg eine soziale Spaltung gibt und vorrechnet, dass 60 Cent für ein Mittagessen pro Kind doch nun wirklich nicht die Welt sind, dann hat er recht und nicht recht, denn aus seiner Sicht sind 60 Cent wirklich gar nichts.

Aber für die Eltern, die Hartz IV empfangen und pro Tag pro Kind 2,23 Euro für die Verpflegung haben, sind 60 Cent furchtbar viel. Deshalb wäre es gut gewesen, wenn es ein kostenloses Mittagessen gegeben hätte.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich kann in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehen – ich habe es gestern schon gehört und eben wieder –, dass über die Kitas die Probleme mit der Migration in Hamburg gelöst werden sollen; das ist entschieden zu wenig. Es ist auch entschieden zu wenig, wenn Eltern, die bisher per Telefon die Tochter abmelden konnten, weil sie für ein Jahr nach Afghanistan geht, dieses jetzt schriftlich tun müssen; das macht überhaupt keinen Unterschied.

Es ist auch viel zu wenig, wenn es in den Beratungsstellen für Mädchen, die von Zwangsheirat bedroht sind, zwei Halbtagsstellen gibt. Das ist für Hamburg zu wenig und da ist in der Vergangenheit ganz viel versäumt worden. Ob zusätzliche 60 000 Euro nun wirklich zur Verbesserung beitragen, wird sich zeigen. Es ist zumindest ein Schritt in die richtige Richtung.

Aber um was sich die jetzige und auch die letzte Regierung herumdrückte und wo sie jetzt anpacken muss – dafür gibt es Gott sei Dank eine Opposition und da werden wir auch Dampf machen –, ist, dass einfach gesehen werden muss, dass bei den Schülern, die keinen Schulabschluss haben, der Anteil an Migrantenkindern besonders hoch ist, dass sowohl bei den jungen Menschen, die keinen Ausbildungsplatz haben als auch bei den Menschen, die keinen Arbeitsplatz haben, der Anteil der Migranten besonders hoch ist. Das kann man nicht so lassen, da muss man etwas tun und da ist die Regierung gefordert.

**(Dora Heyenn)**

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Es ist viel versäumt worden und wir müssen weiter ansetzen. Herr Kerstan, wir haben bereits die dritte Generation von Migrantenfamilien und da kann man sich nicht nur auf die Kitas verlassen, da muss an mehreren Hebeln angesetzt werden. Integration ist harte Arbeit auf beiden Seiten und nicht Assimilation in unsere Gesellschaft.

Das Projekt Schwarz-Grün hat in Hamburg bereits erste Blessuren, bevor es überhaupt angefangen hat. Interessant ist, dass die CDU die Ergebnisse des Koalitionsvertrags in dem einzigen Punkt, bei dem sie aus ihrer Sicht einen schmerzhaften Kompromiss machen musste, infrage stellt. Es sieht nicht nach einem Pilotprojekt aus. Herr Schira – ist er da,

(Michael Neumann SPD: Der ist essen!)

dann können Sie ihm das bestellen –, das Einzige, was in den letzten Tagen atemberaubend war, wenn Sie der SPD hier etwas vorwerfen, waren die Verluste der CDU bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Kommen wir zum nächsten Punkt im Koalitionsvertrag, zu den Studiengebühren. Auch wenn es gerne so dargestellt wird, so ist die Einführung der nachgelagerten Studiengebühren kein Ergebnis harter Verhandlungen, in denen sich die GAL durchgesetzt hat. Bereits in seiner Rede vor dem Übersee-Club im September 2003 favorisierte Ole von Beust die Vorzüge dieser Finanzierungsform durch die Studenten – ich zitiere:

"..., es gibt aber Modelle, wie zum Beispiel in Australien. ... Ich halte eine solche Regelung weder für wissenschaftsfeindlich noch für unsozial. Ich halte sie für fair und marktwirtschaftlich."

Das ist auch eine Idee, mit der die CDU sich durchgesetzt hat.

Die GAL hat mit ihrem gebrochenen Wahlversprechen weit größere Zugeständnisse gemacht, als man erwarten konnte; das ist bereits erwähnt worden. Die Elbvertiefung wird stattfinden, auch wenn Sie beteuern, es werde diesmal wirklich die letzte sein. Mit der SPD haben die Grünen bereits einmal diesen von ihr so verurteilten Eingriff in die Natur durchgeführt und wir weisen darauf hin, dass bis heute noch nicht einmal alle Ausgleichsmaßnahmen der ersten Elbvertiefung durchgeführt wurden. Und was ist jetzt? Jetzt soll eine Stiftung gegründet werden, noch eine. Man hat den Eindruck, wenn dem Senat nichts mehr einfällt, dann gründet er eine Stiftung.

In der Regierungserklärung finden wir den sibyllinischen Satz:

"Die Ökologie der Elbe soll daher in Zukunft vom Wachstum des Hamburger Hafens profitieren."

Da fragt man sich doch, was denn in der Vergangenheit mit dem Wachstum des Hafens und der Ökologie passiert ist. Wird es nun besser oder ist es einfach blanker Zynismus?

Dass es auf keinen Fall ein Kohlekraftwerk in Moorburg geben darf, war so etwas wie die politische Identifikation für die grünen Wähler im Wahlkampf. Jetzt wird dieses Thema nicht einmal mehr politisch behandelt, sondern alles wird der Fachbehörde überlassen und die soll ausschließlich nach rechtlichen Gesichtspunkten entscheiden.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist ein Skandal!)

Wenn Herr Kerstan sagt, es solle nach Recht und Gesetz entschieden werden, dann frage ich mich, wonach denn bitte schön sonst; das ist doch wohl selbstverständlich. Das ist keine Gestaltung von Politik, das ist Verzicht auf Politik und nichts anderes.

Auch bei den großen Verkehrsprojekten, gegen die die GAL immer mit guten Argumenten und guten Gründen zu Felde gezogen ist, knickten die Grünen ein.

Die Bedingungen von Politik, die finanzpolitischen Rahmenbedingungen wurden von der CDU unwidersprochen übernommen. Die Maßnahmen, die auf Initiative der GAL ins Koalitionspapier aufgenommen wurden, stehen fast ausnahmslos unter Prüf- und Finanzierungsvorbehalt. Ob und wann sie durchgesetzt werden, steht in den Sternen oder anderswo.

Die Grünen in Hamburg müssen sich fragen lassen, was von ihrem Wahlprogramm übriggeblieben ist. Offenkundig war der Drang zur Macht so groß, dass die Inhalte kaum noch eine Rolle spielten. Vergessen ist, dass vom Landesvorstand eine schwarz-grüne Koalition ausdrücklich ausgeschlossen wurde. Auch wenn Sie sich rühmen, viele Neueintritte zu haben, ist und bleibt Ihr Regierungsprogramm mit der CDU Wählerbetrug.

(Beifall bei der LINKEN)

Auf der einen Seite wurden drängende Fragen der Stadt nicht angefasst und haben sich dadurch zu schwerwiegenden Problemen aufgebaut, zum Beispiel die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Ausgrenzung der Menschen. Die Auswirkungen lesen wir in den Schlagzeilen. Wer sich anguckt, wie die Stadt heute aussieht, der muss eingestehen, dass die Große Koalition unter Gerhard Schröder und die CDU-geführten Landesregierungen die Lebensbedingungen für die Menschen nachhaltig

(Dora Heyenn)

verändert hat, und zwar zu ihrem Nachteil. Oskar Lafontaine hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die Agenda 2010 eine Allparteienentscheidung war. Die CDU kann die Verantwortung für die soziale Spaltung in Hamburg nicht wegschieben.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das waren doch die Sozialdemokraten, oder?)

In der bereits zitierten Rede vor dem Übersee-Club erklärte Ole von Beust:

"Alle sprechen von den nötigen Reformen, der Agenda 2010 ... Bei nüchterner Betrachtung bin ich überzeugt, es geht in vielen Bereichen nicht um eine Reform des Systems oder der Sozialsysteme, nicht einmal ein Umbau reicht aus, sondern es geht um nichts weniger als einen Systemwechsel."

In seiner Rede befürwortet der Bürgermeister ihn ausdrücklich. Später stellt er die Frage:

"Warum tun wir uns in Deutschland allein schon mit dem Gedanken eines Systemwechsels so schwer?"

Und er liefert gleich die Antwort.

"Andere Länder, vorwiegend angelsächsische Länder, aber auch einige skandinavische Staaten und die Niederlande sind hier erheblich weiter."

Das ist keine Absage des Bürgermeisters an einen Systemwechsel gewesen, sondern eine ausdrückliche Befürwortung. Ich wusste gar nicht, dass wir so viel gemeinsam haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wusste er, glaube ich, auch nicht!)

Wir brauchen aber diese Veränderungen, genauer den Systemwechsel, um international konkurrenzfähig zu sein, wird häufig gesagt. Wenn ich mir Ihre Jugendorganisation, die Schülerunion, angucke und sie richtig verstanden habe, will sie alle Parteien, die sich einen Systemwechsel vorstellen können, mit einem Verbotsantrag überziehen. Also werden Sie wohl bald vor dem Bundesverfassungsgericht auftauchen und sich gegen Ihre eigene Jugendorganisation verteidigen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Unter den Stichworten Eigenverantwortlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit ist unsere Stadt verändert worden. Der Systemwechsel in der Steuerpolitik wurde in großem Stil zusammen mit der Bundesebene durchgeführt. Das Motto ist: Die Kleinen sollen zahlen, die Großen werden verschont. Das ist eben schon durch diese Gebührenschaube deutlich geworden.

Eine gigantische Steuersenkungsarie, angefangen von der Vermögensteuer über die Erbschaftsteuer bis hin zur Unternehmensteuer hat überall Löcher in die öffentlichen Haushalte gerissen, auch in

Hamburg. Das hatte durchaus Methode. Sie war die Grundlage für eine Umgestaltung des Gesundheitswesens, des Schulwesens und zum Beispiel auch des Wohnungsbaus. Aber es war genaugenommen gar keine Umgestaltung. Ich drücke mich genau wie der Bürgermeister präzise aus: Es war ein Systemwechsel, der immer noch in vollem Gange ist.

Die öffentlichen Schulen haben so an Attraktivität verloren, dass immer mehr Privatschulen gegründet werden. In Schulen haben nicht nur Teilprivatisierungen stattgefunden, ab heute prüft der Senat sogar die Zulassung von kommerziellen Schulen.

Die Wissenschaftssenatorin kann darauf verweisen, dass es neben der Bucerius Law School und der NIT mehrere Hochschulen gibt, die nach dem Public-Private-Partnership-Prinzip arbeiten. Jetzt beklagt die Senatorin öffentlich den baulich schlechten Zustand der Universitäten und überlegt, private Investoren ins Boot zu holen. Die werden das Geld bestimmt nicht spenden, die wollen mitbestimmen. Ansonsten wird die Mitbestimmung mit Füßen getreten, aber an der Stelle wird es dann noch mal richtig eng.

Die LINKE tritt für eine gebührenfreie und demokratische Bildung ein. Das bedeutet, Schulen und Universitäten müssen in der alleinigen Verantwortung der öffentlichen Hand stehen.

Der soziale Wohnungsbau ist unter Ole von Beust an die Wand gefahren worden. Er erklärte:

„[Es] wird bei der Vergabe von Flächen für Wohnungsbau umgesteuert. Nicht mehr der soziale Geschosswohnungsbau ... steht im Vordergrund, sondern Eigentum.“

Das hat er 2003 verkündet und wir können in der Stadt sehen, dass es fast vollständig umgesetzt worden ist. Was wir in Hamburg brauchen, sind wieder viele bezahlbare Wohnungen für viele Menschen mit geringem Einkommen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Die LINKE tritt für einen Politikwechsel ein, für einen Systemwechsel, der wieder soziale Gerechtigkeit ermöglicht. Herr Kerstan, ein Sozialticket, das nicht einmal seinen Namen verdient, ersetzt keine Politik für soziale Gerechtigkeit. Eine Kürzung von 18 Euro auf jeden Fahrschein ist noch lange kein Sozialticket.

(Beifall bei der LINKEN)

Die LINKE tritt dafür ein, dass die Krankenhäuser wieder befreit von ausschließlichen Profitdenken arbeiten können und das sind nicht die Rezepte von gestern und auch nicht die Rezepte aus den Siebzigerjahren; das sind bewährte Systeme, die zerschlagen worden sind. Die werden in Hamburg täglich weiter durch diese Regierung reduziert. Das

(Dora Heyenn)

geht auf Kosten der Menschen und es ist Aufgabe von Regierungen, Politik zum Wohle aller zu machen. Das vermag ich beim vorgelegten Regierungsprogramm von CDU und GAL wirklich nicht zu erkennen. Schwarz-Grün vertritt vor allem die Interessen der wohlhabenden Wählergruppen der Hansestadt. Kritiker haben gesagt, es sei die Koalition der Opernbesucher.

(Beifall bei Dr. Michael Naumann SPD)

Schwarz-Grün muss beweisen, dass sie es vier Jahre lang aushalten, in dieser Stadt gemeinsam zu regieren. Für die LINKE ist dieses Regierungsprogramm Politik weiter wie gehabt. Frau Hajduk hat irgendwann einmal gesagt, es gehe ihr um einen Machtwechsel; recht hat sie. Wir brauchen in Hamburg dringend einen Politikwechsel und wir werden uns als Oppositionspartei ganz intensiv darum kümmern, dass das vonstatten geht. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Wolfhard Ploog:** Das Wort bekommt Herr Egloff.

**Ingo Egloff SPD:**\* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich zum Koalitionsvertrag komme, möchte ich, auch wenn Herr Schira nicht im Saal ist, ein paar Worte über die Äußerungen verlieren, die er zum Verhalten der Hamburger SPD oder überhaupt zur SPD gemacht hat.

Wir Sozialdemokraten haben es nicht nötig, uns Belehrungen anhören zu müssen in Fragen des Verhaltens von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sozialdemokraten haben das Kreuz zur Nazizeit gerade gemacht und sie haben das Kreuz zu DDR-Zeiten gerade gemacht. Wir müssen uns keine Belehrungen in irgendeiner Weise von Leuten anhören, die mit einem Federstrich alle Mitglieder der Blockflötenparteien, der Ost-CDU, der LDPD und so weiter zu guten Demokraten in dieser Bundesrepublik gemacht haben; das haben wir Sozialdemokraten nicht gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten haben auch keinen Scharlatan wie Ronald Barnabas Schill zum Zweiten Bürgermeister dieser Freien und Hansestadt Hamburg gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen haben wir Wort gehalten. Wir haben vor der Wahl gesagt, dass es keine Koalition und Zusammenarbeit mit der LINKEN gibt und das haben wir nach dieser Wahl eingehalten.

(Wolfgang Beuß CDU: Ypsilanti!)

Das Ergebnis ist dieser Senat.

(Zurufe von der CDU – Michael Neumann SPD: Sie doch auch! Alle Unterschiede sind weg!)

Lassen Sie mich zum Koalitionsvertrag kommen. Es wird immer so getan, als wenn diese Koalition sozusagen die Koalition des Neuen, des Kreativen sei. Das ist natürlich nicht verwunderlich, wenn einer der Koalitionspartner die Kreative Stadt auf seine Fahnen geschrieben hat, weil einige ihrer Vordenker das Buch des amerikanischen Soziologen Richard Florida gelesen haben und nun meinen, den Stein der Weisen gefunden zu haben.

Ich habe mir natürlich daraufhin den Koalitionsvertrag angeguckt, insbesondere das, was unter dem Kapitel "Kreativwirtschaft" steht. Da steht zunächst einmal, dass man Cluster bilden will. Cluster sind immer gut, das hört sich richtig nach etwas an. Wir haben wichtige Cluster im Bereich der Logistik und der Luftfahrt. Aber da muss man sicher auch einmal gucken, wie die Maßnahmen im Einzelnen aussehen.

Da ist zunächst davon die Rede, Liegenschaften im städtischen Besitz temporär oder auf Dauer für künstlerische und kreativwirtschaftliche Zwecke und Nutzungen zur Verfügung zu stellen, was immer das sein mag, aber höchstwahrscheinlich ist es positiv. Die Filmförderung soll aufgestockt werden, fragt sich nur, mit welchen Mitteln. Filmfestivals sollen gefördert werden, das ist per se auch nicht schlecht, und es soll endlich einen Medienbeauftragten geben. Das ist allerdings gut, denn angeblich hatten wir einen, aber mir fällt nicht einmal der Name des Medienbeauftragten des letzten Senats ein.

(Dr. Michael Naumann SPD: Niemand kennt ihn!)

Dass die Neuorganisation des Marketingbereichs in diesem Hause öfter diskutiert werden soll, ist auch in Ordnung.

Dann haben wir noch die Wissenschaftsstiftung. Bei der Wissenschaftsstiftung fehlt eine wichtige Voraussetzung, nämlich wie sie finanziert werden soll. Das ist in diesem Koalitionsvertrag nicht beschrieben. Das ist aber die wichtigste Voraussetzung, damit man mit der Wissenschaftsstiftung etwas für die Kreativstadt anfangen kann.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Die Einzelmaßnahmen sind alle gut und richtig, aber sie reichen nicht für einen Paradigmenwechsel in der Hamburger Wirtschaft aus. Sie reichen vor allen Dingen deswegen nicht aus, weil man zu den Dingen, die die Hamburger Wirtschaft ausmachen, nur wenige Worte verliert. Da gibt es einen dünnen Satz zum Thema Industriepolitik.

(Ingo Egloff)

"Unter Berücksichtigung der Vereinbarungen des Koalitionsvertrages soll der Masterplan Industrie weiterentwickelt werden."

Was immer das heißen mag, denn schließlich hängen 100 000 Arbeitsplätze von Menschen, die direkt in der Industrie dieser Stadt beschäftigt sind, und dreimal so viele Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich daran und dann ein dürrer Satz. Das ist schlicht und ergreifend zu wenig.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum*  
*DIE LINKE*)

Vielleicht liegt das auch daran – Herr Kerstan hat uns in früheren Debatten öfter daran erinnert –, dass das alles alte Wirtschaft ist; vorhin fiel das Wort. Natürlich ist es alte Wirtschaft, aber dazu gehört auch ausdrücklich die Grundstoffindustrie, die für diesen Standort und für die Bundesrepublik Deutschland absolut notwendig ist, denn wir wollen in diesem Bereich beispielsweise nicht abhängig sein von China und Indien, sondern wollen, dass diese Dinge weiterhin hier produziert werden. Wer sich angucken will, wie eine Wirtschaftslandschaft ohne Industrie arbeitsplätze aussieht, der muss sich nur die ostdeutschen Bundesländer angucken, denn Dienstleistung basiert auf Industrie und deswegen müssen wir die 20 Prozent Industrie arbeitsplätze in dieser Stadt erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Zur Mittelstandspolitik gibt es einen genauso inhaltsschweren Satz wie zur Industrie.

"Die Mittelstandsvereinbarung soll dem Grunde nach fortgeführt werden."

Frau Ahrons – ich habe sie jetzt nicht gesehen – müsste eigentlich aufschreien. Ist das das Einzige, was es dazu zu sagen gibt, ist es das Einzige, was man zum Thema Mittelstandsförderung sagen kann, zum Thema Investitionsbank, zum Thema Förderung von Auslandsgeschäften von mittelständischen Unternehmen? Das sind alles Dinge, über die wir im Wirtschaftsausschuss lange diskutiert haben, wo es aber noch keine ausreichenden Lösungen gibt. Im Koalitionsvertrag steht nur, die Mittelstandsvereinbarung werde fortgeführt, mehr nicht. Einem Bereich, der 70 Prozent der Arbeitsplätze und die meisten Ausbildungsplätze in dieser Stadt stellt, ist mit diesem einen Satz nicht ausreichend in Ihrer Koalitionsvereinbarung gedient.

(Beifall bei der SPD)

Auf das Thema Hafen ist mehrfach hingewiesen worden. Natürlich mussten Sie der Elbvertiefung zustimmen. Hätten Sie das nicht vereinbart, hätte wahrscheinlich die Handelskammer das Rathaus besetzt oder vielleicht Herr Münster mit seinen Mitarbeitern aus der HHLA. Insgesamt ist das Kapitel Hafen aber dadurch gekennzeichnet, dass mehr von Ausgleichsmaßnahmen und zusätzlichen Be-

lastungen die Rede ist als von den Chancen, die es gibt, und von den Problemen, die wir beispielsweise beim Abtransport der Container und so weiter lösen müssen, alles Dinge, die wir hier diskutiert haben. Auch davon ist keine Rede, meine Damen und Herren.

Und mal eben wird so en passant die Hafenfinanzierung geändert. Die Infrastruktur des mittleren Freihafens soll von den Pächtern bezahlt werden, wohlgemerkt, die Infrastruktur. Bisher ist das immer Aufgabe der Stadt gewesen. Aufgabe der Unternehmen war es, die Suprastruktur zu finanzieren und jetzt heißt es, die Infrastruktur. Darüber kann man nachdenken und es steht drin, dass dadurch 160 Millionen Euro eingespart werden. Aber die Frage ist, warum man das macht.

(*Jens Kerstan GAL*: Weil das gut ist!)

Wir wissen alle, dass Hafeninvestitionen teuer sind. Aber liegt der Grund vielleicht darin, dass man sagt, wir finanzieren das jetzt einmal anders, dass das, was die CDU vor der Wahl gesagt hat – nämlich Hafen finanziert Hafen und der Erlös des HHLA-Verkaufs soll in Investitionen des Hafens gesteckt werden –, vielleicht nicht eingehalten werden soll durch diese Regierung? Diese Frage müssen Sie genauso beantworten wie die Frage, ob Sie planen, weitere Anteile der HHLA zu verkaufen und damit bestimmte Dinge in diesem Haushalt zu finanzieren. Auch diese Antwort sind Sie schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD)

Dann steht noch etwas über die Zukunft des Hafens drin. Wir alle wissen, wie die Umschlagentwicklung ist und auch, wann der Endzeitpunkt dessen erreicht ist, was wir mit den vorhandenen Terminals bewältigen können.

Die Planungen über die Nutzung von Moorburg sollen nicht fortgeführt werden, nicht einmal die Planungen dürfen von der Wirtschaftsbehörde oder der HPA fortgeführt werden. Jeder in diesem Hause weiß, wie lange Planungsprozesse dauern. Und jeder, der sich damit beschäftigt hat, weiß, dass beispielsweise in Altenwerder vom Anfang bis zur Realisierung, die allerdings dann punktgenau erfolgt ist dank sozialdemokratischer Hafenpolitik, 30 Jahre vergangen sind. Und Sie wollen sich nicht einmal Gedanken darüber machen, was passiert, wenn wir 2015 oder 2018 am Ende der Kapazitäten der Terminals angekommen sind. Was ist das für eine Wirtschaftspolitik, die sich nicht einmal Gedanken darüber machen will?

(Beifall bei der SPD)

Das mag die GAL alles befriedigen, das ist sicherlich auch ihre Handschrift, aber ich frage mich, wo die Wirtschaftspartei CDU bleibt, die immer so tut, als wenn sie die Weisheit im Wirtschaftsbereich gefunden hätte,

**(Ingo Egloff)**

*(Michael Neumann SPD: Mit Löffeln gefressen hätte!)*

die Weisheit mit Löffeln gefressen hätte, um das populär auszudrücken. Ich glaube, mancher Wirtschaftsführer dieser Stadt wird sich schon gefragt haben, wofür er diesen Bürgermeister im Wahlkampf unterstützt hat.

*(Beifall bei der SPD)*

Wir müssen aufpassen, dass die knapp 20 Prozent industrieller Arbeitsplätze, die wir noch haben, und die 160 000 Arbeitsplätze, die vom Hafen abhängig sind, auch in Zukunft gesichert bleiben. Nur in dieser bestehenden Kombination ist die Hamburger Wirtschaft bisher erfolgreich gewesen und auch Profiteur der Globalisierung, wie hier zu Recht gesagt worden ist. Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass wir uns neuen Bereichen öffnen, aber man soll nicht so tun, als wenn man einen Paradigmenwechsel herbeiführe und dann das, was gut und bewährt ist, vernachlässigt, ohne dass das Neue den Beweis angetreten hat, dass es diese alte Wirtschaft, wie hier immer so gerne gesagt wird, entsprechend ersetzen kann.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten halten lieber am Alten und Bewährten fest und sichern die Arbeitsplätze dieser Stadt. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der SPD)*

**Vizepräsident Wolfhard Ploog:** Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Roock, Sie haben das Wort.

**Hans-Detlef Roock** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn gleich eine der guten Botschaften verkünden. Diese Koalition hat die vertraglichen Voraussetzungen geschaffen, gute und erfolgreiche Politik für die Freie und Hansestadt Hamburg zu machen.

*(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)*

Herr Egloff, nach Ihrer Attacke eben will ich es etwas anders formulieren als Herr Schira, das müssen Sie sich noch einmal anhören. Die SPD ist nach wie vor weit davon entfernt, Regierungsverantwortung zu übernehmen.

*(Beifall bei der CDU)*

Das sagt im Übrigen auch Ihr Altbürgermeister Vosscherau; Recht hat dieser Mann.

*(Ingo Egloff SPD: Sie verwechseln das! – Dr. Andreas Dressel SPD: Schauen Sie lieber mal Ihren Kreisverband an!)*

Der innere Zustand der SPD ist sowohl auf Bundesebene als auch in Hamburg eine einzige Katastrophe und das wird an vielen Aussagen der Führungspersonen deutlich, zum Beispiel bei der Zu-

sammenarbeit mit der LINKEN. Der Parteivorsitzende Beck sagt mal Ja, mal Nein – damit hat er in Hessen schon ein Desaster angerichtet – und gerade ist er dabei, ein gleiches Desaster bei der Wahl des Bundespräsidenten anzurichten.

*(Beifall bei der CDU)*

Sie, Herr Egloff und Herr Neumann, sagen in Hamburg mal Ja, mal Nein. Anstatt sich auf die traditionellen Werte der SPD zu besinnen und sich klar zu positionieren und nicht in Panik zu verfallen, kommt ein zweifelhaftes Jein.

Wenn man in der eigenen Partei und Fraktion von Serientätern des Wortbruchs umgeben ist, dann kann man ein gewisses Verständnis für Ihre Flucht, Herr Naumann, aus dem Parlament aufbringen.

*(Dr. Michael Naumann SPD: Ich fliehe vor Ihnen und Ihrer Rhetorik!)*

Ihren eigenen Wortbruch müssen Sie Ihren SPD-Wählern selbst erklären.

*(Beifall bei der CDU)*

Meine Damen und Herren! Diese Beispiele über den inneren Zustand der SPD, so traurig das auch ist, ließen sich endlos fortführen. Deshalb war es richtig, eine Koalition mit der GAL einzugehen, die ganz anders positioniert ist als Sie und daran ändern auch die spöttischen Bemerkungen des Kollegen Neumann nichts.

Was mich wundert ist, dass es bislang weder von den Medien noch von der Opposition so gut wie keine Kritik an der in der Koalition vereinbarten Stadtentwicklungspolitik gegeben hat. Das zeigt uns, dass wir in den vergangenen Jahren gut aufgestellt waren.

*(Heiterkeit bei Gerhard Lein SPD)*

Die bewährten Programme aktive Stadtteilentwicklung und lebenswerte Stadt werden jetzt zusammengeführt. Ein ganzheitlicher Ansatz wird dafür sorgen, dass neben städtebaulichen Verbesserungen, der Förderung von Bildung, Kultur, Integration, Gesundheit, Sicherheit und Beschäftigung Stadtteilentwicklung aus einem Guss stattfindet.

*(Gerhard Lein SPD: Und Sport nicht vergessen!)*

Wir machen genau das, was Herr Neumann vorhin eingefordert hat. Wo ist eigentlich Ihr Problem?

Insofern ist es gut und sinnvoll, durch eine auf Senatsebene angesiedelte Stadtentwicklungskommission behördenübergreifend zu steuern. Die operative Steuerung erfolgt durch eine Leitstelle in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. So etwas hätte den Kollegen von der SPD während ihrer Regierungszeit auch einfallen können, aber Sie haben es schlicht und ergreifend verpennt. Sie haben damals nach dem Gießkannenprinzip Gel-

**(Hans-Detlef Roock)**

der verteilt und uns die strukturschwachen Stadtteile hinterlassen; das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Das ist seit unserer Regierungszeit anders geworden und wird auch in der neuen Koalition fortgesetzt werden.

Auch im Wohnungsbau legen wir mit einem Wohnungsbauentwicklungsplan eine Gesamtstrategie für die Förderung des Wohnungsbaus vor. Damit wollen wir junge Familien in Hamburg halten, attraktive Quartiere durch Nachverdichtung, Wiederbau und Konversion entstehen lassen und ökologische Bauweise fördern. Die erfolgreichen Wohnungsbauoffensiven werden fortgesetzt, sodass wir uns über Zielvereinbarungen mit den Bezirken dem Bedarf von 5000 bis 6000 Wohnungen pro Jahr annähern werden.

Diese Strategie ist unter Beibehaltung des Förderbarwerts von 103,5 Millionen Euro breit angelegt. Sie umfasst die Bereitstellung von vergünstigten Grundstücken, die Berücksichtigung von Baugemeinschaften, die Förderung des Mietwohnungsbaus, die Modernisierung insbesondere unter Klimaschutzgesichtspunkten und den Ankauf von Belegungsbindungen.

Weiterhin wird auch das erfolgreiche Programm für Studenten auf der Veddel, mittlerweile ausgedehnt auf den Reiherstieg, von dieser Koalition fortgeführt werden. Um Spekulationen und einer weiteren Verbreitung von Märchen vorzubeugen, sage ich noch einmal ganz deutlich: SAGA und GWG werden nicht verkauft.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Einen sehr großen stadtentwicklungspolitischen Stellenwert hat in dieser Koalition die Weiterentwicklung der HafenCity mit Sprung über die Elbe. Circa 33 Prozent der Nutzfläche werden mit Wohnungsbau belegt und 5500 Wohnungen gebaut. Damit ist die HafenCity ein wesentlicher Impulsgeber für die Renaissance des Wohnens in der inneren Stadt.

12 000 Bewohner werden in etwa in der HafenCity wohnen. Die soziale Durchmischung ist durch den Bau von Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Baugemeinschaften gewährleistet. Insgesamt werden circa 40 000 Arbeitsplätze entstehen. Welche unselige Rolle die SPD bei herausragenden Projekten wie der Elbphilharmonie und der Erschließung der HafenCity durch die U 4 gespielt hat, ist uns noch in guter Erinnerung. Sie haben bei diesen Projekten immer wieder versucht, die soziale Neidkarte zu spielen. Das haben Sie bei der Elbphilharmonie getan, obwohl dieses Projekt viele soziale und kulturelle Aspekte beinhaltet, und Sie haben es bei der U 4 getan – in dem Wissen, dass eine aufgestellte U-Bahn die städtebauliche Entwicklung massiv einschränken würde. Ihre

Milchmädchenrechnungen waren und sind unseriös. Diese Spielchen machen wir nicht mit, nicht mit uns.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Ein weiterer Schwerpunkt in der HafenCity ist nachhaltiges Bauen. Der Bürgermeister hat vorhin grundsätzlich darauf hingewiesen, dass zwischen Ökologie und Ökonomie kein Gegensatz bestehen muss. Diesem Grundsatz folgen wir. Es ist ein Zertifizierungssystem für besonders umweltfreundliche, gesunde und ressourcensparende Gebäude eingeführt worden. Die eingeführten Standards Gold und Silber sind in Deutschland einmalig. Insofern übernehmen wir damit in unserer Republik eine Vorreiterrolle. Auch international sind diese Standards umfassender und höher als alle anderen bekannten Standards. Das ist beispielgebend und das ist gut so. Mit dieser Zertifizierung wurde ein hochwirksames Anreizsystem für Eigentümer und Gebäudenutzer geschaffen, das international hohe Standards setzt und zu geringeren Betriebskosten führen wird sowie über die kurzfristige Perspektive hinaus Vermarktungsvorteile im internationalen Wettbewerb bringen wird. Mit der HafenCity, mit der IBA und IGS in Wilhelmsburg, mit der Schlossinsel in Harburg und mit den weiteren Konversionsflächen in der Stadt sind die richtigen Weichen für eine großartige städtebauliche Entwicklung gestellt. Und so komme ich abschließend wieder auf meinen Eingangssatz zurück. Diese Koalition hat die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Politik in der Freien und Hansestadt Hamburg geschaffen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

**Vizepräsident Wolfhard Ploog:** Das Wort bekommt Frau Möller.

**Antje Möller GAL:**\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht wäre es für alle spannender gewesen, wenn wir gar keinen Koalitionsvertrag gemacht und gar nichts unterschrieben hätten und einfach gemeinsam begonnen hätten Politik zu machen. Dann wäre Herr Neumann in seiner Rede gezwungen gewesen, etwas Konkretes zu sagen, was sich auf Hamburg und hamburgische Politik bezogen hätte. Dann wäre auch bei Herrn Egloff – Sie haben sich konkret auf den Vertrag bezogen, konkret auf den Hafen, um es einmal deutlich zu sagen –

(*Ingo Egloff SPD:* Und auf Industrie und Mittelstand!)

noch ein bisschen deutlicher gewesen, dass sozialdemokratische Politik schlicht und einfach altes Denken und Festhalten am Bewahren ist und nicht die Lust, etwas Neues und anderes zu machen. Das aber ist das, was wir hier probieren.

(Antje Möller)

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich wollte mit einer ganz schönen Metapher vom Garten anfangen, der bisher so wenige sehr dekorative Blumensorten beinhaltet hat, und im Schatten wurde nicht so hingesehen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das werden jetzt blühende Landschaften!)

– Nein, das ist zu platt. Das ist zu platt, Herr Dr. Dressel.

der Bestand an alten Bäumen wurde hingenommen – ich mache das einmal, ich sehe, das interessiert Sie –, Wildkräuter sind gerne umgegraben worden und statt Vielfalt gab es Einfalt. Den Plan für diesen Garten zu entwickeln – das haben wir versucht. Und das haben wir ganz gut hinkommen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir wissen, mit welchen Schritten und an welcher Stelle wir beginnen werden, nach allen Regeln der Botanik – allen Nutzerinnen und Nutzern zur Freude im Übrigen. Und Ernte soll er auch noch hervorbringen. Dann gibt es noch die Jahreszeiten und Klimaveränderungen. Darüber rede ich jetzt lieber nicht.

Was findet man stattdessen in der neu formulierten Zukunftsperspektive der SPD? – Eine Analyse der politischen Situation und der Lebenswirklichkeit der Menschen in unserer Stadt sei notwendig. – Ehrlich gesagt trifft das nicht genau das, was wir mit dem Garten meinen, den man neu gestalten und der für alle da sein und allen gerecht werden muss.

(Ingo Egloff SPD: Erzählen Sie doch einmal etwas von blühenden Landschaften!)

Ihre Sozialpolitik – um dort einmal anzufangen – bleibt dann auch merkwürdig schwammig. Wir wissen doch, wie diese Stadt aussieht, egal wie man es benennt. Wir wissen doch, wie diese Stadt aussieht, welche Sonnenseiten und welche Schattenseiten sie hat. Das wissen Sie alle, die hier lange Zeit als Fraktionen aber auch als Einzelpersonen im Parlament sind, egal ob Opposition oder Regierung. Deswegen haben wir – Zitat:

"... wirksame Hilfestellung [bei] konkreten Problemlagen ..."

im Koalitionsvertrag vereinbart. Deswegen im Übrigen auch die Monatskarte, die statt wie bisher mit 5 Euro nun mit 18 Euro subventioniert wird. Dann nennen wir es Sozialticket. Man kann sagen, dass es das falsche Wort ist, aber es ist das Dreifache an Erleichterung für die Menschen in dieser Stadt, die arm sind.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Das nennen wir wirksame Hilfestellung bei konkreten Problemlagen. Für die Jungerwachsenen, die

zunehmend auf der Straße leben, weil die bundesweite Entwicklung dazu führt – das mache ich jetzt einmal in Kurzfassung –, dass sie nicht mehr bei ihren Eltern leben können, gibt es dann zum Beispiel aus dem Bezirk Mitte durchaus einmal die Idee – ich sage jetzt einmal – von sozialdemokratischer Seite, die Menschen aus dem Blickfeld zu bewegen. Wir sagen: Nein, sie brauchen ein spezielles Angebot, spezielle Wohnmöglichkeiten genau für diese Altersgruppe – wirksam bei konkreten Problemen.

Was geschieht mit Menschen mit Behinderung – das Stichwort hat bisher überhaupt niemand von der SPD genannt –, die aus den beschützenden Werkstätten heraus in Rente gehen? Das sind Tausende. Zugegebenermaßen ist es die erste Generation nach der Nazizeit, auf die dies überhaupt zutrifft. Das ist schlimm genug. Wir entwickeln tagesstrukturierende Angebote dafür. Da ist ein Thema in dieser Stadt. Ich sage es noch einmal: Wirksame Hilfe bei konkreten Problemen.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Das ist aber nichts Konkretes, Frau Möller!)

– Das finden Sie nicht konkret, Herr Kienscherf? Die Situation der Menschen in dieser Stadt finden Sie nicht konkret? So viel zu Ihrer Sozialpolitik.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ergänzend zur bezirklichen Sozialarbeit werden wir regionale Sozialarbeit organisieren – wirksame Hilfestellung bei konkreten Problemen. Die Stärkung der ÖRA im Übrigen – für wen denn, wenn nicht für die, die nicht genug Geld haben, um zu den Rechtsanwälten und Rechtsanwältinnen in dieser Stadt zu gehen? – Wirksame Hilfestellung bei konkreten Problemen.

Arbeit ist viel im Leben. Es ist nicht das Wichtigste, es ist vor allem nicht für alle da. Deswegen müssen wir auch Politik für die Leute machen, denen es nicht nur darum gehen kann, wieder in Arbeit und in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen. Auch die gehören zur Sozialpolitik und sie sind bei uns mit im Vertrag und wir haben sie im Fokus.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Individuelle Lösungen für individuelle Probleme – das ist die Überschrift beim Thema Kita und beim Thema Prävention gegen Gewalt und Schutz der Kinder aus bestimmten Familien. Deswegen gibt es Formulierungen wie Härtefalllösungen für die Beiträge im Kitabereich – statt vier Stunden im Übrigen fünf einschließlich Mittagessen. Das ist nicht die pauschale Lösung. Das ist nicht Freibier für alle, sondern das ist bezogen auf die Haushaltssituation konzentriertes und differenziertes Angebot für Lösungen. Das ist Teil des Vertrags.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

(Antje Möller)

Sprachförderung als zusätzliches neues Kriterium für den besonderen Förderbedarf: Dafür dann den Ganztagsplatz. Das ist individuelles Zuschneiden und nicht die allgemeine Lösung. Die SPD macht – um es noch einmal zu sagen – auch in diesem Papier, das ich schon zitiert habe, den Vorwurf, insbesondere die sozialpolitischen Projekte stünden unter dauerhaftem Finanzierungsvorbehalt. Nun, das ist falsch. Der Finanzierungsvorbehalt gilt für alles, was die Exekutive umsetzen will. Es gibt kein "insbesondere". Es gibt auch kein "dauerhaft". Sondern es gibt hier, wie auch an vielen anderen Stellen des Vertrags gerade deshalb sehr differenzierte Formulierungen, eben nicht – ich habe das schon gesagt, weil das so nett ist, sage ich es noch einmal – Freibier für alle, weil wir verlässliche Haushaltspolitik vereinbart haben. Das sind schlicht und einfach die allgemeinen Rahmenbedingungen der Politik. Mit der SPD – ehrlich gesagt – wäre es nicht anders. Vielleicht würden Sie den Hafen ausnehmen, ich weiß es nicht. Es klingt ein bisschen so.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das, was wir mit dieser Koalition versuchen werden, ist, dieses Arbeitsprogramm abzuarbeiten. Ich gebe zu, dass es ein sehr explizites und spezielles Arbeitsprogramm ist, das es so noch nicht gegeben hat und uns die Möglichkeit gibt, über das Altbewährte und über das Bewahren hinaus aus der Unterschiedlichkeit unserer Fraktionen, Parteien und Sozialisation heraus – wie auch immer Sie das ausweiten wollen – gemeinsam Politik für diese Stadt zu machen.

Um einmal auf die Kollegin Heyenn einzugehen: Wählerbetrug ist ein großes Wort. Wir bekommen eine Stadtbahn. Die gab es in anderen politischen Konstellationen nicht. Wir haben eine soziale Stadtteilentwicklung, die zum ersten Mal dazu führt, dass ein Drittel der Mittel, die für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, direkt in die Quartiere gehen und direkt die Menschen vor Ort erreichen. Es wird Shared Space-Projekte in jedem Bezirk geben – neu, innovativ, anders, Teil unseres Wahlprogramms. Wir werden dem – sagen wir einmal – schwierig zu erreichenden Ziel der 40-prozentigen Frauenquote in Gremien und im öffentlichen Bereich in diesen vier Jahren nahekommen. Das hat es als Ziel noch nicht gegeben. Neu, innovativ, von zwei völlig verschiedenen Ansätzen her, trotzdem mit der gemeinsamen Idee, das in Hamburg zusammenzubringen.

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Aber Sie machen ein Kohlekraftwerk!)

Die SPD und auch *DIE LINKE* haben jeweils unseren Vertrag nach ihren Schwerpunkten abgegrast. Das kann ich verstehen. Das Problem ist dabei natürlich nur, dass wir unsere Schwerpunkte hineingeschrieben haben. Das ist nicht immer deckungsgleich, macht aber vielleicht auch die Politik in die-

ser Stadt spannend. Wir als Grüne haben zum Beispiel viel Gehalt in die Themenbereiche gelegt, die in dieser Stadt immer am Rande waren, zum Beispiel in Begriffe wie Antidiskriminierung, Rassismus und auch die Herausforderungen des demografischen Wandels – zugegebenermaßen genauso ein wichtiges Thema für die CDU –, das Thema Gleichstellung, die Vielfalt der Gesellschaft an sich, und zwar nicht als diskriminierender Faktor oder nur als stigmatisierender Faktor, sondern als Arbeitsaufgabe für die Behörden in dieser Stadt, und zwar für alle.

Ich weiß nicht, ob Herr Dr. Dressel noch kommt, aber das war einer der konkreten Punkte, die auch Herr Neumann genannt hat: Man darf in diesem Zusammenhang, wenn man über Rechte von Bürgerinnen und Bürgern in dieser Stadt, über Diskriminierung und Herausforderungen des demografischen Wandels redet, unter anderem auch Behörden kritisieren. Man darf auch die Polizei kritisieren, Herr Dr. Dressel. Und man darf auch darauf hinweisen, dass für alle Behörden in dieser Stadt das gilt, was durch höchstrichterliche Entscheidungen an Anpassungsbedarf notwendig ist. Das – und nichts anderes – haben wir mit unseren Formulierungen in Bezug auf das Versammlungsrecht und auf den Anpassungsbedarf des Polizeirechts und anderer Gesetze gemacht. Das kritisieren Sie. Vielleicht ist Ihnen aufgefallen, dass aufgrund dieser Tatsache, dass wir beschlossen haben, bundespolitische Diskussionen zu höchstrichterlicher Rechtsprechung in unsere Politik aufzunehmen, Sie der einzige waren, der die Onlinedurchsuchung gefordert hat. Das gehört zu den Themen, die sich sehr wohl an der höchstrichterlichen Rechtsprechung orientieren werden. Inwieweit das dann eine Umsetzung in Hamburg geben wird, werden wir klären. Aber wir sind ein bisschen weiter als nur bei der schlichten Forderung danach. Ich finde, das ist ein Fortschritt.

(Beifall bei der GAL und bei Viviane Spethmann *CDU*)

Damit für die nächsten vier Jahre noch etwas übrig bleibt, möchte ich noch einmal in Richtung von Herrn Egloff sagen, den ich jetzt leider nicht mehr sehe: Innovative und neue Projekte zeichnen sich natürlich dadurch aus, dass man sie in Gang setzt, sie begleitet, evaluiert und dann nach einer gewissen Zeit feststellt, ob sie erfolgreich sind oder nicht. Aber, weil man nicht vorher weiß, ob sie erfolgreich sein werden, ganz auf sie zu verzichten, ist doch der Verzicht auf jede Weiterentwicklung in der Politik.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Eigene Überzeugungen geben wir nicht auf. Aber wir machen uns auch nicht vor, dass die gesellschaftliche Entwicklung und die Probleme, die in der Gesellschaft entstehen, sich an den Parteipro-

(Antje Möller)

grammen orientieren. Es muss anders sein. Diese Koalition wird der Versuch sein, aus unterschiedlichen Sichtweisen und Überzeugungen Lösungen für die Probleme in dieser Stadt zu finden. Ich freue mich auf jede Diskussion mit Ihnen, aber diese Verweigerung der konkreten Debatte und das eher demagogische Beschimpfen der Idee hilft nicht lange weiter. Lassen Sie uns streiten über das, was wir machen wollen, und lassen Sie uns konkret entwickeln, was wir umzusetzen haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

**Vizepräsident Wolfhard Ploog:** Jetzt erhält Herr Dr. Bischoff das Wort.

**Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:**\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bürgermeister von Beust hatte bislang zur Begründung der doch einigermaßen ungewöhnlichen Koalition auf Länderebene in der Vergangenheit immer argumentiert, Politik sei gut beraten, die eigenen Schützengräben zu verlassen und neue Ideen zu formulieren. Auf den ausgetretenen Pfaden kämen wir nicht weiter, weder in Hamburg noch in Deutschland. Das hat man heute in der Debatte manchmal nicht gehört, dass Sie sich darauf eingelassen haben. Ich finde aber, dass wir diese Offensive, die diese Koalition jetzt darstellt, schon aufnehmen und debattieren müssen. Das heißt, Herr Beust hat heute in der Regierungserklärung gesagt, wir in der Politik müssten lernen, jenseits überholter Muster und jenseits von Durchschnittsdenken und Erfahrungswerten zu handeln. Wenn ich Frau Möller eben gehört habe, war das auch noch einmal ein Plädoyer und ein Rückzug auf diese Philosophie. Ich finde, sie hat auch damit recht, dass wir es uns in der Debatte künftig nicht so einfach machen sollten, das einfach wegzuwischen.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Ich für meinen Teil – ich denke, ich spreche hier auch für die Fraktion – sehe sehr wohl, dass die CDU dabei ist, und zwar nicht nur in Hamburg, sich von bisherigen programmatischen Grundsätzen zu verabschieden. Insofern ist diese Koalition in Hamburg, auch wenn Herr Beust heute in der Regierungserklärung tiefgestapelt hat, Ausdruck einer bestimmten Modernisierung, um die die CDU nicht herumkommt.

Es geht meines Erachtens um zwei Punkte, die deswegen in der Regierungserklärung und jetzt in der Debatte von den GAL-Vertreterinnen auch die entscheidende Rolle spielten. Es geht erstens um ein anderes oder neues Verständnis von Ökologie und Ökonomie und es geht – auch das ist für die CDU schrittweise entwickelt neu, das ist keine Revolution – um eine aktive Politik der gesellschaftlichen Integration, und zwar nicht nur mit vorschulischer und schulischer Bildung, sondern auch ein

bisschen darüber hinaus. Ich würde ganz eindeutig auch zugestehen, Frau Möller, dass die GAL wichtig war, um diesen Modernisierungsprozess der CDU voranzubringen.

(*Antje Möller GAL:* Das ist aber ein zweischneidiges Schwert!)

– Ich sage das jetzt so, das ist meine Wahrnehmung.

Bei diesen beiden Punkten, sowohl bei Ökologie und Ökonomie als auch bei dieser Integrationspolitik, sollten wir genau hinschauen. Die sollten wir nicht einfach abtun.

Dennoch – und das ist nicht einfach Wadenbeiße- rei, die es auch in der Debatte gab – möchte ich bei allem Respekt vor diesem Bemühen, alte Muster und ausgetretene Politikpfade zu verlassen, einmal eindeutig sagen – und das ist die Kritik und dazu sollten Sie etwas sagen, wenn Sie noch einmal reden –, dass Sie in entscheidenden Punkten diese alten Politikpfade eben nicht verlassen. Das ist unser Eindruck. Das hätten wir heute gerne in dieser Debatte einmal geklärt oder gehört. Wir werden sonst wahrscheinlich nicht unbedingt die Gelegenheit haben, das so allgemein zu diskutieren. Die Koalition – meine Einschätzung und die Einschätzung der LINKEN – zeigt in entscheidenden Punkten nicht genügend Mut, um sich den Herausforderungen zu stellen. Das ist der Vorwurf.

(*Jens Kerstan GAL:* Welche denn?)

– Ich komme noch darauf, Herr Kerstan. Sie können uns dann auch eines anderen belehren.

Sie beharren in den Kernbereichen der Politik auf den – ich würde einmal sagen – Trampelpfaden, die wir aus dieser Stadt kennen. Das bedeutet, dass die Menschen in Hamburg, um die es Ihnen im Diskussionsbeitrag geht, glaube ich, keine Chancen auf eine bessere Zukunft haben. Sie wollen einen Sozialstaat – Sie haben zumindest der Erklärung zugestimmt, die Herr Beust vorgetragen hat –, in dem die Bürgerinnen und Bürger zu eigenständigem Engagement ermutigt werden sollen. Diese Zielsetzung, die Ermutigung zum eigenen Engagement und zur Eigenständigkeit, erreichen Sie nach unserer tiefen Überzeugung mit der Fortsetzung der bisherigen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik nicht.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Wolfgang Rose SPD*)

Sie sagen, die Verwirklichung – jedenfalls Herr Beust sagt das – einer gerechten Gesellschaft müsse sich von unten entwickeln. Dieses Argument von den prinzipiellen Schranken des Staates oder der öffentlichen Hand ist meines Erachtens wirklich eine kümmerliche Begründung für die Tatsache, dass Sie das Büchergeld nicht abschaffen, dass Sie sich weigern, dass Schülerfahrgeld wieder einzuführen und dass Sie – Sie haben es eben

**(Dr. Joachim Bischoff)**

noch einmal gesagt – eine Ausstattung des Sozialtickets vornehmen, bei der Sie selber gesagt haben, dass es den Namen eigentlich nicht verdiene.

(*Antje Möller GAL*: Das habe ich nicht gesagt!)

Und Sie führen die Ein-Euro-Jobs und damit die Begünstigung des Niedriglohnbereichs fort. Ich meine, das war immer Ihre Position. Aber das noch verkaufen zu wollen mit dem Argument, die Bürgerinnen und Bürger zum eigenen Engagement zu bringen, ist ein ziemlicher Zynismus.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ganz kraus – so jedenfalls unsere Position – wird diese Begründung, wenn wir an den Gegensatz von Reichtum und Armut gerade in Hamburg denken und – das machen Sie jetzt mit – an die Unterstützung einer völlig verfehlten Steuerpolitik gerade für die höheren Einkommen und Vermögen. Dann kommt der große Trampelpfad, auf den Sie sich einlassen. Das ist nämlich die Formel von der Haushaltsdisziplin. Das ist auch der entscheidende Satz in dieser Regierungserklärung. Sie sagen gemeinsam, wir bräuchten eine große Haushaltsdisziplin, denn Ihre Koalitionsprojekte sollten ohne neue Schulden finanziert werden. Ich finde diese Aussage richtig ärgerlich – das muss ich Ihnen sagen –, weil Sie sagen, dass in den Haushaltsberatungen entschieden wird, wie das im Einzelnen aussehen soll.

(*Antje Möller GAL*: Genau!)

Sie machen hier seit Wochen eine Verschleiерungspolitik.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – *Viviane Spethmann CDU*: So ist Politik nun einmal!)

Sie hätten hier klar sagen können, dass Sie das und das wollten. Sie haben im Plenum schon ein paar Mal die Kritik gehört und ignorieren sie. Man sieht es jetzt auch an unserem Supersenator für Finanzen und Haushalt, der sich im Grunde jeder Debatte entzieht und noch nicht einmal zuhört. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Selbst in ihrer Regierungserklärung lässt die Koalition völlig im Unklaren, wie sie ihr Koalitionsprogramm finanzieren will. Ich könnte jetzt auch sagen, dass das eine Missachtung des Engagements dieser Abgeordneten ist. Aber das interessiert Sie, glaube ich, auch nicht.

(*Jens Kerstan GAL* und *Antje Möller GAL*: Das machen wir doch im Haushaltsausschuss!)

– Jetzt hören Sie einmal zu.

Sie müssen – mindestens Herr von Beust muss – präzise Vorstellungen haben. Denn sonst hätte er in seine Regierungserklärung nicht hineinschreiben können:

"Der zu erarbeitende Haushaltsplan wird, zur Finanzierung neuer Prioritäten, Umschichtungen beinhalten. 'Umschichtungen' – das bedeutet selbstverständlich auch ... Änderung von Planungen und ... Verzicht von Liebgewonnenem."

Das heißt, Sie haben eine Vorstellung davon, wem Sie wehtun wollen. Warum sagen Sie es dann nicht endlich? Das wäre doch der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Es ist – ich zitiere es ungern – schon von Herrn Neumann angesprochen worden. Selbst der dieser Koalition – Sie müssen sich noch daran gewöhnen – und der CDU nahestehende Bund der Steuerzahler Hamburgs sagt anlässlich der jüngsten Steuerschätzung zu Herrn Freytag, der gesagt hat, es wäre eine Punktlandung, das wäre mangelnde Seriosität. Von Punktlandung kann gar keine Rede sein, denn Sie sagen weder etwas dazu, wie Sie Ihre Projekte finanzieren wollen, noch sagen Sie irgendetwas zu den Risiken der Konjunktur noch irgendetwas – was wir jetzt mehrfach angemahnt haben – zu den Löchern und Schleiern, die Sie über diesem Haushalt ausgebreitet haben.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich will Ihnen noch ein Argument nennen – und das ist das, was wir jetzt vorgebracht haben. Wir werden, da bin ich ziemlich sicher, irgendwann erleben, dass Sie sich entweder von Ihren Projekten verabschieden oder sie zeitlich in die Länge strecken werden. Ich frage mich allen Ernstes, ob Sie deswegen sagen, dass es mit den Koalitionsprojekten eigentlich erst 2009 spannend würde. Was wollen Sie denn in diesem Jahr noch machen? Noch ist dieses Jahr nicht zu Ende. Insofern würde ich Ihnen das gerne noch einmal so mitgeben. Es wäre eigentlich klug, wenn Sie die Sachen auf den Tisch packen und auch einmal über einen Nachtragshaushalt nachdenken würden. Aber so etwas ist Ihnen wahrscheinlich gar nicht bekannt.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern ist das der entscheidende Punkt für diese Koalition, dass Sie gute Vorsätze haben. Und Sie verkaufen diese guten Vorsätze noch damit, nicht nur dass Sie aus den Gräben herauswollen, sondern dass Sie auch der Politik- und Parteiverdrossenheit entgegenarbeiten wollen. Ich meine, von der CDU hätte ich nicht anderes erwartet, aber bei der GAL habe ich doch noch immer die Hoffnung, dass Sie sich nicht weiter auf solchen Trampelpfa-

**(Dr. Joachim Bischoff)**

den bewegen und dann wenigstens Klartext reden. Sie haben in den nächsten Monaten noch Zeit dazu.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsident Wolfhard Ploog:** Das Wort erhält Herr Rabe.

**Ties Rabe SPD:**\* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben es mehrfach gehört, wir wollen es nicht bestreiten: Ja, wir brauchen in Hamburg Schulreformen, und zwar nicht wir hier im Parlament, sondern die Stadt braucht Schulreformen. Das ist nämlich ein Projekt, mit dem über Hamburgs Zukunft und gleichzeitig über das Glück und die Zukunftschancen von vielen Menschen entschieden wird. Da wir uns im Kern offensichtlich einig sind, ist die Frage, in welche Richtung sich solche Schulreformen entwickeln müssen. Ja, Kinder können und müssen besser gefördert werden. Dieser Überzeugung sind wir alle. Und bessere Förderung heißt – und diese Überzeugung hat sich offensichtlich in der letzten Legislaturperiode herauskristallisiert – eben nicht, die vielfältigen Fähigkeiten und Kenntnisse der Schülerinnen und Schüler in drei Schubladen einzusortieren. Vielmehr kann man besser fördern, wenn man einen passgenauen und individuell auf jedes Kind zugeschnittenen Unterricht entwickelt.

(Beifall bei Karin Timmermann SPD)

Wenn das klappt, dann können Schüler gemeinsam viel besser lernen. Deswegen sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ganz klar für gemeinsames Lernen in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Nur, da wir uns bei diesem Ziel offensichtlich alle einander annähern, ist eher die Frage, wie wir dieses Ziel eigentlich erreichen. Das scheint mir eine viel entscheidendere Frage. Ich habe den Eindruck, dass dabei immer ein Fehler gemacht wird. Dieser Fehler geht so: Wir diskutieren eine virtuelle Idee und sagen, dass das doch irgendwo in der Schweiz vielleicht oder in Finnland oder sonstwo funktioniert. Und deswegen klappt das automatisch auch in Hamburg. Dieser Fehler fällt uns ständig auf die Füße, denn tatsächlich ist es eben so, dass vieles andere auch in Finnland und der Schweiz klappt, zum Beispiel die Almwirtschaft oder das Eisfischen. Dennoch ist das kein Konzept für den Hamburger Hafen. Wir müssten eher überlegen, ob solche Reformvorschläge eigentlich in Hamburg eine Realität haben und in Hamburg klappen können.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir also über Schulreformen reden, dann fragen wir zunächst einmal, wie wir dieses Ziel erreichen. Und wir sagen: Gute Ideen knüpfen an der Wirklichkeit an.

Man muss Hamburg nicht komplett umkrempeln, sondern man muss versuchen, bei dem anzusetzen, was vorhanden ist, und schrittweise vorwärts kommen; genau das wollen wir tun.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Antwort scheint aber zu sein: Auf in den Schulkampf, und zwar mit der Brechstange. Ihre Pläne für eine sechsjährige Grundschule werden Hamburg mehr schaden als nutzen. In dieser Auffassung sind sich zufälligerweise 90 Prozent des gesamten Hauses einig, nicht die kleinere Hälfte, sondern 90 Prozent.

Ich will dazu aus einem Papier zitieren, das die CDU intern sehr beschäftigt. Da heißt es:

"Es ist nachvollziehbar, dass viele Schüler, Eltern und Lehrer derzeit ob der neuen Planungen zur Primarschule in Sorge sind. Dies gilt umso mehr, als die Enquete-Kommission in Kenntnis der damit verbundenen erheblichen Veränderungen an jedem einzelnen Schulstandort die Einführung einer sechsjährigen Grundschule noch einstimmig abgelehnt hat."

Soweit zur Position der CDU. Man muss doch wirklich einmal ernsthaft fragen, was Sie bewogen hat, diese richtige Einschätzung dieses Projekts plötzlich über Bord zu werfen und sich mit Haut und Haaren auf ein Abenteuer einzulassen, das Hamburg nichts nützen wird.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir Reformen machen wollen, dann müssen wir uns zumindest an vier Bedingungen abarbeiten.

Erstens: Reformen brauchen Akzeptanz. Sie haben mehrfach das Wort vom Schulfrieden verwendet, ich habe es sogar in großen Überschriften gelesen. Aber, Herr Bürgermeister, Sie haben vorhin selber gesagt, dass ein Etikett keine Wirklichkeit schafft. Tatsächlich herrscht in Hamburg gerade kein Schulfrieden mehr, sondern es ist ein Schulkampf ausgebrochen,

(Christiane Blömeke GAL: Das ist doch überhaupt nicht wahr!)*Christiane Blömeke GAL:*

wie wir ihn seit langer Zeit nicht mehr erlebt haben. Nach meiner Auffassung klappen Reformen dann, wenn es gelingt, sie auf Dialog und Akzeptanz aufzubauen.

(Christiane Blömeke GAL: Das wird doch getan!)*Christiane Blömeke GAL:*

**(Ties Rabe)**

Dazu brauchen wir einen solchen Schulkampf nicht. Sie setzen den Schulkampf hier schon fort, das bestätigt meine These.

(Beifall bei der SPD)

Schule ist nur dann erfolgreich, wenn es gelingt, Akzeptanz zu schaffen. Wie schafft man Akzeptanz? Ich war bisher noch nicht in der Bürgerschaft, deswegen musste ich mich auf Anweisung meiner parlamentarischen Geschäftsführerin durch 300 Seiten Protokolle quälen. Das war dann doch interessant, dabei kommt zum Beispiel Folgendes heraus.

Im Dezember letzten Jahres wurde über die Berichte der Enquete-Kommission diskutiert und Herr Heinemann hat etwas gesagt, was sehr richtig ist.

Er sagte: Ich bin zusammen mit der Enquete-Kommission der Meinung, dass wir den Hamburgern auf die Frage nach der Schulstruktur eine langfristige Antwort geben müssen. Niemand kann Schülern, Eltern und Lehrern zumuten, sich alle vier Jahre, je nachdem, wie die Mehrheiten gerade sind, auf eine neue Schulstrukturreform einzustellen.

Das war die Position der CDU noch vor vier Jahren.

An dieser Stelle steht übrigens auch "Beifall von der CDU", aber wenn Sie das jetzt vergessen haben, brauchen wir das nicht noch einmal zu erwähnen.

Zu dieser Akzeptanz gehört auch, dass man miteinander redet, das heißt nicht, dass Frau Goetsch und Herr von Beust bei Apfelsaft

(Dr. Andreas Dressel SPD: Bionade!)

zwei Tage über die Schulreform reden, sondern dass man mit den Eltern und den Kindern redet. Dass dazu das Elternwahlrecht gehört, haben wir schon deutlich gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Der nächste Punkt für erfolgreiche Reformen sind sorgfältige Reformen. Die müssen auch klappen, die dürfen nicht nur angeschoben werden, sondern müssen zu einem vernünftigen Ende gebracht werden. Ich will ein paar Punkte nennen.

Die Vergleichsarbeiten und den ganzen Spaß lasse ich einmal weg, das klappt auch nicht. Nehmen wir nur die großen Punkte, das achtjährige Abitur. Es klappt in Wahrheit nicht und versprochen worden ist, das machen wir mal ordentlich. Denn man zu, aber dann muss es auch einmal fertig werden.

Das nächste Punkt, der Umbau der gesamten Oberstufe. Ich hatte noch das Vergnügen, mit diesen Leistungskursen Abitur zu machen, das wird abgeschafft. Noch im Koalitionsvertrag bessern Sie

diese Reformen nach und im nächsten Jahr soll das schon flächendeckend laufen.

Der dritte Punkt ist die Stadtteilschule. Das ist wirklich eine gute Idee, die eine Perspektive für Hamburgs Schulen eröffnet, aber diese Idee gibt es bisher nur auf dem Papier. Das stimmt nicht ganz, es gibt sie in Kirchwerder. Wer nicht weiß, wo das liegt – ich komme daher –: Das ist ziemlich weit im Osten der Stadt. Aber es soll eigentlich mehr Schulen geben, die davon profitieren.

All diese Reformen hängen in der Luft und erzählen Sie uns nicht, dass die Schulbehörde und die Schulen in der Lage seien, mit diesen Lasten fertig zu werden, sie ordentlich hinzukriegen und gleichzeitig noch eine ganz neue Reform zu schultern; das kann nicht klappen.

Ich persönlich habe den Eindruck, dass diese Reformpolitik folgende Devise hat: Wir haben jede Menge Probleme angefangen und weil diese Probleme nicht gelöst werden, legen wir noch eins obendrauf. So kann das nicht gehen, Politik in der Schule muss verlässlich und seriös sein.

(Beifall bei der SPD)

Drittens: Die Erfahrungen in Berlin zeigen, dass guter Unterricht die Nahtstelle für Reformen ist. Man kann an der Schulform noch so viel herumdoktern, wenn es den Lehrerinnen und Lehrern nicht vergönnt ist, mit den Schülern ordentlich umzugehen, dann nützt das alles nichts.

Über die ELEMENT-Studie in Berlin will ich nicht lange philosophieren, sie hat aber eines deutlich gemacht. Schülerinnen und Schüler in Klasse 5 und 6 sind von Grundschullehrern allein offensichtlich nicht ordentlich gefördert worden. Frau Goetsch hat dann in einem "Zeit"-Interview schnell nachgebessert und gesagt, da kommen auch ein paar Gymnasiallehrer hin. Aber wir wissen alle, dass diese Lehrerinnen und Lehrer am Gymnasium, zu denen ich mich selber zähle und das freimütig einräume, sicherlich ihre Mühe haben werden, mit den Schülerinnen und Schülern klarzukommen, die kein Gymnasialniveau haben. Insofern brauchen wir eine gigantische Lehrerfortbildungsoffensive. An der Stelle ist das zwar per Brief angekündigt worden, im Koalitionsvertrag steht davon allerdings kein Wort. Und so, wie sich das entwickelt hat, hat man den Eindruck, es wird mit heißer Nadel nachgeflickschustert und dabei ist das eigentlich der entscheidende Punkt zum Gelingen dieser Reform.

(Beifall bei der SPD)

Viertens: Die Grundschule funktioniert gut und deswegen kann ich verstehen, dass die GAL der Meinung war, diese Grundschule müsse erweitert werden, die Studien sagten das und es sei alles ganz vernünftig, wie es laufe. Aber Sie verlängern gar nicht die Grundschule, sondern ersetzen sie durch

**(Ties Rabe)**

eine Vielzahl verschiedener Primarschultypen. Es sind mindestens fünf, wenn man sie alle miteinander vergleicht. Diese Primarschultypen werden zwar immer wieder im Interview als selbstständige und gleiche Schulen dargestellt, aber das ist eine Wahrheit, die vermutlich nur auf dem Papier steht. Mit Sicherheit wird es eher so kommen, dass sich die Hamburger Schullandschaft durch diese fünf verschiedenen Primarschultypen weiter aufsplittert. Es ist aber gerade das Aufsplittern gewesen, das die Enquete-Kommission auf den Plan gerufen hat, und die Enquete-Kommission war einstimmig mit der GAL und der CDU dafür, die Hamburger Schulen zusammenzuführen, um die negativen Effekte dieser Aufsplittung zu vermeiden. Mir ist völlig unverständlich, warum vor diesem Hintergrund eine gut funktionierende Schule für alle Kinder, die Grundschule, ersetzt wird durch eine Kopie des weiterführenden Schulsystems mit dem ganzen Schulkampf und allem, was daran hängt. An der Stelle machen Sie ein funktionierendes System nicht besser und länger, sondern machen es schlicht kaputt und das ist ein schwerer Fehler.

(Beifall bei der SPD)

Ganz nebenbei: Auf diese Art und Weise schaffen Sie es nicht nur, dass sich die Eltern höchstwahrscheinlich für die eine oder andere Schule entscheiden werden – man hört jetzt schon von entsprechenden Anrufen –, sondern Sie nehmen die Grundschulen, die beinahe auf den Wolken über dem schulideologischen Kampf schweben, sozusagen mitten in die Schlacht hinein. Man kann das schon mitbekommen: Herr Freytag und Herr von Beust sagen, das sind jetzt gymnasiale Grundschulen, Frau Goetsch sagt, das sind keineswegs gymnasiale Grundschulen. Die Gesamtschulen sagen, das müssen Schulen sein, die an eine Stadtteilschule angedockt sind. Die Grundschulen werden zum Spielball der Schulideologen und Ihre Interviews haben diesen Kampf bereits eröffnet. Zerlegen Sie nicht die Grundschulen, dieser Weg ist verkehrt, so darf es nicht gehen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss hat es mich sehr gefreut, als ich in der "Zeit" gelesen habe – schön, dass die "Zeit" dazu ausgewählt wurde –, dass Frau Goetsch sagte, wir müssen die Schulreform endlich entschleunigen. Das muss man schon draufhaben angesichts dieser Zusammenballung und Hektik im Schulwesen, das Ganze noch mit dem Etikett Entschleunigung zu belegen.

Dazu nur noch ganz kurz ein Zitat aus dem CDU-Papier:

"Insgesamt haben zwischen der ersten Idee und der Umsetzung der Stadtteilschule mindestens dreieinhalb Jahre gelegen. Es ist daher nachvollziehbar, dass viele Schüler, Eltern und Lehrer derzeit in Sorge sind, die

viel umfangreichere Strukturreform einer Primarschule in Verbindung mit dem zweigliedrigen Schulsystem ab Klasse 7 in gerade einmal zwei Jahren flächendeckend verbindlich umzusetzen."

Selbst die CDU ist sich offensichtlich hinter vorgehaltener Hand absolut sicher, dass das in zwei Jahren nicht seriös und vernünftig zu schaffen ist. Es muss mir mal einer erklären, warum die GAL hier mit dem Kopf durch die Wand geht und auf diese Art und Weise die Grundschule kaputt macht.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Sie sind die Regierung, deswegen haben Sie das Recht, Reformen anzuschieben, aber diese Reformen müssen Bedingungen erfüllen und diese Bedingungen sind vier.

Erstens: Dialog und Akzeptanz statt Marschbefehl und Apfelsaft trinken.

Zweitens: Machen Sie eine vernünftige Politik und bringen Sie die angefangenen Reformen zu einem soliden und verlässlichen Ende.

Drittens: Sorgen Sie dafür, dass die Lehrerinnen und Lehrer den Unterricht besser machen. Dann macht nämlich eine Schulstrukturreform Sinn.

Viertens: Übertragen Sie Ihren koalitionsinternen Schaukampf nicht auch noch auf Hamburgs Grundschulen. Die Zersplitterung einer funktionierenden Schulform lehnen wir klar ab. – Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Wolfhard Ploog:** Meine Damen und Herren! Das Wort erhält jetzt Herr Joithe.

**Wolfgang Joithe-von Krosigk** DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Koalitionsvertrag – darüber haben wir uns schon gewundert – steht recht wenig über Soziales. Dann gibt es eine Regierungserklärung von circa 20 Minuten und da hören wir zwei Minuten lang ein bisschen etwas über Sozialpolitik und das bisschen ist dann mehr oder minder unter dem Aspekt zu sehen "alles neu macht die GAL", "ein Handbuch für den kleinen Gärtner" oder "Rüttgers Club ist kein Champagner", denn eines ist klar: Ich werde das hier nie begreifen.

Sowohl die GAL als auch die CDU sprechen von einem Sozialticket. Wir haben hier schon mehrmals diskutiert, wann man von einem Sozialticket sprechen kann. Frau Gregersen, Sie haben gefordert, es sollte deutlich unter 20 Euro liegen.

(Antje Möller GAL: Das liegt bei 20 Euro!)

Es liegt nicht unter 20 Euro, sondern es liegt, wenn Sie das Normalticket nehmen, bei 51 Euro. Wenn

**(Wolfgang Joithe-von Krosigk)**

Sie dann die 15 Euro, die ein Hartz-IV-Empfänger zur Verfügung hat, als Anrechnung heranziehen, dann ist das mehr als kritisch.

Aber es geht nicht nur darum. Nicht nur da ist kein Champagner drin, wo Champagner draufsteht, sondern da werden 4000 neue Arbeitsplätze in Aussicht gestellt.

(Glocke)

**Vizepräsident Wolfhard Ploog** (unterbrechend): Herr Joithe, darf ich Sie unterbrechen? Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Möller. Wollen Sie die zulassen?

**Wolfgang Joithe-von Krosigk** (fortfahrend): Ja, gerne.

**Zwischenfrage von Antje Möller GAL:**\* Ich möchte nur wissen, ob Ihnen der Preis des CC-Tickets mit Abo bekannt ist, der liegt nämlich bei 38,70 Euro. Minus 18 Euro bedeutet das 20 Euro, allerdings plus 70 Cent für das Sozialticket. Wir finden, dass das seinen Namen und auch seinen Preis wert ist.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Wo war jetzt die Frage?)

**Wolfgang Joithe-von Krosigk** (fortfahrend): Dazu kann man ganz klar sagen: Zum einen, Frau Möller, haben sehr viele Hartz-IV-Bezieher gar kein Konto mehr und können somit kein Abo haben – das sollte auch Ihnen bekannt sein, wo Sie doch sehr viele Anfragen dazu gestellt haben –,

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

zum anderen sollte man auch klar feststellen, dass es sich hier um ein CC-Ticket handelt. Wenn wir von Hartz-IV-Geschädigten verlangen, dass sie sich bewerben und bemühen, dann können die nicht erst um 10.00 Uhr auf der Vorstellungsarbeitsstelle ankommen, sondern müssen ein normales Ticket in Anspruch nehmen. Das sollte die Forderung sein, wenn man schon von einem Sozialticket spricht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Aber ich möchte noch zu den 4000 neuen Arbeitsplätzen kommen, die Sie sowohl im Koalitionsvertrag als auch heute noch einmal angesprochen haben. Wenn man sich das ansieht, dann ist da wirklich kein Champagner drin, sondern das ist schon eine sehr krude gelbe Brause. Da sind 2500 Stellen nach Paragraph 16 SGB II, wem immer das etwas sagen mag, dargestellt und dabei handelt es sich um Kombilohn und nicht um eine normale Arbeitsstelle. Dann geht es noch um Ein-Euro-Jobs und das sind wahrhaftig keine Arbeitsplätze. Da muss man das Wort Arbeitsplätze nicht nur in Anführungszeichen setzen, sondern streichen.

Aber kommen wir noch einmal zur Regierungserklärung. Ich will auf den ganzen Bereich Soziales nicht so sehr eingehen. Wir werden morgen noch einmal über den Armuts- und Reichtumsbericht sprechen, der in Hamburg fehlt. Das mag auch ein Grund sein, warum Herr von Beust bei dem sozialen Hintergrund nicht so ganz auf dem neuesten Stand ist. Da gibt es einen schönen Satz, der heißt, der schwarz-grüne Senat verfolgt eine Sozialpolitik, die die soziale Grundsicherung garantiert. Was ist denn die soziale Grundsicherung im Moment? Das sind 347 Euro, egal ob das ein Rentner oder ein A-II-Geschädigter ist, und von 347 Euro kann kein Mensch leben. Da freue ich mich doch, dass der schwarz-grüne Senat jetzt mit uns zusammen die Bundesratsinitiative unterstützen wird, den Regelsatz auf 500 Euro heraufzusetzen; herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann steht dort, eigentliches Ziel wäre es, Menschen wieder in Verantwortung für sich selbst zu bringen und Verantwortung für andere zu übernehmen, so dass sie sich aus dem Transferleistungsbezug lösen könnten. Wenn ich mir aus eigener Erfahrung – das ist noch nicht so lange her – und immer noch aus der Erfahrung, dass ich Leute zur ARGE begleite, ansehe, was dort unter Verfolgungsbetreuung abläuft, dann ist das keinesfalls ein Fördern, um jemanden wieder in selbstständiges Arbeiten zu bringen, sondern eher ein Zerstören. Wenn wir da keine entsprechenden Änderungen haben – das hätte ich vom Senat erwartet –, dann werden wir niemanden aus diesen Transferleistungen herausbringen.

Bekannt ist auch, dass es sowohl Umschulungsmaßnahmen als auch Weiterbildungsmaßnahmen für Leute über 50 Jahre so gut wie gar nicht mehr gibt. Da braucht man nur auf den entsprechenden Stellen nachzufragen und dann sieht man nicht, wie man diese Leute wieder in den normalen Arbeitsmarkt bringen will.

Lange Rede, kurzer Sinn: Ich wollte mich eigentlich an die zwei Minuten halten, die Herr von Beust zur Sozialpolitik geredet hat. Vielleicht ist mir das in etwa gelungen. Rüttgers Club ist kein Champagner und wir sollten sehen, dass wir da ein anderes Label draufsetzen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Vizepräsident Wolfhard Ploog:** Meine Damen und Herren! Das Wort erhält Herr Beuß.

**Wolfgang Beuß CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von der SPD, ich bin heute regelrecht gerührt, was Sie sich für einen Kopf um unsere vermeintlichen Sorgen in dieser Koalition machen.

**(Wolfgang Beuß)**

*(Dr. Michael Naumann SPD: Einer muss es doch machen!)*

Das ist wirklich sehr anrührend

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Freuen Sie sich doch an unserer Anteilnahme!)*

und ich möchte nur sagen, dass wir auf Ihr Mitgefühl, auf Ihre Beileidsbekundungen

*(Dr. Michael Naumann SPD: Angewiesen!)*

überhaupt nicht angewiesen sind, sondern sehr konstruktiv – das haben wir heute gesehen – in die nächsten vier Jahre starten werden. Ich glaube, das Projekt wird einen Erfolg haben, den Sie vielleicht nicht haben wollen, aber es wird ein Erfolgsmodell; davon bin ich ganz fest überzeugt.

Ich kann natürlich auch verstehen, dass Sie sauer darüber sind, Herr Rabe, dass der Bürgermeister zusammen mit Frau Goetsch zum Beispiel Apfelsaft trinkt. Ich kann mir vorstellen, dass Sie sich ein bisschen außen vor fühlen. Sie hätten vielleicht auch gern Apfelsaft mitgetrunken, am liebsten mit den Grünen – das ist nicht gelungen –, vielleicht auch mit uns. Das hat dann auch nicht hingehauen und nun müssen Sie es halt alleine machen. Ich kann das schon verstehen, ich habe das auch über viele Jahre mitgemacht, Opposition schmerzt an dieser Stelle.

Jetzt möchte ich mit ein paar Dingen aus dem Bildungsbereich aufräumen, die hier sowohl von Herrn Neumann als auch von Herrn Rabe gesagt worden sind.

Erst einmal hat Herr Heinemann nicht den Dienst quittiert, sondern wir wissen alle, dass er aus Respekt vor seiner Familie kürzer treten will. Wir sind eine familienfreundliche Partei und deswegen achte und respektiere ich solche Schritte immer.

*(Beifall bei der CDU)*

Dann möchte ich mit der Mär aufräumen, dass nach der sechsten Klasse die Eltern kein Wahlrecht mehr haben.

*(Wilfried Buss SPD: Nee!)*

Mein Sohn geht exakt in die sechste Klasse und der Schritt in die siebte Klasse steht irgendwo im Laufe der nächsten acht Wochen an. Entscheiden, wie es mit ihm schulisch weitergeht, tut die Lehrerkonferenz, die nämlich die Noten festlegt und dann eine Empfehlung ausspricht, in welche Schule mein Sohn in Zukunft gehen wird.

*(Ingo Egloff SPD: Aber bisher gab es das Wahlrecht nach der vierten Klasse!)*

Das ist heute schon so und wird auch in Zukunft so bleiben. Sie verbreiten hier eine Mär, die einfach nicht richtig ist.

*(Beifall bei der CDU – Dr. Michael Naumann SPD: Sie haben es nur nicht wahrgenommen!)*

Sie haben keinen Mut zur Zukunft und deshalb reden Sie diese Primarschule auch permanent runter. Sie sind eigentlich die wahren Konservativen in diesem Haus, indem Sie an dem festhalten, was Ihrer Meinung nach das Vernünftigste ist.

*(Beifall bei der GAL)*

Ich gebe Ihnen gerne noch eine Antwort, weil Herr Neumann vorhin gefragt hatte, warum wir uns im Wahlkampf denn für das Gymnasium eingesetzt hätten. Wir haben unser Ziel, die absolute Mehrheit zu erreichen, nicht erreicht. In Koalitionen muss man Kompromisse schließen und das haben wir mit diesem tragfähigen Modell der Primarschule gemacht.

*(Dr. Michael Naumann SPD: Auf Kosten der Kinder!)*

– Ach, reden Sie doch nicht so daher. Herr Naumann, ich würde Sie gerne einmal hier reden hören. Kommen Sie doch nach vorne und erzählen Sie uns etwas.

*(Beifall bei der CDU – Dr. Michael Naumann SPD: Wenn Sie wollen, gerne!)*

Meine Damen und Herren! Sie tun immer so, als sei die Primarschule so, dass die Grundschule nur ein neues Schild bekommt und dann war es das. Das ist aber ein bisschen anders und das wissen Sie auch sehr genau. Wir wollen mit dieser Primarschule eine Verbindung zwischen weiterführender Schule und der Grundschule im Sinne des Erfolges für das Kind erreichen. Die ganze Bildungs- und Gerechtigkeitsdiskussion und die Chancen, die Sie hier angesprochen haben, wird es sehr wohl in der inhaltlichen Arbeit in dieser Schule durch Individualisierung, durch heterogene Lerngruppen geben. Da werden sich Prozesse entwickeln, von denen man heute in der Grundschule, geschweige denn in der Sekundarstufe I, nur träumt.

Dann tun Sie immer so, als wenn die CDU in der schulpolitischen Frage total zerrissen sei; da möchte ich gerne ein wenig an Ihr Gedächtnis appellieren. Ich erinnere mich noch sehr genau an Debatten zwischen Herrn Buss und Frau Ernst. Die eine sagte das, der andere sagte dann in der Öffentlichkeit etwas anderes. Sie waren doch in der Schulpolitik innerhalb Ihrer Partei bis zu diesen Wahlen völlig zerrissen.

*(Frank Schira CDU: Immer noch! und Beifall bei der CDU und der GAL)*

Jetzt haben Sie den weisen Raben gefunden, der die Schulpolitik sozusagen in Einklang bringen soll und da sind wir sehr gespannt, wie die Flügelchen bei der SPD dann starkemäßig schlagen werden.

**(Wolfgang Beuß)**

Ein letztes Wort zum Schulfrieden. Ich kenne Christa Goetsch sehr lange aus Oppositionszeiten und auch streitbar in Zeiten, in denen wir schon regiert haben und die GAL in der Opposition war. Eines weiß ich: Ich bin davon überzeugt, dass es Christa Goetsch und ihrem Team gelingen wird, Eltern, Schüler und auch die Lehrer in diesem Reformprozess mitzunehmen und das ist eine gute Voraussetzung, um diese Primarschule wirklich zum Leben zu erwecken. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

**Vizepräsident Wolfhard Ploog:** Meine Damen und Herren! Ganz frisch im Parlament und gleich am Rednerpult. Herr Gwosdz, Sie haben das Wort.

**Michael Gwosdz GAL:** Herr Rabe, es ist schön, dass Sie heute im Rahmen der Generaldebatte gleich die schulpolitische Debatte mit einem Beitrag eröffnen, der aus meiner Sicht wenig zur Versachlichung der Debatte beiträgt und damit natürlich erst recht nicht zum Schulfrieden.

Ich möchte eine Unterstellung zurückweisen. Für eine Partei – das wurde heute schon erwähnt –,

(Michael Neumann SPD: Das war ich!)

die basisdemokratische Wurzeln hat und immer noch eine sehr gute Diskussionskultur pflegt und es auch gewöhnt ist, innere Widersprüche auszuhalten und sich in der Sache streitet, ist es schlicht falsch, uns und Frau Goetsch zu unterstellen, wir verweigerten den Dialog mit den Eltern, den Lehrern und den Betroffenen. Es ist Teil des Koalitionsvertrags und auch schon im Brief von Frau Goetsch erwähnt worden, dass wir regionale Bildungskonferenzen mit allen Betroffenen durchführen werden. Wir werden mit den Eltern, den Schülern und den Lehrern diskutieren, wie die Ausgestaltung der Schulen geschehen soll. Natürlich werden wir klare Vorgaben machen, wie die Struktur ist, aber wir werden keine Reform verordnen, die bis ins letzte Detail festgelegt ist und bei der

den Eltern, Lehrern und Schülern übergestülpt wird, wie das auszusehen hat. Man kann sehr viel im Rahmen der Unterrichtsqualität und der inneren Organisation im Dialog mit den Eltern, Schülern und Lehrern entwickeln. Das ist das Ziel unserer regionalen Bildungskonferenzen und das werden wir auch tun. Es wird nichts von oben komplett bis in die letzte kleinste Phase ausformuliert, das werden wir im Dialog weiter entwickeln. Und ich würde mich freuen, wenn wir diesen Dialog im gesamten Haus gemeinsam führen könnten. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsident Wolfhard Ploog:** Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen? Die sehe ich nicht. Dann sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunkts angekommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 28 auf, Drucksache 19/392, interfraktioneller Antrag: Einsetzung der Ausschüsse.

**[Interfraktioneller Antrag:  
Einsetzung der Ausschüsse  
– Drs 19/392 –]**

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig geschehen.

Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung angekommen. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend, vor allem einen guten Nachhauseweg. Die Sitzung ist geschlossen.

**Ende: 18.26 Uhr**

---

*Hinweis:* Die mit \* gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

---

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Elke Badde, Rüdiger Kruse, Stephan Müller und Carola Thimm